

Bezugspreis:

Einzelheft 2.- M., monatlich 6.- M., ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Welt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Samstag, den 20. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Am Montag wird nicht gestreikt!

Während die französische Arbeiterschaft beschlossen hat, am Montag die Arbeit nicht ruhen zu lassen, obwohl doch gerade dort durch das höherfühlte Friedensdiktat unter dem Vorherrscher Frankreichs, des Herrn Clemenceau, die Wurzeln der Vergewaltigung ganzer Völker...

Die Leichtfertigkeit und Gewissenlosigkeit jener Kreise gegenüber den schweren wirtschaftlichen Gefahren, die vor uns stehen, hat sich aufs neue dokumentiert. Deutschland soll nicht zur Ruhe kommen. Das Volk soll weiter und noch mehr hungern. Die Produktion von Waren ist unsere einzige Rettung aus der schweren Not, weil wir nur mit Arbeit die Lebensmittel bezahlen können, die wir vom Ausland begehren, und nur durch Arbeit aus unserer völligen Erschöpfung wieder zu Kraft kommen können.

Dieser Streik ist ein neues Verbrechen gegen das deutsche Volk! Wer noch ein Gewissen im Leibe und Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber seiner Familie und seinem Volke hat, darf am Montag nicht streiken.

Die Arbeiterschaft muß sich von den Lotengräbern ihrer Zukunft, den Unabhängigen und Kommunisten, abwenden, sie muß ihnen am Montag die Gefolgschaft verweigern.

Wir sind in schwerster Not. Sollen wir uns nun völlig totschreiben? Nein! Nein! Nein!

Arbeiter, Genossen! Am Montag wird nicht gestreikt!

Generalstreik — wogegen?

Die Unabhängigen begründen ihren Beschluß, am 21. Juli nicht nur zu demonstrieren, sondern auch zu streiken, damit, daß das gesamte internationale Proletariat an diesem Tage zum Protest gegen den Gewaltfrieden von Versailles ebenfalls streiken würde. Nun haben die englischen Arbeiter bekanntlich die Beteiligung am Streik überhaupt abgelehnt, und in letzter Stunde hat auch der französische Allgemeine Gewerkschaftsverband nach Rücksprache mit Clemenceau seinen Streikbeschluß rückgängig gemacht.

Aber nicht genug damit, die französischen Sozialisten haben überhaupt niemals gegen den Versailler Frieden streiken wollen. Die Resolution, die der Nationalrat der französischen Sozialisten in seiner Schlusssitzung am 15. Juli um 3 Uhr morgens einstimmig angenommen hat, lautet folgendermaßen:

„Zum erstenmal in der Geschichte der Arbeiterschaft organisiert die Arbeiterklasse der drei größten Länder Westeuropas am 20. und 21. Juli eine Kundgebung, die sich in Frankreich und Italien, wie bereits jetzt feststeht, durch Arbeitsruhe ausdrücken wird. Die sozialistische Partei ruft alle ihre Anhänger auf, sich mit aller Energie an dieser Kundgebung zu beteiligen, die aus von Entschlieungen hervorgegangen sind, welche die Delegierten der Organisationen des Proletariats in Paris, Rom, Mailand und Genève getroffen haben.“

Die sozialistische Partei erinnert an die wesentlichen Zwecke dieser Bewegung. Gegen die militärische und diplomatische Intervention in Rußland und Ungarn, gegen die Langsamkeit der Demobilisierung, für die Amnestie, gegen die immer unerträglicher werdende Last der Teuerung werden die Arbeiter Frankreichs aufgerufen, ihren einstimmigen Protest zu erheben.“

Von dem Versailler Frieden ist also in dieser Resolution, die die „wesentlichen Ziele“ des damals geplanten, inzwischen abgegangenen politischen Streiks aufzählen sollte, mit keinem Worte die Rede. Jetzt entpuppt sich in ihrer ganzen Erbärmlichkeit die Lüge der Unabhängigen, die vorgaben, mit den anderen gegen den Versailler Gewaltfrieden streiken zu wollen, während sie in Wirklichkeit durch die Arbeitseinstellung nur die wirtschaftlichen Verhältnisse zu verschlimmern trachteten.

Wiederherstellung der deutsch-französischen Postverbindung in Sicht.

Kopenhagen, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die französische Regierung erließ eine Verordnung, welche die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Verbindungen mit Deutschland und infolgedessen einen Austausch von Handelskorrespondenz gestattet. Allerdings hat das Postministerium noch keine Anweisung erhalten, aus Deutschland bestimmte Briefe befördern zu lassen. Nach einer Washingtoner Meldung hat das Staatsdepartement am Freitag erklart, daß die Handelsverbindung mit Deutschland wieder aufgenommen werden darf.

Warum die französischen Sozialisten nicht streiken.

Versailles, 19. Juli. Zwölf Mitglieder des Verwaltungsrats des Allgemeinen Arbeiterverbandes wurden gestern abend von Clemenceau empfangen, der sich 30 Minuten mit ihnen unterhielt und erklärt haben soll, er wolle politische Streiks nicht dulden. Jouhaux soll darauf geantwortet haben, der Streik richte sich in der Hauptsache gegen die Lebensmittelversorgung, trage also einen ausgesprochen wirtschaftlichen Charakter.

Der Verwaltungsrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes trat nach Beendigung der Unterredung mit Clemenceau alsbald zu einer Sitzung zusammen und setzte unter dem Eindruck der Vorgänge in der Kammer den Beschluß, den Generalstreik vom 21. Juli zu vertagen und dem Nationalkomitee am Montag die Angelegenheit zur endgültigen Entscheidung zu unterbreiten. In der Tagesordnung wird erklärt, daß die unter der Androhung des Generalstreiks bereits festgestellten Dispositionen betreffend Demobilisierung und Amnestie bei der Entscheidung eine Rolle gespielt haben, und daß die durch die Kammerabstimmung geschaffene Lage beweisen habe, daß die Stimme der arbeitenden Klasse, die die Regierungspolitik beurteilt habe, gehört worden sei.

Versailles, 19. Juli. Jouhaux's Organ „La Bataille“ verlangt von den Arbeitern aus Anlaß des Hinausziehens des Generalstreiks Unstetigkeit unter die Disziplin. Erst nachdem der Verwaltungsrat dem Nationalrat der Gewerkschaften Bericht erstattet haben würde, könne offen gesprochen werden. Clemenceaus Drohung habe man sich nicht unterworfen. Unter dem Druck der angeführten Bewegung sei die Amnestie von 150000 politischen und militärischen Verurteilten zugestanden worden. Die Demobilisierung werde Ende September beendet sein. Dadurch sei innerpolitisch vieles erreicht worden. Was die äußere Politik anbetriffe, so werde der Kampf gegen die reaktionären Unternehmungen in Rußland und Ungarn fortgesetzt.

Teuerungsdebatte in der französischen Kammer.

Rücktritt des Ernährungsministers?

Versailles, 19. Juli. In der gestrigen Kammer Sitzung wurde über die allgemeine Teuerung und über die Ernährungsdebatte der Regierung verhandelt. Die Maßnahmen der Regierung wurden aus das schärfste angegriffen und erklärt, man habe, um gegen die Teuerung anzukämpfen, die Gehälter erhöht, ein Gesetz gegen die Spekulation gemacht, die sich nicht darum kümmerten, und schließlich einen Wirtschaftsausschuß ernannt, habe aber vergessen, daß Frankreich sich in einer äußerst schwierigen Lage befinde, und daß es Hilfe von seinen Alliierten hätte verlangen müssen. Schließlich wurde auch die Postpolitik aufs schärfste angegriffen. Ernährungsminister Boret verteidigte die Politik des Ministeriums. Er erwartete schließlich eine Tagesordnung Angagneur, der auch in die Debatte eingegriffen und erklärt hatte, das Ministerium habe sich unwidrig erweisen, gegen die Teuerung anzukämpfen, Belgien und Italien hätten Erfolge erzielt. Der Ernährungsminister erklärte, nur die Tagesordnung Angagneur annehmen zu können, doch wurde der Tagesordnung Angagneur mit 227 gegen 213 Stimmen der Vorrang zuerkannt. Durch diese Abstimmung ist das Ministerium in die Widerberheit gebracht worden. Der Ernährungsminister Boret hat Clemenceau seinen Rücktritt angeboten, doch ist noch nicht bekannt geworden, ob er angenommen wurde. Die Entscheidung soll heute vormittag fallen.

In letzter Stunde wird uns gemeldet, daß der Ernährungsminister endgültig zurückgetreten ist. Der Unterstaatssekretär Roy ist mit der provisorischen Verwaltung des Ministeriums betraut worden.

Friedensvertrag für Oesterreich am Dienstag.

Versailles, 19. Juli. Der Friedensvertragsentwurf mit Oesterreich soll Dienstag überreicht werden. Der Oberste Rat der Alliierten hält weder heute noch morgen Sitzungen ab. Dienstag werde er sich über die militärische Befestigung des Rheinlandes schlüssig werden. Nach einigen Blättern soll die Besatzungshärte 100 000 Mann nicht übersteigen.

Der Landarbeitertarif abgeschlossen.

Stettin, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Der Landarbeitertarif für Neuvorpommern, der den zehnjährigen Arbeitstag und die Regelung zur Einbringung der Ernte erforderlichen Ueberstunden vorsieht, im übrigen sich auf einer mittleren Linie zwischen den Forderungen der Landarbeiter und denen der Grundbesitzer bewegt, wurde gestern in Stralsund nach fünfständiger Verhandlung abgeschlossen. Zur Schlichtung aller im Verlauf des Streiks eingetretener Vorkommnisse soll eine sofort zu bildende paritätische Kommission zusammentreten.

Die Demokratisierung der Gemeindeverwaltung.

Ein schweres Stück Arbeit hat die verfassunggebende Preussische Landesversammlung zu leisten, um den neuen Geist in das Verwaltungsleben einzuführen. Amtsstuben müssen ausgelüftet werden, die alten Bürokraten und Geheimräte haben abzutreten, um neuen Männern Platz zu machen.

Auf dem Gebiet der Kommunal- und Gemeindepolitik begann unsere Fraktion der Preussischen Landesversammlung sofort nach Zusammentritt ihre Arbeit. Zunächst wurde die Durchführung der Verordnung über die Gemeinde- und Kreistagswahlen verlangt und entsprechende Anträge zur Verbesserung dieser Verordnungen gestellt. Im Gemeindeausschuß, der sich mit diesen Fragen zu beschäftigen hatte, setzte der Kampf unserer Genossen ein. Die bürgerlichen Vertreter leisteten einen sehr zähen Widerstand entgegen. Die von uns geforderten Verbesserungen wurden als unzulässig und ungeheuerlich bezeichnet, es bedurfte eines sehr energischen Auftretens unserer Genossen — geführt auf § 9 der Verfassung — um im Ausschuß wie auch später im Plenum durch die Vertreter der Demokraten und des Zentrums die Mehrheit für diese Verordnungen zu finden. Schwer genug ist eine Einigung geworden, der unsere Genossen nur unter der Bedingung zustimmten, daß einige von uns im Ausschuß gestellte Verbesserungsvorschläge zu den Verbesserungen zunächst nur zurückgezogen wurden, um später bei der Beratung der Gemeindeverfassung wieder neu eingebracht zu werden.

Von verschiedenen Anträgen, die unsererseits gestellt wurden, war einer der ersten die bereits durch die Presse bekannte Steuerentwurf. Auch das Finanzministerium hat diesen unseren Vorschlägen zugestimmt. Danach sind die unteren Einkommen bis zu 1500 M. von der Gemeindesteuer zu befreien. Die Einkommen von 1500 bis 3000 M. sind wesentlich zu ermäßigen und dafür die Einkommen über 6500 M. stärker zur Gemeindesteuer heranzuziehen.

Die Unabhängigen wollten uns hier wieder einmal übertrumpfen. Sie nahmen eine radikale Geste an und stellten den Antrag, alle Einkommen bis 3000 Mark steuerfrei zu lassen. Die unabhängigen Kommunalfachleute hatten sich damit aber böß blamiert, denn eine nähere Prüfung ergab, daß, wenn diese Bestimmung in allen Gemeinden gelten sollte, in den meisten Landgemeinden überhaupt keine Steuerzahler vorhanden sein würden. Die Unabhängigen sahen ihren Unsinn denn auch bald ein und suchten einen Rückzug anzutreten: sie ermäßigten daher die Grenze auf 3000 M. Dabei ist wieder wie so oft von ihnen überflüssiges Zeug geredet worden. Die Zeit der parlamentarischen Arbeit wurde damit verdröckelt.

Weiter wurde durch unsere Genossen im Gemeindeausschuß die Regierung dazu veranlaßt, einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Auflösung und Neubildung der Steuerkommissionen bringt. Auch diese Vorlage hat bereits Gesetzeskraft erlangt.

Ein anderer Antrag unserer Genossen fordert für alle Gemeinden, in denen die Verordnungen vom 24. bis 31. Januar über die anderweitige Regelung des Gemeindevahlrechts nicht zur Ausführung gekommen ist, daß dies durch eine entsprechende Anordnung des Staatsministeriums sofort zu erfolgen hat. Eine neue Aufstellung der Wählerlisten zu diesen Wahlen ist zu veranlassen. Wesentlich ist auch, daß die Frauen, die wohl das aktive und passive Wahlrecht besaßen, nun eine Gleichstellung mit den Männern auch hinsichtlich des Bürgerrechts erhalten haben. Damit sind die letzten Schranken der Ungleichheit in den politischen Rechten zwischen Mann und Frau auch auf dem Gebiet der kommunalen Betätigung gefallen.

In logischer Folge der Verordnungen über die Neuwahlen der Gemeindevertretungen und Kreistage ist auch die Auflösung und Neubildung der Provinzial-Landtage durch einen Gesetzentwurf festgelegt worden, der bereits Gesetzeskraft erlangt hat. Die Umbildung und Neuwahl der kommunalen Landtage der Hohenzollern-Lande hat damit ebenfalls seine Erledigung gefunden.

Bei dem Gesetz über die Provinziallandtage wurde wieder von den Unabhängigen die bekannte Despotopolitik getrieben. Ein Antrag wurde eingebracht, die

Wohlen direkt vornehmen zu lassen. Unsere Genossen hielten diesen Antrag zurzeit für ungewinnlich, weil dadurch in das heutige System der indirekten Wahlen ein solcher Mangel hineingekommen wäre, daß für die Regierung und die bürgerlichen Parteien unter diesen Bedingungen die Vorlage unannehmbar wurde. Die Vertreter der Unabhängigen gaben auch im Ausschuss offen zu, daß ihnen daran liegt, das ganze Gesetz zu Fall zu bringen, da es ihnen nicht weit genug geht. Um aber immerhin die anerkanntwertigen Verbesserungen, die der Entwurf enthält, zur Tat werden zu lassen, stimmten unsere Genossen für die Vorlage, die dadurch mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Deutschen Volkspartei stellen verschiedene Verschlechterungsanträge, darunter den, der verlangte, daß nicht nur die Stadtverordnetenversammlungen, sondern auch die alten, noch nicht neu gewählten Magistrate das Stimmrecht bei der Wahl der Provinzial-Landtagsabgeordneten haben sollten. Diese wurden sämtlich abgelehnt.

Zum Schluß legte die Regierung eine Vorlage vor, worin die übrigen Wünsche unserer Fraktion enthalten waren. In dem Gesetzentwurf sind folgende nennenswerten Verbesserungen gegen früher enthalten:

In allen Gemeinden, wo keine Gemeindevertretungen bestehen, haben alle Personen männlichen und weiblichen Geschlechts vom 20. Lebensjahre an das gleiche Stimmrecht in den Gemeindeversammlungen. Unbesoldete Magistratspersonen, Gemeindevorsteher und Schöffen werden aufgelöst und müssen sich bis zum 31. August d. J. Neuwahlen unterziehen. Wahlberechtigte sind nur die Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen. Die Wahlen erfolgen nach den Grundsätzen der Verhältniswahlen. Ebenso werden die Kreisdeputierten, sowie sämtliche Deputationen, Kommissionen und Ausschüsse in allen Gemeinden und Kreisen neu gewählt. Desgleichen muß der Provinzialrat und Bezirksausschuß bis zu diesem Termin auch neu gewählt werden, auch die alten konservativen Amtsvorsteher müssen bis zu diesem Termin (31. August) verschwinden und den durch die Kreisstage neu zu wählenden Amtsvorstehern und Amtsvorsteher-Stellvertretern Platz machen. Die Amtsvorsteher wurden früher durch die Oberpräsidenten bestimmt. Sie werden also jetzt nach diesem Gesetz durch die Kreisstage gewählt und vom Oberpräsidenten bestätigt.

Konservative Anträge, die u. a. verlangten, daß die in den Städten gewählten Kreisstageabgeordneten nicht mitwählen dürfen, wurden abgelehnt. Endlich wurde in diesem Gesetz noch festgelegt, daß verschiedene reaktionäre Bestimmungen in einzelnen Landgemeindeordnungen, wie in der Provinz Hannover, beseitigt werden. Ferner, daß die Sitzungen der Gemeindeversammlungen, Gemeindevertretungen, Gemeindevorstände, Gemeinderat usw. öffentlich sein müssen, so daß alle Gemeindeglieder das Recht haben, als Zuhörer an denselben teilnehmen zu können.

Auch über die Wahlen selbst wurden einige Verbesserungen gegenüber den Verordnungen vom 24. und 31. Januar mitgebracht, so z. B. daß die Wahlvorschläge nur von mindestens 10 Personen unterzeichnet werden brauchen, ferner daß sie zur Hälfte mehr Namen enthalten können als Gemeindevorsteher zu wählen sind, und daß die Dauer der Wahlhandlung selbst durch Beschluß der Gemeindevertretung oder Stadtverordnetenversammlung abgeklärt werden kann. Weiter ist auch ein Vorschlag unserer Genossen mit aufgenommen worden, der verlangt, daß ebenso wie den Stadtverordneten, auch den unbesoldeten Magistratsmitgliedern eine Aufwands-

entschädigung durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung gewährt werden kann.

Das sind nur die wichtigsten Zustände, die auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung bisher erreicht wurden. Unsere Genossen in der Landesversammlung haben auf diesem Gebiet tüchtige Arbeit geleistet. Es ist auch hier vorwärts gegangen. Mit alten Vorrechten und reaktionären Bestimmungen ist schon tüchtig aufgeräumt worden.

## Clemenceau wackelt.

Vertrauensfrage am Dienstag.

Paris, 10. Juli. Die gesamte Pariser Morgenpresse bespricht die gestrige Abstimmung in der Kammer. „Matin“ sagt, die Mehrheit der Kammermitglieder habe in den Wandelgängen erklärt, daß die Abstimmung ein formeller Tadel der Regierungspolitik sei. Man habe nicht nur den Minister Vorec, sondern die Gesamtpolitik des Kabinetts treffen wollen. Das Blatt glaubt, Clemenceau werde in der nächsten Kammer Sitzung am Dienstag die Vertrauensfrage stellen, damit die Kammer Gelegenheit habe, ihre ungewisse Meinung auszusprechen.

„Humanité“ ist bestrebt, von der gestrigen Abstimmung und nicht darin einen Erfolg der Arbeiterbewegung gegen die Regierung, welche Clemenceau am Ruder, denn der größte er die Schwierigkeiten, selbst, wenn er behaupten werde, daß das öffentliche Interesse ihm das Verbleiben an der Spitze der Regierung zur gebieterischen Pflicht mache.

## Die Schantungfrage im amerikanischen Senat.

Kriegsdrohung Amerikas?

Dem „New York Herald“ zufolge erklärte Senator Williams im amerikanischen Senat, Japan werde Schantung nicht preisgeben, wenn es nicht durch Krieg dazu gezwungen werde. Williams fragte: Sind wir bereit, unsere Flotte und unsere Truppen nach dem Stillen Ozean zu senden? Diese Erklärung von Williams machte großen Eindruck, besonders, da Williams einer der begehrtesten Parteigänger Wilsons ist und das Vertrauen des Präsidenten in hohem Maße genießt. Senator Vorec erklärte: Ich glaube nicht, daß es zum Kriege mit Japan kommen wird. Ich bin jedoch davon überzeugt, daß das amerikanische Volk niemals bereit sein wird, diesen Bergleitz zu unterzeichnen und sich dadurch mitschuldig zu machen, daß 50 Millionen hilflose Chinesen zu Sklaven Japans gemacht werden. Wenn dies die einzige Alternative ist, dann bin ich bereit, ihr ins Antlitz zu sehen. Wir würden das am besten jetzt abwenden können.

## Der Eisenbahnerstreik in England.

Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung.

Kopenhagen. Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“. Die englische Regierung hat infolge des Eisenbahnerstreiks in aller Eile Heeresautomobile zur Verfügung stellen müssen, um Milch und Gemüse in die Städte zu befördern, in denen bereits vielfach Mangel an diesen wichtigen Erzeugnissen herrscht. Die großen Zeitungen müssen ebenfalls Automobile zur Beförderung ihrer nordenglischen Ausgabe benutzen. Auch die Geschäftsleute sind auf Autos angewiesen. Die Zustände sind bereits unerträglich und werden täglich schlimmer. In diesen Städten werden auch die Bestände an Schlachtvieh bald erschöpft sein.

Die Presse beurteilt ausnahmslos den Streik mit größter Schärfe. Die konservativen Organe sehen in den Ereignissen ein Anzeichen dafür, daß der bolschewistische Geist tatsächlich schon bei den englischen Arbeitern Eingang gefunden hat, daß man daher der Zukunft mit der größten Besorgnis entgegensehen müsse.

Mein Vater hat infolge eines Unfalls den Tod gefunden. Als ich endlich wieder in die Schweiz kam und meinem Mitgliede meiner Familie die Hand drücken konnte, als ich gar nicht mehr sah, nichts vom See, nichts von den Bergen...

Ich vermochte kein Wort zu sagen. Er fuhr nach längerer Pause fort:

Keiner von uns, weder meine Brüder noch ich, ist jemals vor dem Kriege in Deutschland gewesen. Unser Vater, der als junger Mensch nach der Schweiz gekommen ist, sah hier verheiratete und ansässig wurde, blieb Deutscher und empfand deutsch bis zu seinem Tode. Als der Krieg ausbrach, schied er uns fort, damit wir unsere Pflicht erfüllen könnten. Und so war es wohl in allen deutschen Familien, die ich am See kannte...

Als ich heimwärts ging, wieder am See entlang, sah ich die Sonne hinter den Bergen verschwinden. Kein Segelboot war zu erblicken, kein Motor tatterte. Der See kam mir nunmehr vor wie ein Meer von Blut und Tränen.

Alles, was mir der Winde berührt hatte, ging mir noch einmal durch den Kopf... Wird es bei den Franzosen und Italienern, die vor dem Kriege in der Schweiz gelebt haben, anders gewesen sein als in der deutschen Familie, deren letzten versammelten Sprößling ich soeben gesprochen hatte?

Männer, die vor Jahren die Heimat freiwillig verlassen haben, halten ihr die Dreize und kommen in der Stunde der Not zurück, um zu helfen. Und die Söhne älterer Auswanderer, Männer, die die Heimat des Vaters nie gesehen, machen es ebenso!

Und Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder, die in ihrer Heimat bleiben, sollen nach feindlichem Diktat den genau bezeichneten Stunden an Franzosen, Italiener, Polen oder Uchowskowanen werden, französisch, italienisch, polnisch oder tschechowskowskisch empfinden, denken und handeln!

Als ob es niemals eine polnische oder tschechowskowskische Frage gegeben hätte — um nur diese zwei Beispiele anzuführen, die jeder politische Abo-Schüler kennen muß! Das Stämmebewußtsein mag der einzelne verlieren oder preisgeben, nicht aber ganze Völker oder größere Volksstämme. Es ist auch die Voraussetzung für jede nationale Kulturpflege, deren hohe Bedeutung und absolute Notwendigkeit für die ganze Menschheit niemand treffender geschildert hat als Jean Jaurès. Das Stämmebewußtsein auszurotten zu wollen, wäre ein ebenso törichtes wie verheerendes Verbrechen. Und doch —! Der schwedische Kanzler Treutson hat seinen Sohn gegenüber mir von der „wenigen Weisheit“ gesprochen, mit der die Welt regiert werde. Wieviel deutlicher würde er sich ausgesprochen haben, wenn er Erfahrungen hätte machen müssen, wie wir sie im 20. Jahrhundert schauernd erleben.

Nur die internationale Arbeiterkraft kann jeden Krieg in der Zukunft unmöglich machen und jede Vergewaltigung und Aus-

## Die Versammlungen am Montag!

Die Berliner Sozialdemokratie ruft das Arbeitervolk auf, am Montag gemeinsam mit den Arbeitern der Internationalen, die Stimme des Proletats gegen den Vergewaltigungsfrieden und gegen die Gemaltpolitik von links und rechts zu erheben. Es finden abends 8 Uhr neun Versammlungen in folgenden Sälen statt:

- Pagenhofer, früher Kochbrauerei, Chausseest. 68;
- „Schwarzer Adler“, Franzfurter Allee 99/100;
- Union-Besitz, Greifswalder Str. 221;
- Industri-Besitz, Andreasstr. 21;
- Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15;
- Allems Besitz, Dänenstr. 14/15;
- Brachstraße des Westens, Spichernstr. 8;
- Pagenhofer, Lärmsstraße, Ecke Stromstraße;
- Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.

Es werden sprechen die Genossen: Erwin Barth, Bräuner, Rich, Pfänder, Heintz, Oeller, Franz Krüger, Kuttner, Lüdemann, Schlegel, Wuschel.

Außerdem finden drei Versammlungen abends 7 Uhr statt: in Köpenick im Stadttheater, in Zehlendorf-Witte im Hotel Kurfürst und in Fredersdorf bei Großmossau.

Arbeiter! Parteigenossen! Wir sehen von Arbeitniederlegung ab, weil jede mutwillige Arbeitseinstellung heute ein Verbrechen am Volke ist.

Kommt in Massen zu unseren Versammlungen!

Der Bezirksvorstand Groß-Berlin.

## An die Frauen!

Das Gewissen der Völker regt sich, entseelt die Seelen vom Druck künstlich gezogener Fesseln. Der Geist der Brüder, Licht und der Gleichheit erwacht! Am 21. Juli ruft die Arbeiterkraft in Frankreich, England, Italien, Schweden, Norwegen, Holland, Rumänien zu einer Protestbewegung gegen den Gewaltfrieden auf!

Bei uns darf an diesem Tage die Arbeit nicht ruhen. Arbeitsschmerz verneht den Hunger Eurer Kinder. Nach Feierabend wollen wir in machtvollem Kundgebungen unsere Arbeitsschmerz und -Schwestern da drüben zurufen! Wir sind eins mit Euch im Geist der Völkerbewegung, im Willen zum dauernden Frieden, zum Recht das uns alle umschließt, eins mit Euch im Kampf gegen den ausbeutenden Kapitalismus!

Frauen, Bürgerinnen der Deutschen Republik, in politischer Freiheit allen Frauen der Erde voran, zeigt, daß ihr erfüllt seid von diesem Geist, daß in ihm Eure Kinder groß werden sollen. Sie sind der Menschheit Hoffnung! Erscheint am Montag in Massen zu unseren Versammlungen!

## Die anständige „Deutsche Tageszeitung“.

Genosse Georg Schmidt schreibt uns: In einem Artikel über die Landarbeiterstreiks am Freitag nimmt das Blatt der Agrarier Bezug auf die Ausführungen des deutschnationalen Abgeordneten Koch in der Preussischen Landesversammlung, der deutsche Landarbeiter-Verband müsse über große Summen verfügen, um die vielen Agitatoren zu bezahlen. Daran anschließend fragte er: Ich habe sofort der Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“ telephonisch mitgeteilt, daß dies nicht der Fall sei und der Landarbeiter-Verband auch von anderen Regierungen stellen nicht finanziell unterstützt werde. Der Landarbeiter-Verband deckt seine sämtlichen Ausgaben aus Beiträgen seiner Mitglieder.

Die einfache Anstandsspflicht, einer Berichtigung Raum zu geben, hat die Redaktion der „Tageszeitung“ nicht erfüllt. Weitere Bemerkungen sind wohl überflüssig.

Die einfache Anstandsspflicht, einer Berichtigung Raum zu geben, hat die Redaktion der „Tageszeitung“ nicht erfüllt. Weitere Bemerkungen sind wohl überflüssig.

## Stammes- und Klassenbewußtsein.

Ein Brief von Philipp Scheidemann.

—, Mitte Juli 1918.

Die Abendsonne hat den See in ein spiegelndes Lichtmeer von großer Schönheit verandelt. Die vielen Segelboote liegen ruhig da. Mein Boot bewegt die weißen Leinen.

Die höchsten Oriskosten am jenseitigen Ufer treten immer plastischer hervor. Im Südosten, hoch über Jmol, leuchtet der Schanz von den Farnen und Gipfeln der Dörge. Wädhast erquickende Ruhe...

Da haucht plötzlich ein ganz kleiner Fischbock, der kleiner als Segel führt, ratternd und knatternd über den See und spottet der Stille des Windes.

Ich wandere auf der Seestraße nach Jmol. Ein deutscher Reizger, der von den Schiffsjungen der Welt nicht eine mehr sehen will, wollte mich sprechen.

Der Winde, ein statischer Mann von etwa dreißig Jahren, sah der dem Hauke. Er führte mich sicher über wenige Treppen in seine kahle Wohnung. Er fraute sich aufrichtig über meinen Besuch, da er doch zu mir hätte kommen wollen. Er hätte sich bestimmt zurückgefunden, denn er sei hier aufgewachsen, kenne jeden Weg und Steg genau...

Er sprach zunächst über Rentenfragen, um von mir bestimmte Zustände zu erfahren. Es zeigte sich sofort, daß ich mich einem hochintelligenten Menschen gegenüber befand, der sich in der Welt umgesehen hatte. Mit schmerzhaft berechtigtem Stolz erzählte er von seiner vierjährigen Tätigkeit als Werkführer in Palermo. Die Objektivität, mit der er des Reiches Lage und auch sein eigenes Unglück beurteilte, waren geradezu bewundernswert. Die Bedingungen sind furchtbar — wie wir Blinden und alle die anderen Opfer verurteilt werden sollen, ist mir ein Rätsel. Er trat dann ein für schnelle Hilfe in besonderen Notfällen durch Zuschüsse aus dem Kriegswitwenfonds. Da schenke ihm die Verwaltung zu sehr von bürokratischen Gesichtspunkten diktiert.

Dann, nach Erörterung dieser Angelegenheiten, fuhr er nach einer kleinen Pause fort:

Ich wünsche nicht, daß Sie mich mißverstehen! Sehen Sie die beiden großen Bänder an jenem Band — das sind meine Eltern. An der Wand gegenüber sehen Sie zwei Soldatenbilder — das sind meine Brüder. Meine Mutter ist vor Gram gestorben, als der jüngste Bruder, der Infanterist — er wies mit der Hand nach dem Bildern — bei Verdun fiel. Kurz darauf verlor ich in Russland das Augenlicht. Mein Vater aber sagte, als auch der ältere Bruder gefallen war: und wenn ich zwölf Jungen hätte, ich könnte nicht anders handeln, und die Jungen würden gemäß alle gegangen sein.

bedeutung von Menschen und Völkern ein für allemal beseitigen. Sie kann es aber nur dann, wenn sie eine unerschütterliche Voraussetzung erfüllt, nämlich die, die Einigkeit in ihren eigenen Reihen herbeizuführen. Wie, die aus daß oder Rechthaberei die Selbstzerfleischung der Arbeiterklasse fördern, besorgen die Geschäfte der Gegner der Arbeiterklasse. Sie fördern das Klassenbewußtsein nicht, sie erlösen es geradezu. Das Klassenbewußtsein zu fördern ist aber der einzige Weg, der zum dauernden Weltfrieden führen kann, denn nur das Klassenbewußtsein kann das Stämmebewußtsein frei machen von den chauvinistisch alldeutsch-jingoistischen Schlägen. Ein derart entgeistertes Stämmebewußtsein ist keine Gefahr mehr für den Völkerfrieden. Ganz im Gegenteil. Es wird seine größte Aufgabe darin erblicken — in jedem Lande — das Häste zu leisten — für die ganze Welt! — in der Pflege von Kunst und Wissenschaft, sowie in der Vereinerung und Steigerung des Ertrags der Arbeit.

Ein solches Stämmebewußtsein, gefördert von dem Klassenbewußtsein der internationalen Arbeiterkraft — das wäre Völkerglück und Völkerfrieden.

## Notizen.

Der Passionsweg eines Volkes. Im Juffel der Monatschrift „Schweizerland“ (Zürich) veröffentlicht der Dichter Jakob Schaffner eine Darstellung der deutschen Ereignisse vom 9. November 1918 bis zum 7. Mai 1919, die sich durch lebendige Schilderungen der Berliner Straßenbilder aus den großen Tagen der Revolution auszeichnen. Reifehaft ist die Darstellung des Begriffs der Revolution. Reifehaft ist die Darstellung. Dabeil geht es durch eine Reihe Beiträge von Walzel, Strauß, Vernehl, Wärdenerger zu einer wertvollen Gottfried Keller Festschrift gestaltet worden. Ein derbe Dolchschmitz Wärdenerger zu Dichtungen Kellers und ein original gefähtes Bildnis des Dichters von demselben Zeichner höher den Reiz der Schöpfung ungemittelt.

Das Frauenstudium. Im letzten Sommersemester betrug die Zahl der an den preussischen Universitäten studierenden Frauen 4089; im Sommer vorher waren es 4203. In der theol. Fakultät waren 21 Frauen (Sommer vorher 14), in der juristischen 76 (86), in der medizinischen 669 (625), in der pädagogischen 3020 (3203). Von den 4089 waren 4066 immatrikuliert.

Vorträge. A. A. Wittfogel bespricht am 22. Juli in der Aula der Kaiserin Wilhelms-Schule, Charlottenburg, Schloßstr. 24 die Chinesischen Abende mit dem Vortrag: Die Volksreligion in China.

Georg Kaisers Dramen. Das neue Drama Kaiserin „Gülte, Weg, Erde“ erscheint im Verlage Gustav Kiepenheuer, Potsdam, der jetzt sämtliche Dramen Kaisers übernommen hat.

Zwischen Indien und Persien hat sich, wie es Oberst Webb jetzt in der Londoner Zentralasiatischen Gesellschaft mitteilt, während des Krieges entlang einer Karawanenstraße a der Südbahnen von Afghanistan eine Eisenbahn erbaut und entwickelt. Sie verläuft zwischen Indien und dem südblichen Gebiet dem Indus und Karachi am Arabischen Meerbusen und mit die Abstände, die England auf die wirtschaftliche Durchdringung Südpersiens hat, mächtig fördern.

# Unabhängig-kommunistische Demagogie.

Sie kämpfen mit den Waffen der Reaktionäre.

Aus der Rede, die Genosse Wolfgang Seine in später Abendsunde am Freitag im Abgeordnetenhaus hielt, haben wir wegen des Papiermangels nur einen kurzen Auszug geben können. Einige Punkte dieser Rede sind jedoch wert, daß man sich noch etwas ausführlicher damit befaßt. Der Dispositionsfonds des Ministers des Innern zur Bekämpfung des Verbrechertums gibt den Unabhängigen immer wieder Vorwand zu der wider besseres Wissen aufgestellten Behauptung — die Dinge sind in den Ausschüßungen genau geklärt worden — daß die politische Polizei wieder aufleben sollte. Genosse Seine begnügte sich nicht nur mit der Widerlegung dieser Lüge, er legte vielmehr dem Hause Original und photographische Nachbildung der folgenden Quittung vor:

25 000 M.

In Worten: „Fünfundzwanzigtausend Mark“ sind mir in Gemäßheit des Erlasses vom 20. Mai 1908 — N. 7560 — zur Verteilung von Ausgaben zu Zwecken der politischen Polizei für die Zeit vom 1. Januar bis Ende März 1910 aus der Disposition des Ministers des Innern gezahlt worden, worüber ich hiermit quittiere.

Berlin, den 1. Januar 1910.

Stempel des Polizeipräsidenten.  
Der Polizeipräsident.  
(eigenhändige Unterschrift)  
Sichorn.

Die sittamen Unabhängigen haben also, als sie selbst am Ruder waren, die monatlich fälligen 25 000 Mark für den politischen Geheimfonds präsumiert in Anspruch genommen.

Kaum hatte sich das fürmische Gelächter über die sonderbaren unabhängigen Jugendhelden gelegt, da fauste der zweite Schlag hernieder. Bei Herrn Pich, der mit Ledebour und Biedknopf zusammen die zweite Revolution vom Januar organisiert hatte, ist ein Flugblatt an die Bauern beschlagnahmt worden, für das die Spartakisten aus ihren bekannten unerlöschlichen Geldquellen nach beiläufiger Rechnung 11 000 M. gezahlt haben. Das Flugblatt beginnt:

„Die Kriegswirtschaft mit ihren vielen Tausenden von Beschritten, Verordnungen, mit ihren harten Zwang hat Deine Vorräte, Bauer, eingefordert. Der Kommunalverband und die Landbürger haben Dir Deine Frucht vom Felde weggenommen. Weggenommen gegen billigen Preis, den Du verdoppeln müßtest, wenn Du Saatgut einkaufst. Der Kommunalverband hat Dein junges Kind für 700 M., und Du wachst gezwungen, den Ertrag für Deine Wirtschaft mit 1800 M. zu bezahlen. Der Landbürger guckt jeder alten Henne ins Nest, ob Du alle Eier pünktlich abgibt. Du, Bauer, wach auf. Spartakus kommt zu Dir, um Dir zu geben, nicht um Dir zu nehmen!“

Als Seine diese verbrecherische Demagogie brandmarkte, da blieben selbst Adolph Hoffmann, dem unentwegten Zwischenrufer, die Worte aus, und wer ihn kennt, der weiß, was das bedeutet. Die Kommunisten entschloßen sich also nicht, auf dem flachen Lande mit denselben ausgefunkteten antisozialistischen Lügen zu operieren, wie die Agrarier vom pommerischen Landbund und vom Bund der Landwirte.

Aber das wäre ja auch nicht das erste Mal. Von mir nur den Aufruf lesen, mit dem sich am Donnerstag die Berliner Arbeiterräte der U. S. P. gegen die Mehrheitspartei wenden. Wenn irgendein reaktionärer Regierungspräsident oder Landrat von seinem Posten entfernt und durch einen Sozialisten ersetzt wird, dann erscheint in sämtlichen reaktionären Blättern eine Notiz unter der Ueberschrift „An der Parteiführer“. Genau in derselben Weise gehen — die U. S. P. Arbeiter, indem sie der Mehrheitspartei vorwerfen, daß sie ihre „Lokalen und Trabanten an gutbezahlte Stellen setze“. Diese angeblichen Arbeitervertreter machen also der Regierung jetzt noch einen Vorwurf daraus, daß sie die reaktionären Beamten entfernt und durch Sozialisten ersetzt! Wenn die U. S. P. ans Ruder kommen sollte, dann wird sie wahrscheinlich alle konservativen Regierungspräsidenten und Landräte wieder einsetzen, und sie wird sich häßlich hüten, die entscheidenden Stellen mit ihren Anhängern zu besetzen! — Widerlich und ekelregend ist diese Demagogie, die skrupellos zu den Waffen greift, mit denen die Reaktion Demokratie und Sozialismus bekämpft!

# Regierung und republikanischer Führerbund

## Eine Erklärung Noskes.

Reichswehrminister Noske sendet uns aus Weimar folgendes Telegramm:  
„Der „Vorwärts“ behauptet am Freitagabend, die Begründer des republikanischen Führerbundes hätten für ihren Plan bei mir volles Verständnis gefunden. Richtig ist vielmehr, daß ich erklärt habe, die Gründung nicht verhindern zu können, daß aber dann eine Organisation mehr entsteht, gegen deren Wirken in der Reichswehr ich würde später Stellung nehmen müssen.“

Hierzu bemerke ich als Teilnehmer jener Unterredung:

In der mehr als einstündigen Besprechung hat der Reichswehrminister sich den Gründern des republikanischen Führerbundes gegenüber keinesfalls in derartig scharfer Weise ausgedrückt. Er hat gewisse Bedenken geäußert, diese Bedenken können aber zum großen Teil von uns gestrichelt werden. Dem Sinne nach hat der Reichswehrminister etwa ebenso Stellung genommen wie der Referent im Reichswehrministerium, Bernhard Raufsch, es in der Versammlung des N. F. D. getan hat, dessen Rede wir in der Sonnabendnachmittags-Ausgabe des „Vorwärts“ abgedruckt haben. Eine direkte Förderung unseres Bundes durch das Reichswehrministerium haben wir weder verlangt noch erwartet. Mit einer Stellung, wie sie Raufsch dargelegt hat, sind wir durchaus zufrieden und einverstanden. Im übrigen soll an dieser Stelle nochmals betont werden, daß die Organisation zu dem Zweck gegründet ist, das Reichswehrministerium bei der Schaffung eines republikanischen Heeres zu unterstützen.  
Erich Rützel.

Schichtwechsel, Kollegen! Das Morgenblatt der „Freiheit“ begrüßt die Proteste des „Vorwärts“ und der U. S. P. gegen militärische Reaktion und Gewalttätigkeit als Zeichen beginnender Einheit, das Abendblatt hat nur Hohn für diese Kundgebungen. Die Kollegen der „Freiheit“ sollten mal die Schicht wechseln; immer eine Woche morgens und eine Woche abends kommunistisch!

# Königsberg und Hamburg.

Inerrentlich von der Reichswehr.

Ueber die Vorgänge, die sich am Freitag in Königsberg ereigneten, erfahren die P. P. R.: In die Stadtverordnetenversammlung in Königsberg drangen mit Handgranaten, Karabinern und Pistolen bewaffnete Soldaten ein, verlasen eine Erklärung der Reichswehr und Grenzschutzsoldaten und verjagten darauf, die Stadtverordneten Wittmoß und Dr. Gottschall von der U. S. P. D. zu „verhaften“. Es entstand ein großer Tumult. Der Stadtverordnetenvorsteher forderte die Soldaten auf, den Sitzungssaal zu verlassen. Dieser Aufforderung leisteten die Soldaten jedoch nicht Folge. Schließlich sah er sich genötigt, die Sitzung auf eine halbe Stunde zu unterbrechen. Die beiden Stadtverordneten Wittmoß und Dr. Gottschall erklärten sich bereit, vor dem Magistratsgebäude den Soldaten wegen der Angriffe der unabhängigen „Freiheit“ Rede zu stoßen. Umringt von den Soldaten zogen sie vor das Haus und nahmen die Beschuldigungen gegen die Truppen im allgemeinen zurük. Sie erklärten, nur diejenigen unter den Truppen beschuldigt zu haben, die sich wirklich vergangen hätten. Die umliegenden Straßen des Rathausplatzes waren von den Truppen im weitem Umfange abgeperrt. Auf dem Platze selbst standen die Soldaten, zum Teil schwer bewaffnet und hörten in Ruhe die Erklärungen der beiden Stadtverordneten an. Nachdem dies geschehen war, ließ man die beiden Stadtverordneten ihres Weges ziehen. Die Abperrung wurde aufgehoben, die Truppen verließen in geordnetem Zuge den Platz. Unterwegs kam es jedoch zu Ausschreitungen. Angeblich sollen die Truppen beschimpft und aus einem Hause beschossen worden sein. Die Truppen eröffneten erst ein blindes Feuer, gaben jedoch nachher einige scharfe Schüsse ab, wobei eine Frau und ein Junge verletzt wurden.

Die Vorgänge im Razinlagarett-Bebel in Hamburg stellen sich, wie wir von zuständiger Seite erfahren, folgendermaßen dar: Es war bekannt geworden, daß in dem Lagarett-Bebel von Kommunisten und Spartakisten, die sich dort zum großen Teil befinden, aus den Tagen der Hamburger Revolution noch Waffen verborgen gehalten werden. Eine Anzahl von Soldaten bekam den Auftrag, das Lagarett nach Waffen zu untersuchen. Sie besetzten das Lagarett und fanden tatsächlich eine Handgranate und einige Schusswaffen. Die Soldaten wurden von Lagarettinsassen auf das Hebelke beschimpft und tätlich angegriffen. Es kam dabei zwischen beiden Parteien zu Tätlichkeiten.

Die Uebergriffe in Königsberg, die einen unerhörten Angriff auf eine parlamentarische Körperschaft bedeuten, sind in keiner Weise zu entschuldigen, sondern sie verdienen allerhöchste Verurteilung und verlangen strengste Sühne. Wenn nach den unerhörten Uebergriffen der Truppen Beschimpfungen derselben vorgekommen sind, so kann man sich wirklich darüber nicht wundern. — Auch im Hamburger Fall ist das Militär, auch wenn eine Mitschuld der Lagarettinsassen vorliegt, nicht freizusprechen. Bei den jetzt noch im Lagarett befindlichen Mannschaften handelt es sich größtenteils um Schwerverwundete bzw. Schwerkrante und diesen gegenüber wäre ein etwas rücksichtsvollerer Vorgehen doch wohl möglich gewesen. Wegen einer ganzen Handgranate und ein paar Revolvern brauchte wirklich nicht ein solcher Apparat aufgebaut zu werden. Jedenfalls zeigen diese Vorfälle zur Genüge, daß der Geist in der Reichswehr noch sehr viel zu wünschen übrig läßt, und der Reichswehrminister täte besser, sich mit aller Energie gegen diese Vorfälle zu wenden, anstatt dem „Republikanischen Führerbund“ Steine in den Weg zu werfen, der einen Geist in der Reichswehr schaffen will, der solche Vorfälle unmöglich macht!

# Die Schuld am Landarbeiterstreik.

Im Auftrage der preussischen Regierung sind bekanntlich die Unterstaatssekretäre Dr. Meyer (Inneres) und Gyzinski (Krieg) nach Rommern gefahren, um den Landarbeiterstreik zu beenden, was ihnen auch geblüht ist. Ueber seine Vorgeschichte sprach ein Mitarbeiter der „P. P. R.“ mit dem Unterstaatssekretär Gyzinski. Dieser bestätigte, daß der kommandierende General ganz willkürlich und eigenmächtig vorgegangen sei, ohne Befragung des Oberpräsidenten habe er den Belagerungszustand über weite Bezirke verhängt, in denen es ganz ruhig war. Wegen den Einspruch aller Zivilbehörden habe er den Arbeitszwang verordnet, was zur Folge hatte, daß die Zahl der bestreikten Güter sich sofort verdreifachte. Dieser General und der stellvertretende Regierungspräsident in Stralsund tragen die Hauptschuld an der unerfreulichen Zustellung der Lage. Das preussische Ministerium wird strenge Maßnahmen beschließen, um einer Wiederholung derartiger Zwischenfälle unbedingt vorzubeugen.

Die Aufhebung des Belagerungszustandes hat sofort Veruhigung geschaffen. Bei der Zusammenkunft der Regierungvertreter und der Streikleitung erklärte ein Unabhängiger, ein früherer Gelber, er sei gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes. Denn der Proteststreik der Arbeiter würde zwar nach einigen Tagen zusammenbrechen, aber dann würden sie mit geballten Fäusten und bitterem Zorn gegen Staat und Gesellschaft an die Arbeit zurückkehren.

Diese Darstellung zeigt so recht, wie sich die Extreme rechts und links in die Hände arbeiten. Der eigenmächtig handelnde General vom A. D. R. 2 ist eine fahndende Erscheinung und wir möchten wünschen, daß der Reichswehrminister gegen ihn nur die Hälfte der Energie aufbringt, mit der er sich heute gegen den Republikanischen Führerbund wendet, dessen Notwendigkeit durch diesen Generalstreik wieder einmal klar erwiesen ist. Bezeichnend aber ist die Freude, die das unkluge Vorgehen des Generals bei den Unabhängigen auslöst und das offenergeigte Bekenntnis ihres gelben Vertreters, der diese Gewalttätigkeit des Militärs aus vollem Herzen bejubelt, verdient für alle Zeiten festgehalten zu werden.

Das Ende eines unabhängigen Agitationschwinds. Immer wieder laucht in der Agitation der Unabhängigen die Behauptung auf, daß für die Bekämpfung innerer Zustände Eisenerz Kreuze vertrieben worden seien. Nun stellt eine amtliche Bekanntmachung über die nachträgliche Verleihung Eisenerz Kreuze ausdrücklich fest, daß das E. R. für Tapferkeit bei Bekämpfung innerer Unruhen nicht verliehen werden darf. Was die Unabhängigen aber sicher nicht hindern wird, ihren Schwindeln immer wieder gläubigen Gemütern vorzutragen.

# Demokratischer Parteitag.

Unter außerordentlich starker Beteiligung wurde am Sonntagabend im Großen Saal der Philharmonie der erste Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei eröffnet.

Handelsminister Hülshof, der namens des vorläufigen geschäftsführenden Vorstandes den Parteitag eröffnete, betonte in seiner einleitenden Rede, daß die Demokratische Partei sich auf den Boden der republikanischen Staatsform

gestellt und daß ihre Organisation sich nach revolutionärem Recht vollzogen habe. Unter fürmischen Beifall legt er Zeugnis ab für die allgemeine deutsche Einigung und gab seinem Vertrauen Ausdruck, daß die Völker das Unrecht des jetzigen Gewalttätens einsehen und Recht und Gerechtigkeit an seine Stelle sehen werden.

Darauf wurde zum Vorsitzenden unter fürmischen Beifall Oberbürgermeister Koch, Kassel R. d. R. gewählt, zu Stellvertretern mit gleichen Rechten Vizepräsident der preussischen Nationalversammlung Dr. Frenkel, Dr. Gertrud Bäumer, Prof. Dr. Gerland, Jena und Adm. Dr. Dietrich, Augsburg.

Oberbürgermeister Koch übernimmt den Vorsitz und erklärt in einer kurzen Ansprache, daß die Zukunft des Deutschen Reiches nicht gelöst werden könne von Parteien, die hypnotisiert auf die Vergangenheit starren, sondern daß eine Partei nötig sei, die in demokratisch-nationaler und sozialer Gesinnung arbeite.

Den Geschäftsbericht erstattet Chefredakteur Rudolf Berlin. Er polemisiert heftig gegen Stresemann und die Schwenkliberalen und betont, daß nicht nur der linke Flügel der national-liberalen Partei sich den Demokraten angeschlossen habe, sondern alles, was zwischen Sozialdemokratie und Reaktion stehe. Er behauptet, daß bei den Wahlen für die Nationalversammlung nicht in allen Kreisen die Listenverbindungen mit der Reaktion unterlassen worden ist, aber auch mit der Sozialdemokratie habe keine Listenverbindungen stattfinden dürfen, denn es habe gegolten, eine sozialdemokratische Mehrheit in der Nationalversammlung zu verhindern. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung erhielt die Partei 5,6 Millionen Stimmen und 75 Mandate, in der Preußerversammlung zählte sie 67 Mandate. Die Zahl der organisierten Mitglieder — ausschließlich der besetzten Gebiete — beträgt 788 000. (Beifälliger Beifall.)

Ueber die Tätigkeit der Reaktion in der Nationalversammlung erstattete Abg. Dr. Petersen-Hamburg ein ausführliches Referat: Drei Reilensteine bezeichnen den Weg der Nationalversammlung: die Notverfassung, das Sozialistengesetz und die Festlegung des 1. Mai als Feiertag. Der Widerstand Kurt Eisners hat verhindert, daß in der Notverfassung der unitarische Staat festgelegt wurde, er und ganz Bayern hätten darauf geachtet. Als besonderes Verdienst der Demokraten bezeichnet der Referent, daß in das Sozialistengesetz die Bestimmung aufgenommen wurde, daß Privatbesitz nicht ohne Entschädigung enteignet werden darf. Hätten wir den 1. Mai nicht zum gesetzlichen Feiertag erhoben, dann wäre gegen das Gesetz gestreift worden. Bei der Beratung des Verfassungsentwurfes hat die Partei den unitarischen Gedanken gewollig gefördert. Besonders Marxe Kritik hat unsere Stellungnahme zur

Frage der Dauer der Legislaturperiode

erfahren. (Sehr richtig!) Eine demokratische Regierung darf nicht die Politik der Straße betreiben. Die erste Nationalversammlung soll den Boden abgeben, auf dem die Führer herantreten, die dieser schweren und verantwortungsvollen Aufgabe gewachsen sind. Darum ist eine fünfjährige Legislaturperiode notwendig. (Widerstand.) Es ist noch kein Weißer vom Himmel gefallen. Auch die Führerfähigkeiten müssen in harter und schwerer Arbeit gewonnen werden. Das kann nicht in drei Jahren geschehen. (Erneuter Widerstand.)

Unter lebhaftem Widerspruch eines Teils der Versammlung verteidigt der Redner weiter seinen Standpunkt und geht dann auf die Stellung seiner Partei zum Friedensvertrag ein. Auf Drängen unserer Partei wurde am 12. Mai von der Koalitionregierung das unannehmbar ausgesprochen. (Stürmischer Beifall.) Das war auch die Ueberzeugung der überwindenden Mehrheit des Volkes. Dieses „unannehmbar“ ist mit Einschluß weniger Bekannte unserer Partei von den anderen Parteien nicht eingehalten. Als die anderen Parteien — das Zentrum mehr noch als die Sozialdemokratie — für unbedingte Annahme war, war es uns

unmöglich, in diesem Kabinett zu bleiben.

Es gibt auch in der Politik Inkompatibilitäten. Wir hätten Schaden an der Seele erlitten. Wir haben in unserer Erklärung über die Gründe keinen Zweifel gelassen. Etwas anderes hat auch unser Freund Schiffer nicht gesagt. (Chorisch.) Was er über Freiheit in wirtschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht gesagt hat, ist kein Grund des Austritts, sondern die Folge. Man hat Grund und Folgen durcheinander geworfen. Wer mich kennt, weiß, daß ich immer das

Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie

bedeutet habe, um ein freies Deutschland herbeizuführen. (Minutenlanger fürmischer Beifall und Handklatzen.) Deshalb können wir eine Zeitlang ermahnen neben ihr gehen. Die Schwierigkeiten des Zusammengehens liegen in den wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben. Der Redner fordert ein Programm der Tat, mit

Schlagnworten wie Sozialisierung

sei es nicht getan. (Stürmischer Beifall.) Der Redner bezeichnet dann die Bismillschen Pläne als ein Produkt geistiger Armut, welche die Kriegswirtschaft als Sozialismus ausgeben. Sehr scharf wendet sich dann der Redner gegen das Räteystem und erklärt unter fürmischen Beifall, man wolle weder von oben noch von unten eine Klassenherrschaft haben. Die Sozialdemokratie aber sei in ihrem Verhalten gegenüber dem Räteystem nicht klar. Außerhalb der Koalitionregierung könne die Demokratische Partei ihre Ziele klarer ausarbeiten. Der Redner fährt fort: Die Einwirkung auf die Regierung verlieren wir nicht, Zentrum und Sozialdemokratie haben es uns schon zu versprechen gegeben, daß es ohne Demokraten nicht geht. Es gilt nur den geschickten Moment Flug und Schweigen abzuwarten, um man und kommt und fragt: Seid Ihr bereit, in die Regierung einzutreten? Wir werden dann erklären:

Wir sind bereit, wenn Ihre Forderung erfüllt.

Das sind die erfreulichen Folgen unseres Ausscheidens. Der Redner polemisiert dann weiter sehr heftig gegen den Sozialismus, der Glaube an den Sozialismus sei ein Dogma. In jeder verständigen sozialpolitischen und wirtschaftlich demokratischen Forderung werde die Sozialdemokratie rechtlos die Unterstützung der Demokratischen Partei haben. (Stürmischer Beifall.) Aber die Sozialdemokratie habe an ihrem Klassenstandpunkt fest, obgleich das im demokratischen Staat ein Unfinn sei. Der Kapitalist sei ein notwendiges Übel der Gesellschaft. Das Bismillsche Experiment können die Demokraten nicht mitmachen, aber in der sozialen Verpflichtung lassen wir uns von keinem Sozialdemokraten überbieten. Das Ideal der sozialen Gerechtigkeit eint in unserer Partei alle Schichten. (Minutenlanger, fürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende Abg. Koch bringt ein Telegramm der Demokraten des Rheinlandes zur Verlesung, worin gelobt wird, das Deutschland zu bewachen und gegen jede Vergewaltigung zu verteidigen. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Koch: Diese Irredebente jenseits der Grenzen soll nicht einschlagen. (Minutenlanger Beifall. Zuruf: Wir hören sie wieder.)

Die allgemeine Aussprache wird im Hinblick auf die Rede des Grafen Bernstorff über die auswärtige Politik am Sonntag erfolgen.

# Was wird aus den entlassenen Freiwilligen?

## Ein Vorschlag.

Aus Reichswehrkreisen schreibt man uns:

Innerhalb dreier Monate soll die Reichswehr auf 200 000 Mann verringert werden, 2-300 000 Mann müssen also sofort entlassen, nach geladener Pflicht auf die Straße gesetzt werden. Das muß zu erneuter Unzufriedenheit, muß zur Zerrüttung führen. Die Regierung weiß und sieht das, aber sie findet nicht den Entschluß zu kräftiger Tat, sie schiebt den Kopf in den Sand.

Die Arbeitslosenfürsorge soll neu geregelt werden, hier aber wird die Frage durch Vermehrung der Arbeitslosen erst noch schwieriger gemacht.

In zwei Entlassen ist nach der Revolution den Soldaten besondere Bevorzugung in der Ansiedlung versprochen worden: im Dezember durch die Oberste Heeresleitung und Ende Juni durch den Reichswehrminister Noske. Sind das auch wieder Versprechungen, die nicht gehalten werden? Jetzt ist es Zeit zu handeln.

Zwei Umstände haben bisher die Siedlung nicht vom Fleck kommen lassen: eine schnelle und endgültige Enteignung zu angemessenen Preisen ist noch immer nicht möglich, und die schwierigen Verhältnisse auf dem Bauplatz lassen die schnelle Schaffung von Wohngelegenheiten nicht zu.

Soll man zweifeln, daß eine in der Mehrheit sozialistische Regierung nicht imstande ist, ein für Kriegersiedlung brauchbares Enteignungsgesetz zu schaffen?

Warum sollen die Männer, die 4 Jahre lang gelernt haben, sich ein Obdach zu schaffen im feindlichen Feuer aus dem, was die Natur in nächster Nähe bot, warum sollen sie jetzt diese Kunst nicht anwenden dürfen zum eigenen Nutzen und zur Sicherung des inneren Friedens?

Darum sollte man allen aus der Reichswehr entlassenen Leuten die Möglichkeit geben, sich in Siedlungsgruppen zusammenzuschließen, die nach Landsmannschaften in die verschiedenen Gegenden verteilt werden. Sie erhalten Wohnung und Verpflegung wie in der Reichswehr. Sie werden im Einvernehmen mit den Landesverwaltungsbehörden eingesetzt, um Boden in Kultur zu bringen und um Wohngelegenheiten für städtische und ländliche Siedlung zu schaffen.

Selbstverständlich muß Vorkehrung getroffen sein, daß diese Gruppen nicht als Lohndrücker wirken, und daß ihre Arbeit wirklich im Verhältnis zu den Kosten produktiv ist.

Wer in diesen Siedlungsgruppen eine Anzahl von Monaten erfolgreich gearbeitet hat, hat das Recht auf Erwerb einer Heimstätte, die in Erbpacht, als Rentenquart oder als Eigentum mit Rückkaufsrecht des Ausgebers vergeben wird. Der Preis dieser Wirtschaften und Wohnheimstätten muß im angemessenen Verhältnis zu dem tatsächlichen Werte und der darauf verwandten Arbeit stehen, aber es muß auch dem Siedler ein gutes wirtschaftliches Auskommen ermöglichen. Und dieser letztere Punkt ist der wichtigere; denn, wenn auch wirklich das Reich zunächst nicht alle in die Siedlung gesteckten Ausgaben wieder einbringt, so sind diese Ausgaben doch als Schutz gegen neue Zerrüttung durchaus wirtschaftlich. Mehr als eine Million sparen wir täglich dadurch, daß uns gegen unseren Willen die Feinde zu der Verminderung des Heeres zwingen. Nun sollten wir diese Millionen wenigstens anwenden, um mit friedlichen Mitteln den Bau des Reiches zu festigen. Hunderte von Millionen sind für die unproduktive Arbeitslosenunterstützung ausgegeben und haben keine Zu-

friedenheit in die Menge gebracht, da werden doch wohl noch einige Millionen verfügbar sein, deren Ertrag vielleicht wirtschaftlich nicht ganz befriedigt, dafür aber sittlich und politisch von um so größerer Bedeutung ist.

Entsprechend bündige Anregungen zur Schaffung von Siedlungsgruppen liegen im Kriegsministerium und beim Reichswehrminister bereits vor. Werden sie im Altentstand vergraben oder sich auf dem Instanzenwege hoffnungslos verirren oder wird man rechtzeitig daraus etwas Gutes schaffen zum Wohle von Wirtschaft und Volk?

# Gewerkschaftsbewegung

## Der Zentralrat der Eisenbahner

sendet uns eine längere Zuschrift, die sich auf den kürzlich von uns veröffentlichten Artikel bezieht, worin der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes sagt, daß er ein Zusammenarbeiten mit dem Zentralrat in seiner gegenwärtigen Zusammenfassung ablehnt, weil der Obmann des Zentralrats — wie ein gleichzeitig veröffentlichter Brief desselben beweist — über die Köpfe des Hauptvorstandes hinweg den Generalstreik zu proklamieren beabsichtigt.

In der an uns gerichteten Einleitung wird die Wichtigkeit des Inhalts des Briefes nicht bestritten, aber seine Veröffentlichung durch den Hauptvorstand wird als eine Ungehörlichkeit bezeichnet. Aber die triviale Absicht, im Gegensatz zum Hauptvorstand den Generalstreik ins Werk zu setzen, den Eisenbahnbetrieb ganz Deutschlands mit einem Schläge stillzulegen, das ganze Wirtschaftsgetriebe zu unterbinden und die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung einzustellen, das alles erscheint unserm Einfunder, dem Zentralratsmitglied Obmann H. Hertel lediglich als eine Differenz zwischen dem Hauptvorstand und dem Zentralrat, eine rein interne Angelegenheit, an der die Öffentlichkeit nicht das geringste Interesse hat.

Mit dieser Ansicht dürften die Zentralratsmitglieder wohl so ziemlich allein dastehen.

Der größtenteils gegen den Hauptvorstand polemisierenden Zuschrift entnehmen die folgende sachliche Angabe:

Der Zentralrat hat dem Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes folgende Erklärung abgegeben:

„Der Zentralrat erhebt gegen das Verhalten des Hauptvorstandes des D. E. V. den stärksten Protest. Den Beschluß des Hauptvorstandes, mit dem Zentralrat in seiner jetzigen Zusammenfassung nicht mehr geschäftlich zu verkehren, demselben keine Verbandsgelder mehr zur Verfügung zu stellen, ferner gegen einzelne Mitglieder des Zentralrates noch weitere Schritte einzuleiten, erkennt der Zentralrat nicht an.“

Ein solcher Beschluß kann nur von einer Verbands-Generalversammlung gefaßt werden.

Der Zentralrat stellt daher den Antrag auf sofortige Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung (§ 27 des Verbandsstatuts), welcher in dieser Angelegenheit zu entscheiden hat. Der Zentralrat erklärt ferner, daß er keinerlei bis zur Entscheidung der Generalversammlung eine Zusammenarbeit mit dem jetzigen Hauptvorstand ablehnt, da das bisherige Verhalten des Hauptvorstandes für eine konsequente Durchführung der auf dem Verbandstage zu Jena gefaßten Beschlüsse keine Gewähr bietet.

Der Zentralrat der Eisenbahnarbeiter.  
J. A. gez.: H. Hertel, Obmann.

## Erfolge der Landarbeiterorganisation.

Die Landarbeiterschaft macht allentorten auf. In den beiden oberfränkischen Bezirken Hof und Bamberg sind jetzt über 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert. Nach wochenlangen Bemühungen sind endlich Verhandlungen mit den landwirtschaftlichen Arbeitgebern im Gang zur Schaffung eines Tarifvertrages, nachdem in den letzten Tagen auf zwei größeren Gütern schon vorübergehend die Arbeit eingestellt war, weil die Gutbesitzer kein Entgegenkommen gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft zeigen wollten. Der Abschluß eines Vertrages für den Bezirk Hof und Umgebung, in dem sich ca. 30 kleinere und mittlere Güter befinden, steht bevor, für den Bezirk Bamberg und Umgebung ist ein Lohnarif bereits geschaffen worden.

## Tarifbewegung der Musiker.

Der Verein der Kaffeehausbesitzer hat auf das Ultimatum der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Musiker-Verbandes Gegenorschläge für den Abschluß eines Tarifvertrages eingereicht. Die Hauptforderung der Musikerschaft: Ausschaltung des Kapellmeisters (Ensembleleiters) als Unternehmer und Anerkennung des Lokalinhabers als Arbeitgeber, ist seitens der Kaffeehausbesitzer angenommen worden. Durch dieses Zugeständnis werden aber die Musiker nicht besser gestellt, denn die Summen, die bisher die Ensembleleiter aus den Kaffeehäusern für die Musiker durch untarifmäßige Bezahlung für sich selbst herausgewirtschaftet haben, wollen nunmehr die Kaffeehäuser für sich selbst einpflegen. Auch die achtstündige Arbeitszeit möchten sie für den Kaffeehausmusiker allgemein einführen. Es soll dadurch eine Heraufarbeitung der bisherigen durchschnittlichen Arbeitszeit für den Musiker erreicht werden. Nur schwindend wenige Musiker — jedenfalls aber keine Bläser — könnten auf die Dauer, ohne schweren Schaden an ihre Gesundheit zu nehmen, eine täglich achtstündige Dienstzeit körperlich und geistig aushalten und noch dazu in einem mit Tabakrauch stark durchdränkten Luft eines Kaffees. Neben dieser direkten Arbeitsleistung kommt noch eine tägliche Übungszeit von 2 bis 3 Stunden hinzu, die jeder Musiker innehalten muß, wenn er auf der Höhe seiner Leistungen und damit in Lohn und Brot bleiben will. Die Musiker lehnen es auch ab, überhaupt länger als 8 Stunden täglich zu arbeiten.

Für eine vierstündige Arbeitszeit soll der Musiker einen Stundenlohn von 4,50 M. erhalten. Je mehr Stunden er nun für den Unternehmer arbeitet, desto weniger soll er pro Stunde bezahlt bekommen. Also eine Prämie für den Unternehmer zur Ausnutzung der Arbeitskraft des Arbeitnehmers.

Bei Kündigungen und Entlassungen der Musiker sollen auf Grund eines Mitbestimmungsrechts nicht die Musiker selbst, sondern auch die übrigen Angestellten des Hauses mit entscheiden. Die Kaffeehäuser sträubten sich bisher, dem Musiker in künstlerischen Fragen dem Kapellmeister gegenüber ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen. In Fällen der Entlassung oder Einstellung eines Musikers soll jetzt vielleicht auch die Meinungsäußerung des Hauses ein Recht der Mitbestimmung haben. Die Gegenorschläge des Vereins der Kaffeehausbesitzer sind für die Musiker durchaus unannehmbar und werden von denselben abgelehnt.

Berlin. Laut Beschluß des Gewerkschaftsrats riefte schließt sich die organisierte Arbeiterschaft der Protestkundgebung der Gewerkschaftskommission an.

**Apothekenarbeiter.** Am Montag, 21. Juli, abends 8 Uhr pünktlich, im Rönigkbad-Kasino, Holzmärktstr. 73 (Ecke Alexanderstraße), Branchenversammlung. Bericht über die Tarifverhandlungen mit dem Berliner Apothekerverein.

**Gold- und Silberarbeiter** treffen sich Montag vormittag 11 Uhr am Michaelkirchhof.

Verantwortlich für Politik: Arthur Hilfer, Charlottenburg. Für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Reinickendorf; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Gornsdorff-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Gornsdorff-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 2. Hierzu 2 Beilagen.

# A. WERTHEIM

Leipziger Straße / Königstraße / Moritzplatz / Rosenthaler Straße

G. M. B. H.  
Versand-Abteilung Berlin W66 Leipziger Str.



**Jugendliches Kleid** 53<sup>00</sup>  
Abbild. 2, heller leinonartiger Stoff, Matrosenkragen mit farbiger Blende, Rock mit Stufen

**Vornehmes Kleid** 75<sup>00</sup>  
aus weißem Stückerelstoff

**Fesches Kleid** 110<sup>00</sup>  
Abbildung 1, dunkel gemusteter Schielerstoff, mit weißer Weste

**Elegantes Kittelkleid** 129<sup>00</sup>  
aus weiß gesticktem Batist, mit farbiger Stickerei und Knopfverzierung

## Kostümröcke

- Waschrock** aus naturfarbigem leinonartigen Stoff, faltige Form ..... 15<sup>75</sup>
- Leinenrock** festes Gewebe, glatte Form, mit Knopfgarnierung ..... 18<sup>50</sup>
- Rock** aus festem Waschstoff, verschiedene flotte Formen, weiß, hellblau, rosa, naturfarbig ..... 39<sup>00</sup>
- Blusenrock** aus feinem Stückerelbatist, verschiedene Formen ..... 57<sup>00</sup>
- Blusenrock** aus weißem gestickten Voll-Volle mit Sämnchen oder feinem farbig gestreiften Batist, verschiedene Formen ..... 69<sup>00</sup>
- Rock** aus echter Bastseide mit hübscher Gürtelverzierung ..... 117<sup>00</sup>



**Blusen** aus farbigen leinonartigen Stoffen, in verschiedenen Formen, auch Sportformen ..... 19<sup>75</sup>

**Westen und Blusen** Abbild. 3 u. 4, aus farbig leinonart. Stoffen, letztere in verschied. reichen Ausführungen, teilweise mit Stickereien, auch Schoßblusen ..... 29<sup>50</sup>

## Preiswerte Kinder-Kleider

- Kinderkittel** aus gutem naturfarbigem Nessel, mit hellblauem Frotté besetzt  
Größe 45 12<sup>90</sup>  
Größe 50 13<sup>90</sup>
- Kinderkleid** aus marine-weiß gestreift, Baumwollstoff, mit Krage und Schleife garniert .....  
Größe 65 35<sup>00</sup>  
Größe 100 52<sup>50</sup>
- Kinderkleid** aus marine-weiß gepunkt, Baumwollstoff .....  
Größe 65 28<sup>50</sup>  
steigend bis Größe 100 49<sup>50</sup>
- Kinderkleid** a. weißer, guter Stickerei, mit Spitzen-Passe und Seidenband garniert .....  
Größe 45 39<sup>00</sup>  
steigend bis Größe 70 50<sup>00</sup>

**Kunstsoldene Sport-Jacken**

Serie I	Serie II	Serie III
155 <sup>00</sup>	210 <sup>00</sup>	225 <sup>00</sup>

**Selden-Mantel** 185<sup>00</sup>  
Imprägniert

**Blusen** aus weißem Voll-Volle, in verschiedenen Formen mit reichen Garnierungen ..... 38<sup>50</sup>

**Blusen** aus weißem Voll-Volle, in verschiedenen eleganten Ausführungen, auch Jabot-Fassons ..... 49<sup>00</sup>

Der Kampf um die Schule.

Von Richard Lohmann.

Ein eigenartiges Spiel des Zufalls wollte es, daß vorgestern im Reich und in Preußen, in der Nationalversammlung und in der Preussischen Landesversammlung gleichzeitig die Neugestaltung unseres Schulwesens zur Beratung stand.

Die Schule des alten Deutschland, nicht zuletzt die preussische, frohnte im Joch zweier Tyrannen, der Kirche und des Klassenprivilegs. Aus beiden hatte der Klassenstaat sich Machtmittel seiner Herrschaft zu schaffen gewußt.

Im Kampfe gegen die Kirche hat sie keinen entschiedenen Verbündeten gefunden. Als es sich in Weimar darum handelte, den Religionsunterricht als verbindliches Lehrfach aus der Schule zu verbannen, da zeigte sich die Unzulänglichkeit der Demokraten, die erst die Beibehaltung des Religionsunterrichts durchsetzten und dann den Kampf gegen die Kirche uns allein überließen.

Mit diesem „religiösen Frieden“ ist natürlich unser Kampf für die neue Schule, für die Aufklärung des Volkes und der Jugend nicht zu Ende. „Der Kampf wird weitergehen“, sagte Minister David sehr richtig bei seiner Empfehlung des Kompromißantrags.

Wir müssen einstweilen uns damit zufriedengeben, daß wir das freie Feld für diesen nun beginnenden Kampf der Geister gewonnen haben.

Daß diese Auffassung des Kompromisses richtig ist, daß sie keine „Konstruktion“ ist, daß nicht etwa das Zentrum „auf der ganzen Linie gefiegt“ hat, das beweisen am besten die Vorgänge in der preussischen Landesversammlung. Handelt es sich bei der Reichsversammlung um die Befreiung der Schulen vom Joch der Kirche, so handelte es sich in Preußen um die Befreiung der Lehrer vom Joch der Geistlichen.

Die Abfassung der geistlichen Ortschulaufsicht in der preussischen Landesversammlung ist das beste Beispiel dafür, wie der Kampf für die Befreiung der Schule geführt werden könnte, wenn die Demokraten einigermaßen zuverlässig in Schulfragen wären.

Noch unzuverlässiger freilich ist ja die Demokratische Partei auf Grund ihrer innerlichen und äußeren Gebundenheit an den Kapitalismus, wenn es sich um den Kampf gegen Klassenprivilegien handelt.

richtung der staatlichen Gemeindefschule sei durch das Abkommen gebührend worden“ recht eigenartig. Aber wir verstehen um so besser seinen Vorwurf: „Es ist geradezu ein Monopol der Privatschulen für die Minderbemittelten erreicht.“

Daß wir die Abschaffung aller Privatschulen, daß wir die Einheitlichkeit unseres gesamten Bildungsweises auf dem Altar des Kompromisses haben opfern müssen, ist gewiß schmerzhaft. Aber wir haben doch wenigstens neben dem religiösen Frieden auch den sozialen Frieden in der neuen Schule errungen, und genau wie dort bedeutet uns auch hier der noch außen erreichte Friede den Beginn eines heißen neuen Kampfes mit den Waffen des Geistes.

Dem sozialen Ausgleich wird auch die Erfüllung der dritten, von vielen nur als nebenächlich empfundenen Forderung unseres schulpolitischen Programms dienen: die Einbeziehung der Arbeit in den Plan und Geist der Erziehung.

Die Schule der Zukunft kann frei sein von allen Fesseln, in die sie Kirche und Klassenstaat in Jahrhunderten der Fron und der Unterdrückung geschlagen hatten; sie wird frei sein, wenn wir nur unsere Pflicht tun. Nicht dadurch erringen wir freilich diese Freiheit, daß wir unser Programm laut hinausjahren, ohne für seine Verwirklichung praktische Arbeit zu leisten.

Pommersche Nachlese.

Von Fritz Haack, Berlin.

Der Schwindel mit dem Landarbeiterstreik ist glatt erwiesen. Alles Unheil, das ein Generalstreik in Verbindung mit Bürgerabwehrstreik über eine Stadt oder eine Provinz bringt, fällt auf die frivolsten Urheber der pommerschen Affäre, auf die pommerschen Junker und ihre Helfershelfer in den militärischen Kommandos und den unteren Verwaltungsbehörden zurück.

Zum Glück spielt die bodenlose Ueberhebung, die die pommerschen Landjunkere stets ausgezeichnet hat, ihnen einen Streich. Sie lassen zu tolpatschig zu. Tulpatschig vor allem handelt der Landrat von Franzburg, der die ganze Welt mit seinem Geschrei über die unermesslichen Ernteschäden in seinem Kreise erfüllt, in dem die Ernte in Wirklichkeit noch gar nicht begonnen hat.

Willfährig über alles sind die militärischen Behörden in Pommern. Am Freitag beginnt der berühmte Landrat von Franzburg, der Herr v. Stumpfheld, seinen Telegrammfeldzug. Am nächsten Tage präsentiert die militärische Behörde wie auf Kommando den Belagerungszustand und zugleich eine bis ins einzelne ausgearbeitete Arbeitszwangsverordnung gegen die Landarbeiter.

Der Apparat war fein eingepiekt: Junker v. Dewitz, der Direktor des Pommerschen Landbundes, konnte zufrieden

sein und mit ihm der Vorsitzende der Pommerschen Landwirtschaftskammer Freiherr v. Wangenheim und sein erlauchter Sohn, den er als Generaldirektor derselben Landwirtschaftskammer eingesetzt hat. Alles mußte ja klappen.

Ja, wenn nicht die wunderbare Solidarität der Industriearbeiter mit dem Landproletariat in Erscheinung getreten wäre, Prompt folgt der Gegenschlag. Alle Räder in Vorpommern stehen still. In Stettin und Stralsund auch die Räder, die die lebenswichtigsten Maschinen treiben: Wasserwerk, Elektrizitätswerk, Gaswerk.

Endlich erwachen die Behörden, über deren Köpfe weg das Verhängnis durch die Militärbehörde gekommen war, zu eifrigster Tätigkeit. Der Ernst der Lage wird jetzt allen klar. Der nun folgenden strengen Unterdrückung der Vorgänge hält der Junkerstreik nicht stand. Klar ist das ganze Ullengewebe zu durchschauen. Mit verbrecherischem Frevel mußte das Koalitionsrecht der Landarbeitergemeinden werden.

Dem Jahrschlag es vollends den Boden aus, als in die Verhandlungen, in denen die Unterdrückung geführt wurde, die Nachricht hereinplante, daß das Militär bereits wahllose Verhaftungen unter den Landarbeitern vornimmt.

Wird das der letzte Versuch der Reaktionäre sein, das verhasste Regiment abzumieren? Sicher dann, wenn die Regierung endlich mit unerbittlicher Faust in dieses pommersche Verlöcherneht hineinschlägt.

Hart auf hart! Weg mit allen Reaktionären!

Nationalversammlung zu Weimar

61. Sitzung, Sonnabend, den 19. Juli.

Am Regierungstisch: Erzberger, Woske. Präsident Heubach eröffnet die Sitzung 9,45 Uhr. Zunächst erfolgt Beratung eines Gesetzes über die Zahlung der Zölle in Gold.

Abg. Richter (D. Sp.) begrüßt die gesetzliche Stärkung unserer Valuta. Reichsfinanzminister Erzberger dankt dem Abg. Richter, da sich seine Ausführungen mit den Absichten der Reichsfinanzverwaltung decken.

Abg. Falkenbühl (Soz.) bespricht sich von der durch das Gesetz zu erwartenden Steigerung der Valuta Werte für das Wirtschaftswesen, bemängelt aber Teile der Begründung des Gesetzes. Reichsfinanzminister Erzberger: Von einer Verschärfung des Schutzzolls durch die Valuta kann man wohl nicht sprechen, dagegen hat sich das Verhältnis zwischen den inländischen Produktionskosten und dem Zoll verschoben.

Abg. Wurm (N. Soz.): Wir stimmen dem Gesetze nicht zu. Die Valuta wird sich infolge dieses Gesetzes nicht bessern, sondern verschlechtern, da die Nachfrage nach Gold auf dem ausländischen Markt steigen wird.

Abg. Dr. Raschig (Dem.): Mein Vorgesetzter irrt. Durch den Stand unserer Valuta hat vielmehr eine Ermäßigung der Zölle auf den dritten Teil stattgefunden.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Der Abg. Wurm verkennet völlig das Wesen der Vorlage. Sie entspricht weder den Wünschen der Agrarier, noch denen der Industrie, die der Abg. Wurm begreiflich gefunden hat. Sie will nichts anderes als die durch die Valuta eingetretenen finanziellen Nachteile für das Reich beheben. Eine Folge der Vorlage wird vermutlich auch die Abwendung der Gefahr sein, die unserem Wirtschaftsleben durch die

Ueberschwemmung mit Fertigfabrikaten

droht. Es soll nicht bestritten werden, daß wir Fertigfabrikate nötig haben; in noch höherem Grade aber bedürfen wir Rohstoffe. (Beifall.)

Abg. Falkenbühl (Soz.): Die Behauptung des Abg. Wurm von einer Verschärfung der Zölle ist vollkommen unhalbar. Das Gold ist nicht im Preise gestiegen, das Papier dagegen am Preise gesunken. Das Gesetz gleicht den Unterschied wieder aus; da es die Valuta bessern wird, liegt es

durchaus im Interesse der Arbeiter,

denn es steigert die Kaufkraft der Löhne. Wer aber die Vorlage ablehnt, erweist der Arbeiterschaft einen schlichten Dienst. (Beif. Beifall.)

Danach wird das Gesetz ohne weitere Aussprache in allen drei Lesungen gegen die Unabhängigen angenommen. Es folgt die erste und zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über den Abfall von Kalifalgen.

Abg. Düvel (N. Soz.): Der Gesetzesentwurf ist die Folge des Gesetzes über die Sozialisierung des Kalifalgenbaues. Wir haben jenes Gesetz abgelehnt, weil es mit wirklicher Sozialisierung nichts zu tun hat. (Sehr wahr! bei den N. Soz.) Wir werden also auch dieses Gesetz ohne weiteres ablehnen.

Damit schließt die erste Beratung. In zweiter Beratung wird der Gesetzesentwurf mit einem Kompromißantrag Sachs (Soz.), Dersch (D.) usw. angenommen, wonach der Staatenausschuß ermächtigt sein soll, im Einvernehmen mit dem von der Nationalversammlung einzusetzenden Ausschuß die Zahl der Mitglieder des Reichskollegiums abzuändern; doch soll eine Erhöhung ihrer Zahl auf mehr als 38 Mitglieder nicht zulässig sein. Hierauf wird der Gesetzesentwurf auch noch in dritter Lesung ohne Erörterung angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfes betreffend Erhöhung der Pensionen von Reichsbeamten, die das 66. Lebensjahr vollendet haben, in Verbindung mit der ersten Beratung eines Gesetzesentwurfes betreffend die

Pensionierung von Reichsbeamten

infolge der Umgestaltung des Staatswesens. Abg. Feinge (D. Sp.) zur Geschäftsordnung: Ich möchte den Herren Präsidenten bitten, dafür Sorge zu tragen, daß uns die Vorlagen in Zukunft so rechtzeitig zugehen, daß sie genügend vorbereitet werden können.

Präsident Heubach: Der Wunsch ist durchaus berechtigt; das Bureau gibt sich alle Mühe, ihm nachzukommen. Aber wir leben hier, namentlich auch in Bezug auf die Drucker, in bedrängten Verhältnissen.

Reichsfinanzminister Erzberger: Ich möchte bitten, die Gesetzesentwürfe so rasch wie möglich zu verabschieden. Es könnte vielleicht auffallen, daß der Reichsfinanzminister selbst auf Ausgaben drängt, aber es handelt sich hier um

Ausgaben, die sachlich begründet

sind, und die vom Reich unter allen Umständen geleistet werden müssen. Der erste Gesetzesentwurf desolgt den offensichtlich ausge-

prochenen Zweck, eine Verfüng unserer Beamenschaft herbeizuführen. Dieser Zweck soll dadurch erreicht werden, daß die Beamten, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, in rascherem Tempo verabschiedet werden, dadurch, daß ihnen ein Zuschlag auf ihre Pension in Höhe von 10 Proz. gewährt wird. Der zweite Gesichtspunkt betrifft die Pensionierung der Reichsbeamten infolge der Umgestaltung unseres Staatswesens.

Abg. Davidsohn (Soz.) schlägt vor, den Gesuchentwurf ohne weiteres an den Haushaltsausschuß zu überweisen und eine eingehende Beratung im Ausschuß und in der zweiten Lesung vorzunehmen. Nachdem sich Redner aller Fraktionen mit dieser Anregung einverstanden erklärt haben, werden beide Gesuchentwürfe an den Haushaltsausschuß überwiesen.

Es folgt die erste Beratung der Gesuchentwürfe über die Entschädigung der infolge der Verminderung der Wehrmacht aus dem Heere, der Marine und den Schutztruppen ausscheidenden Offiziere und Deskoffiziere, sowie das Kapitulantenentschädigungsgesetz. Preussischer Kriegsminister Reinhardt: Mit der Einbringung der Entschädigungsgesetze für die Offiziere und Kapitulanten des Heeres und der Marine erfüllt die Reichsregierung eine dreifache Pflicht. Sie muß in Erfüllung des Friedensvertrages abtreten, sie muß die von der Abtretung am härtesten betroffenen Berufsstände entschädigen für den Verlust ihres Berufsstandes, den sie im Vertrauen auf den Staat gewählt hatten, sie muß endlich den ins bürgerliche Leben zu überführenden Männern helfen, in neuen Berufsarten wieder in den Sattel zu kommen. (Zustimmung.) Diesen Erfordernissen tragen die Gesetze Rechnung, sollen aber keineswegs eine Abschlagszahlung für die Leistungen der aktiven Offiziere und Unteroffiziere im vergangenen Kriege sein. Eine Geldentschädigung für diesen Dienst ist undenkbar. (Beifall.) Der Gesuchentwurf versucht die durch unsere Finanzlage gebotene Grenzlinie zwischen äußerster Sparsamkeit und der notwendigen wirksamen Hilfe innezuhalten. Im wesentlichen soll den mittleren Offizieren und den Kapitulanten

beim Berufswechsel geholfen werden. Den Offizieren mit über zehn Dienstjahren und unter den Bezügen eines Brigadefeldmarschalls soll, wenn sie verheiratet sind, für 5, wenn sie ledig sind, für 3 Jahre anstatt des ihnen zukommenden Ruhegehalts ein Übergangsgeld, das der Höchstpension entspricht, unter Beibehaltung der Teuerungszulagen zugewährt werden. Den Offizieren unter 10 Jahren, die noch nicht pensionberechtigt sind, wird zur Erleichterung des Überganges in das bürgerliche Leben ein Jahr lang ihr Garnisongehalt weiter bezahlt. Die Zeit, die der einzelne seit dem 9. November Gehalt bezogen, aber nicht Dienst getan hat, wird von der bewilligten Übergangszeit abgezogen. Die Kapitulanten erhalten als Entschädigung für das Nichterreichen des nötigen Dienstalters, das für die Gewährung der Prämie und des Zivilversorgungsscheins durch die Gesetze vorgeschrieben ist, eine ihrer abgeleiteten Dienstzeit entsprechende Teilprämie, außerdem, wenn sie über 12 Jahre gedient haben, für zwei Jahre, sonst für ein Jahr ein Übergangsgeld von monatlich 300 M. für Verheiratete, von 200 M. für Ledige, dazu eine einmalige Abfindung für Bekleidung und Ausrüstung von 300 M. Vor dem Kriege hatten wir in Deutschland rund 20 000 aktive Offiziere einschließlich der Sanitäts- und Veterinäroffiziere und rund 100 000 Kapitulanten.

Einheitlich und uneingeschränkt erkennt die ganze Welt an, daß unsere Offiziere und Mannschaften in einzig dastehender Weise ihre Pflicht und Schuldigkeit

erfüllt haben. (Lebh. Beifall.) Diesem Geiste danken wir, daß die Mehrzahl der einzelnen Schlachtfelder die Ehre eines Sieges für uns, einer Niederlage für unsere Gegner im Westen und Osten, zu Sande, zu Wasser und in der Luft bedeutet. Unauslöschliche Werte der Erinnerung bleiben damit unsern Kindern und Enkelkindern gesichert, und sie werden es allen Tapheren danken (Lebh. Beifall), wie wir es schon jetzt den für uns Gefallenen aus tiefstem Herzen danken. (Lebh. Zustimmung.) — Der Teil unserer wirtschaftlichen Kräfte, die wir gern getragen werden, der diesem Danke Ausdruck gibt. Nachdem wir nun trotz unserer Waffenerfolge von den Deutschen und Westmännern aller fünf Weltmächte überwältigt sind, stehen wir doch nicht am Ende des deutschen Rutes und der deutschen Zukunft. (Lebh. Zustimmung.) Sie haben in diesem hohen Hause das Werk begonnen, unsere Heimat neu zu gestalten und trotz all unserer Not einen neuen gewaltigen Wettbewerb aufzunehmen, durch den das deutsche Volk in freierwilliger sozialer Betätigung eine neue Höchstleistung unter den Kulturvölkern aufstellen will, an deren Spitze es sich bisher in kriegerischen Leistungen befunden hatte. Dieser lähne Gedanke kann aber nur verwirklicht werden, wenn wir alle Kräfte zusammenschließen. (Lebh. Zustimmung.) Darum lassen Sie sich diejenigen nicht entgehen und diejenigen lassen Sie nicht verkommen, die die Abstützung frei macht, und die auch in den jüngst vergangenen Monaten dem jungen deutschen Reichsteile große Dienste geleistet haben. (Lebh. Zustimmung.) Helfen Sie den abgehenden Offizieren und Kapitulanten, sich auf die neuen Aufgaben vorzubereiten, machen Sie diese kurzbevorstehenden Kräfte für alle Berufe nutzbar. (Lebh. Beifall.)

Abg. Davidsohn (Soz.): Diese beiden Vorlagen sind besonders dringend, sie sollen schon am 1. August in Kraft treten. Mein Freund Stüdemann hat beantragt, die Entwürfe hier zu erörtern. Er behält sich seine Ausführungen für die zweite Lesung vor.

Abg. Dr. Neumann-Oster (Dem.): Wir sind mit beiden Gesetzen einverstanden und stimmen der Überweisung an den Ausschuß zu.

Abg. Oberfahren (Dnat. Sp.): Wir freuen uns dieser Gerechtigkeit gegenüber allen politischen Parteien, die gegen das Offizierskorps in Szene gesetzt sind. (Beifall.)

Abg. Schirmer (A.): Wir sind mit der Überweisung an den Ausschuß einverstanden.

Abg. Dr. Feder-Deffen (D. Sp.): Wir begrüßen die beiden Entwürfe mit wärmster Sympathie.

Reichswehrminister Reuter: Ich will nur feststellen, daß über die Entwürfe Erörterungen mit den Vereinten Stützpunkten haben. Es ist von ihnen immer wieder erklärt worden, daß sie die Maßnahmen der Reichsregierung dankend anerkennen.

Abg. Seeger (U. Soz.): Auffallend ist, daß die Beratungen so mit einem Loblied auf den Massnmorb

enden sollen. (Unruhe.) Noch immer tritt der Militarismus, wie ein Berg aus Rügen

hervor, alles Recht und Gerechtigkeit zu Füßen. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Es ist höchste Zeit, das jetzt noch vorhandene Gewaltinstrument vollkommen zu beseitigen. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Dieser wäre, zuerst für die Kriegsbeteiligten zu sorgen, als für die Offiziere. Welche Dienste muß die Truppe der jetzigen Regierung leisten, wenn sie ihr solche Gegendienste zu leisten sich veranlaßt sieht.

Reichswehrminister Reuter: Das wir auf schleunige Beratung des Gesetzes halten müssen, hat seinen Grund darin, daß die Friedensbedingungen, die die Regierung berücksichtigen mußte, erst seit kurzem feststehen. Außerdem hat sie modernere Rechte zu respektieren. (Zurufe.) In den letzten Monaten war der Dienst der Truppe

Deutschland vor dem Chaos zu bewahren. Dafür hat sie ihre Haut zu Markte gebracht gegen verbrecherischen Unfug und verbrecherisches Treiben. (Großer Lärm bei den U. Soz., Zustimmung und Beifall.) Sie trat für den inneren Frieden ein. Dafür ist die Truppe unter allen Umständen unseres Dankes wert. (Großer Lärm bei den Unabh. Soz., Zurufe: Die Wände muß raus! Der Präsident bittet um Ruhe.) Wenn

der Uebergriff in Rügenberg sich tatsächlich so abgepielt hat, so ist er in allerhöchster Weise zu verurteilen. Es geschieht aber und geschah in den letzten Wochen außerordentlich viel an Gewalttaten. Ich kann nur daran erinnern, daß in mehr als einem Fall

Reaktionen erklärten von den Parteifreunden Segers, die Redakteure mißhandelt und auch gezwungen wurden, gegen ihre Ueberzeugung Erklärungen abzugeben. Alles das bloß, weil sie das Recht der freien Meinungsäußerung geübt und den Unabhängigen unangenehme Dinge gesagt hatten. Wiederholt wurden Redaktionen unserer Parteimätter in schändlicher Weise demoliert von den Parteifreunden Segers. (Ungeheurer Lärm bei den Unabh. Soz. Zustimmung.)

Gewalt halten die Unabhängigen auch heute noch für ihr Recht. Dabei ist es niederrichtliche Schandwirtschaft, die er und seine Kreunde getrieben haben. (Ungeheurer Lärm bei den Unabh. Soz. — Großer Unruhe. — Präsident Rehrenbach: Herr Minister, es geht nicht an, daß einem Mitglied des Hauses Schandwirtschaft vorgeworfen wird, ich muß das rügen!) In Leipzig wurden wiederholt willkürliche Verhaftungen vorgenommen. In dem Prozeß, der dort gegen Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie geführt wurde, spielten

zwei Mitglieder der unabhängigen Fraktion dieses Hauses lediglich deswegen nicht eine Rolle, weil sie durch ihre Immunität als Abgeordnete geschützt waren. Sonst ständen auch sie zur Verurteilung, die dort wegen niederrichtiger Erpreßung verhängt wurde. (Lärm bei den Unabh. Soz.) Lediglich wegen des Verdachtes, eine Verleumdung ausgesprochen zu haben, sind in Leipzig einzelne Personen wochenlang in Untersuchung gehalten worden. Wenn man von Gewalt reden will, dann muß es nicht einer aus Leipzig tun, der noch dazu Unabhängiger ist. (Großer Lärm bei den Unabh. Soz.) Die Schuld der Soldaten muß in jedem einzelnen Falle festgestellt werden. So oft handelten sie erst, nachdem sie

bis aufs Blut gereizt waren. Keine Gemeinheit, Niederrichtigkeit und Lüge, die nicht Tag für Tag die unabhängige Presse gegen die Soldaten ausgesprochen hätte. (Unruhe bei den Unabh. Soz.: „Sind ja Ihre Spittel!“ — Unruhe.) Die vorerwähnten Ausschreitungen sind lediglich die Folge der schändlichen Hebe, die — natürlich außerhalb des Hauses — gegen die Truppe getrieben wurde. Gegen Schuldige sind wir unsererseits in allerstrengester Weise vorgegangen. (Ungeheurer minutenlang Lärm bei den Unabh. Soz. Zurufe: „Woh nicht gegen die Mörder!“ — Demonstrativer Beifall sonst im Hause. — Die Zurufe auf der äußersten Linken wiederholen sich: „Schwindler, Lump, unverdächtig Mensch!“)

Abg. Segers (Unabh. Soz.): Der Reichswehrminister hat mir persönlich niederrichtige Schandwirtschaft vorgeworfen, als wenn ich sie dort begangen hätte. Wenn er jetzt von Verhöhnung redet, so tut er nichts anderes, als daß er die elenden

Verleumdungen der bürgerlichen Presse wiederholt. (Präsident: „Solche Ausdrücke sind unzulässig, ich muß sie rügen!“) Sollte ich sein Verhalten richtig kennzeichnen, so müßte ich das noch ganz anders fassen. Wenn in Leipzig die Rufe-Leute nicht einbezogen wären, dann wäre Leipzig die einzige Stadt, wo nicht gehöhnt würde. (Minutenlang anhaltendes Gelächter, Präsident Rehrenbach rührt fortgesetzt die Glocke.)

Preuß. Kriegsminister Reinhardt: Die Armee ist nicht gegen das Volk gerichtet, sondern ist für das Volk da. Meine mehrere Monate lange Zusammenarbeit mit der Mehrzahl des Hauses, die in sich auf ehrliches Streben und ehrliches Arbeiten gründet, hat in mir die Ueberzeugung nur gefestigt. Wir halten deshalb den Offiziersberuf nicht für verfehlt.

Der Gesuchentwurf wird an die Kommission verwiesen. Es folgt die dritte Beratung des

Reichsiedelungsgesetzes. Abg. Böhme (Dem.): Wir stehen vor dem Abschluß des bedeutungsvollsten Agrargesetzes, das seit hundert Jahren die Gesetzgebung beschäftigt hat. Es wird, wenn es lokal durchgeführt wird, Veränderungen in der Grundbesitzverteilung herbeiführen, die auf Jahrhunderte hinaus das deutsche Wirtschaftsleben beeinflussen werden. Bei der Durchführung sollten die Kriegsgewinnler herangezogen werden.

Abg. Gumpel (Dnat. Sp.): Durch die von der Kommission beschlossenen Veränderungen bzw. durch Wiederherstellung der ursprünglichen Fassung werden die Staatsdomänen vor dem Privatgrundbesitz in unerhörter Weise bevorzugt. Wir werden zwar dem Befehl im ganzen zustimmen, aber diese Veränderungen lehnen wir ab.

Abg. Seeger (Soz.): Nicht der Staat allein soll bei der Vergabe von Land der Leidtragende sein, sondern

der Großgrundbesitz selbst soll dazu herangezogen werden, deshalb sind die von der Kommission getroffenen Veränderungen durchaus berechtigt. Damit schließt die allgemeine Besprechung.

In zweiter Beratung wird das Gesetz nach den Beschlüssen der Kommission angenommen, ebenso eine Resolution, welche Maßnahmen zum Schutze der Kleinpächter gegenüber Grundbesitzern verlangt, die, weil sie Land hergeben müssen, die Pachtverträge aufheben können, nachdem Arbeitsminister Schlichte erklärt hat, daß die Regierung eine Verordnung im Sinne dieser Resolution erlassen werde.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs einer Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung. Der Berichterstatter des Haushaltsausschusses, Abg. Stellung (Soz.), empfiehlt die Vorlage in der Ausschußfassung. Das Gesetz richte einen Schutzwall gegen die

mühselige Ausbeutung der Kleingartenbesitzer auf und schaffe Organisationen, die die Interessen der Kleingartenbesitzer wahrnehmen würden.

Abg. Dr. Neumann-Oster erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu dem Gesetz.

Abg. Gumpel (Dn. Sp.): Um dem Gesetz keine Schwierigkeiten zu machen, würden seine Freunde trotz Bedenken dafür stimmen. Der Gesuchentwurf wird darauf in zweiter und sofort auch in dritter Lesung angenommen.

Nächste Sitzung Montag 8 Uhr. Verfassungsentwurf.

weit davon entfernt, die Politik in die Schule hineinzutragen. Die Regierung will vielmehr durch Entfernung der Bilder das Hineintragen der Politik in die Schule vermeiden. (Sehr richtig! links. Rufen rechts.) In dem Erlaß des Ministers wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Bilder von historischer Bedeutung nicht entfernt werden sollen. (Stürmische Unterbrechungen rechts.)

Abg. Werner (Dnat. Sp.) weist in einer Anfrage auf die verbrecherische Lähmung des Eisenbahnverkehrs durch den Brand des Güterbahnhofes Wehra und durch mutwillige Zerstörungen von Eisenbahnanlagen auf dem Bahnhof Lehrte hin.

Ein Regierungsvertreter erwidert, daß sich in Wehra Brandstiftung nicht habe nachweisen lassen.

Es folgt die Beratung einer Denkschrift über die Behandlung der Arbeiterlohnfragen bei der Eisenbahnverwaltung. Hierzu liegt ein gemeinsamer Antrag der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten vor, der den von der Preussischen Regierung gemeinsam mit der Reichsregierung beschrittenen Weg, unter Aufwendung großer staatlicher Mittel eine

Senkung der Kosten der Lebenshaltung der Bevölkerung herbeizuführen, billigt, weil er allein aus der gegenwärtigen (schwierigen) Lage herauszuführen kann. Schließlich wird die Einrichtung eines Lohnamtes gefordert.

Eisenbahnminister Cserer verbreitet sich ausführlich über die Lohnpolitik der Eisenbahnverwaltung und bespricht die Forderungen der einzelnen Arbeitergruppen. Das kann natürlich nicht so weiter gehen. Daher hat die Regierung den Weg der Senkung der Lebensmittelpreise beschritten. Wann die Zeit für eine allgemeine Neuordnung der Lohnverhältnisse gekommen sein wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Dem Winter sehen wir mit großer Sorge entgegen. Wenn nicht Ruhe und Arbeitsfreudigkeit überall wieder einkehrt, werden wir nicht genügend Kohle haben. (Hört, hört!)

Abg. Schubert (Soz.): Der Antrag der drei Parteien ist aus weislicher Erwägung heraus entstanden. Wir empfehlen den Antrag zur Annahme und hoffen, daß das darin geforderte Lohnamt sobald wie möglich ins Leben treten und neben Theoretikern auch Praktiker aufweisen wird, die für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft Verständnis haben.

Abg. Dr. Mostbauer (D. Sp.): Die Vorlage kommt in letzter Stunde an das Haus; eine sorgfältige Prüfung kann kaum vorgenommen werden. Mit der Senkung der Lebensmittelpreise allein ist es nicht getan, man soll auch eine mildere Prozedur bei den Ausnahmefällen eintreten lassen und den Handel wieder freigeben.

Abg. Dallmer (Dnat. Sp.): Der Antrag Graf und Genossen ist und besonders in seinen beiden letzten Teilen so bedenklich, daß wir ihn leider nicht annehmen können.

Abg. Paul Hoffmann (U. Soz.): Mit geringen materiellen Mitteln könnte man den Wünschen und Forderungen der Eisenbahnarbeiter entsprechen; man brauchte ihnen nur das Mitbestimmungsrecht zu geben. Für den Antrag werden wir stimmen.

Der Antrag Graf und Genossen wird gegen die Stimmen der Deutschen zum Beschluß erhoben, die Denkschrift zur Kenntnis genommen.

Darauf folgt das Haus die Aussprache zum Haushalt des Ministeriums des Innern fort.

Abg. Gassel (Dem.): Wegen der Ausrüstung der Mannschaften der Sicherheitspolizei haben wir die größten Bedenken, ebenso dagegen, daß dazu nur junge unbeschäftigte Personen ausgewählt werden. Die Freiheit der Selbstverwaltung muß unangetastet bleiben. Die Staatsaufsicht ist auf die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse der Selbstverwaltungsborgane zu beschränken und nicht auf deren Zweckmäßigkeit auszudehnen. Die Selbstverwaltung bedarf nicht mehr des Gängelbandes der Bürokratie, sie ist auch von den Genehmigungen und Bekräftigungen zu befreien, die ihre Betätigung bisher so sehr gehemmt haben. Die Rolle der Gemeinden ist geradezu katastrophal. Wenn ein Einheitsstaat möglich ist, soll Preußen restlos in diesem Staat aufgehen. Solange dies oder nicht möglich ist, kann aus einer Verschlingung Preußens kein Vorteil für das Reich erwachsen. Auch wirtschaftlich können wir viel mehr leisten, wenn wir

große Staatengebilde haben.

Abg. Dr. Degenborn (Dnat. Sp.) fordert eine Vermehrung der Zahl der Polizeidivisionen. Ein solches Zeichen der Zeit sind die vielen Spielclubs. Der Redner spricht sich gegen die Arbeiterläden aus. Unsere Verfahren haben diesen preussischen Staat gebaut. Wir lieben ihn mit ganzer Seele und bedauern, daß er in Trümmer gegangen ist.

Abg. Lichtenstein (U. Soz.) wendet sich gegen die Mehrheitssozialisten. Abg. Mostbauer (D. Sp.) bespricht darauf die Auswüchse des Anarchismus. Der Redner erwidert wieder die unhaltbaren Zustände des Sicherheitsdienstes in Frankfurt a. M. Wir unterstützen die Anträge auf Vermehrung und Vervollständigung der Gendarmen. Den

Offizieren der Straßenlämpe muß geholfen werden. Preußen sollte nicht warten, bis das Reich hier eingegriffen hat. Für die besetzten Gebiete fehlt es noch immer an Taten. Wohlwollende Worte haben wir von der Regierung genug gehört. Wir müssen aus für die Beamten und ihre Familien eintreten, die wegen ihres Bekenntnisses zum Deutschtum aus den besetzten Gebieten ausgewiesen werden (Beifall), erst recht für die deutschen Männer und Frauen, denen wegen ihres Deutschtums in den abzutretenden Gebieten Schwierigkeiten gemacht werden. Den unerlösten Landbesteuern — um mit Herrn Clemens im Jahre 1871 zu sprechen — soll der heraldische Gruß des letzten Redners vor den Ferien. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die Aussprache. Die Abstimmung über die zahlreichen vorliegenden Anträge der Parteien wird ausgesetzt. Der Etat wird bewilligt. Der Fonds „Geldlose Ausgaben“ wird umgewandelt in einen Dispositionsfonds zur Bekämpfung des Verbroderlums. Ein Antrag der Unabhängigen, Titel und Betrag zu streichen, wird gegen die Antragsteller abgelehnt. Entschuldigungen auf Fürsorge für die vertriebenen Deutschen aus Elbich-Vorbringen und für die Flüchtlinge aus dem Osten werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung spätestens am 16. September.

## Preussische Landesversammlung.

49. Sitzung, Sonnabend, den 19. Juli, 11 Uhr.

Am Regierungstisch: Dirsch, Dr. Südelum, Cserer.

Der Antrag der demokratischen Abgeordneten Schleswig-Holsteins auf gesetzliche Festlegung der Sonderrechte dieser Provinz ist vom Gemeinbeausschuß zurückgekommen. Er wird dem Ausschuß für die Vorberatung des Gesetzes über erweiterte Autonomie der Provinzen überwiesen.

Abg. Delsa (Dnat. Sp.) weist in einer Anfrage darauf hin, daß nach einem Erlaß des Kultusministers vom 28. Juni die Bilder der Hohenzollern aus allen Schulen entfernt werden sollen. Gerade die preussischen Herrscher hätten sich um die Schule, und besonders um die Volksschule, hoch verdient gemacht. Der Redner fragt die Regierung, auf welche rechtlichen Grundlagen sie ihre Maßnahme stützt. (Sehr gut! rechts.)

Ministerialdirektor Rosner: Die Regierung ist zu ihrem Erlaß veranlaßt worden durch allerlei unliebsame Zwischenfälle. Sie ist

Reaktion erklärten

von den Parteifreunden Segers, die Redakteure mißhandelt und auch gezwungen wurden, gegen ihre Ueberzeugung Erklärungen abzugeben.

Gewalt halten die Unabhängigen auch heute noch für ihr Recht.

Dabei ist es niederrichtliche Schandwirtschaft, die er und seine Kreunde getrieben haben.

Reichswehrminister Reuter: Mit der Einbringung der Entschädigungsgesetze für die Offiziere und Kapitulanten des Heeres und der Marine erfüllt die Reichsregierung eine dreifache Pflicht.

Einheitlich und uneingeschränkt erkennt die ganze Welt an, daß unsere Offiziere und Mannschaften in einzig dastehender Weise ihre Pflicht und Schuldigkeit

erfüllt haben. Diesem Geiste danken wir, daß die Mehrzahl der einzelnen Schlachtfelder die Ehre eines Sieges für uns, einer Niederlage für unsere Gegner im Westen und Osten, zu Sande, zu Wasser und in der Luft bedeutet.

Unauslöschliche Werte der Erinnerung bleiben damit unsern Kindern und Enkelkindern gesichert, und sie werden es allen Tapheren danken (Lebh. Beifall), wie wir es schon jetzt den für uns Gefallenen aus tiefstem Herzen danken.

Der Teil unserer wirtschaftlichen Kräfte, die wir gern getragen werden, der diesem Danke Ausdruck gibt.

Nachdem wir nun trotz unserer Waffenerfolge von den Deutschen und Westmännern aller fünf Weltmächte überwältigt sind, stehen wir doch nicht am Ende des deutschen Rutes und der deutschen Zukunft.

Sie haben in diesem hohen Hause das Werk begonnen, unsere Heimat neu zu gestalten und trotz all unserer Not einen neuen gewaltigen Wettbewerb aufzunehmen.

Durch den das deutsche Volk in freierwilliger sozialer Betätigung eine neue Höchstleistung unter den Kulturvölkern aufstellen will, an deren Spitze es sich bisher in kriegerischen Leistungen befunden hatte.

Dieser lähne Gedanke kann aber nur verwirklicht werden, wenn wir alle Kräfte zusammenschließen.

Darum lassen Sie sich diejenigen nicht entgehen und diejenigen lassen Sie nicht verkommen, die die Abstützung frei macht, und die auch in den jüngst vergangenen Monaten dem jungen deutschen Reichsteile große Dienste geleistet haben.

Helfen Sie den abgehenden Offizieren und Kapitulanten, sich auf die neuen Aufgaben vorzubereiten, machen Sie diese kurzbevorstehenden Kräfte für alle Berufe nutzbar.

Reichswehrminister Reuter: Diese beiden Vorlagen sind besonders dringend, sie sollen schon am 1. August in Kraft treten.

Mein Freund Stüdemann hat beantragt, die Entwürfe hier zu erörtern. Er behält sich seine Ausführungen für die zweite Lesung vor.

Wir sind mit beiden Gesetzen einverstanden und stimmen der Überweisung an den Ausschuß zu.

Wir freuen uns dieser Gerechtigkeit gegenüber allen politischen Parteien, die gegen das Offizierskorps in Szene gesetzt sind.

Wir sind mit der Überweisung an den Ausschuß einverstanden.

Wir begrüßen die beiden Entwürfe mit wärmster Sympathie.

Reichswehrminister Reuter: Ich will nur feststellen, daß über die Entwürfe Erörterungen mit den Vereinten Stützpunkten haben.

Es ist von ihnen immer wieder erklärt worden, daß sie die Maßnahmen der Reichsregierung dankend anerkennen.

Auffallend ist, daß die Beratungen so mit einem Loblied auf den Massnmorb

enden sollen. Noch immer tritt der Militarismus, wie ein Berg aus Rügen

hervor, alles Recht und Gerechtigkeit zu Füßen. Es ist höchste Zeit, das jetzt noch vorhandene Gewaltinstrument vollkommen zu beseitigen.

Dieser wäre, zuerst für die Kriegsbeteiligten zu sorgen, als für die Offiziere. Welche Dienste muß die Truppe der jetzigen Regierung leisten, wenn sie ihr solche Gegendienste zu leisten sich veranlaßt sieht.

Reichswehrminister Reuter: Das wir auf schleunige Beratung des Gesetzes halten müssen, hat seinen Grund darin, daß die Friedensbedingungen, die die Regierung berücksichtigen mußte, erst seit kurzem feststehen.

Außerdem hat sie modernere Rechte zu respektieren. In den letzten Monaten war der Dienst der Truppe

Deutschland vor dem Chaos zu bewahren. Dafür hat sie ihre Haut zu Markte gebracht gegen verbrecherischen Unfug und verbrecherisches Treiben.

Sie trat für den inneren Frieden ein. Dafür ist die Truppe unter allen Umständen unseres Dankes wert.

Die Wände muß raus! Der Präsident bittet um Ruhe. Wenn

der Uebergriff in Rügenberg sich tatsächlich so abgepielt hat, so ist er in allerhöchster Weise zu verurteilen.

Es geschieht aber und geschah in den letzten Wochen außerordentlich viel an Gewalttaten. Ich kann nur daran erinnern, daß in mehr als einem Fall

Reaktionen erklärten



# JANDORF

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen Strasse Rotbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

## Baumwollwaren

Verkauf im Lichthof

### Waschstoffe

<b>Batist</b> weiss, bestickt, gute Qualität . . . . . Meter	<b>6.90</b>
<b>Batist</b> dunkelgründig, mit farbig bestickten Punkt- und Blumenmustern . . . . . Meter	<b>7.75</b>
<b>Zephir</b> in schönen Streifen für Blusen und Oberhemden . . . . . Meter	<b>8.75</b>
<b>Schnee-Voile</b> reich bestickt, Meter	<b>10.75</b>
<b>Damen-Strümpfe</b> schwarz, extra lang mit verstärkter Sohle und Ferse . . . . . Paar	<b>13.95</b>

### Baumwollwaren

<b>Hemdentuch</b> . . . . . Meter	<b>6.75</b>
<b>Molton</b> ungebleicht, etwa 120 cm breit Meter	<b>6.50</b>
<b>Markisen-Leinen</b> etwa 80 cm br. . . . . Meter	<b>8.50</b>
<b>Leinen-Drell</b> marinefarbig f. Knaben Anzüge . . . . . Meter	<b>10.50</b>
<b>Sport-Stutzen</b> gestrickt, Wolle plattiert . . . . . Paar	<b>7.90</b>

Frisch gebrannter **Kaffee** 1/2 Pfd. **3.30**

An jeden Kunden kann nur 1/2 Pfund abgegeben werden, solange der Vorrat reicht.

**Weinbrand-Cognac**  
Marke „Goldstück“  
Flasche **40.00**

**Mond-Extra**  
Klirgen  
Klirerapparat mit abgebohrer Klinge  
von Carl W. Müller  
Jugos Bucher, G. m. b. H., Berlin 63 61, Belle-Alliance-Str. 92  
30 Jahre in allen einschlägigen Geschäften

**Einbrecher sind machtlos**  
wenn Schaufenster und Türen durch unsere D. Reichs-Patent-  
**Stahl Rollgitter**  
(System Stiegler) geschützt sind.  
Vertreter auf Wunsch!  
**Schulz & Holdesfleiß**  
Inhaber der Metall-Gesellsch. m. b. H.  
Berlin N 39, Fennstraße 13.

**Biesdorf Süd**  
Kaulsdorf-Züd  
in der Nähe v. Bf. Sobow  
□ 9. von R. 25. — an.  
Bedeutende Wertsteigerung.  
Wiele Neubauten, in letzter Zeit.

**Billen-Grundstücke** in der Gartenstadt  
**Falkenhagen-West**  
Dir. a. Bf. Seepferd, nächst Stat. v. Spandau,  
Anlage v. Obhgärten, Bf. Gärten u. Gemüseland, an gepflast. Straße, mit Gas- u. Wasserleitg.  
Nach Waldgrundstücke. □ 9. von 50 R. aufwärts.

**Gartengrundstücke**  
Anlage v. Obhgärten, Gut., fruchtbar, Ackerland, teils an gepflast. u. regul. Straße u. Gas- u. Wasserleitg.  
**Kaulsdorf-Nord**, direkt an Bahn, beg. zu bill. Pr. je nach Lage. **Biesdorf-Nord**, Station der Stadt.  
□ 9. u. 22. 40. — an. Günstigste Zahlungsbeding.  
Auskünfte an den obigen Behörden u. bei der

**Eigenheim-Gesellschaft**  
Nieschalke & Nische,  
Berlin NO 42,  
Neue Kämpfstraße 16

**Möbel**  
und kompl. Wohnungseinrichtungen  
**Herrn- u. Speisezimmer**  
**Wohn- u. Schlafzimmer**  
Hervorragend schön und preiswert  
in allen Preislagen u. Stilarten  
Klubsessel und Sofas  
in Gobelin und Leder  
**Spez.-Abteilung f. Vermietung**  
kompletter Einrichtungen, daher  
stets viele Gelegenheitskäufe  
**M. Marklewicz**  
G. m. b. H., Berlin W 50, Markgrafstr. 44

**Gartenstadt Frohnau**  
Ordnung Berlin, Friedrichstr. 171 • G. L. Zentrum 242, 243

Wollen Sie Ihr Papiergeld gut und sicher anlegen?  
Erwerben Sie sich eine **Baustelle** in der **Gartenstadt Frohnau**  
Anzahlung nur 15.—25%  
Auskunft: Hauptbüro Berlin, Friedrichstr. 171.  
Telefon: Zentrum 1942, 1943.  
Frohnau vis-à-vis vom Bahnhof,  
geöffnet von 9—6 Uhr, auch Sonntags.

**Dentozon**  
antiseptische Mundwasser-Tabletten  
zur höchsten Schutzleistung eines unerschütterlichen, schmerzlosen Mundes.  
60 Tabletten in nebenstehenden Imitationskarton. Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.  
**Germosanwerk, GmbH München**  
Generalvertrieb für Provinz Brandenburg  
H. C. Bauer, Charlottenburg, Windschildstr. 34

**Elekktiv**  
Ein ausführl. Wegweiser für jeden, der sich im interessanteren Berufe der Gewerkschaft ausbilden will. Der Berufsdetektiv findet in diesem Buche ebensoviel Neues, Spannendes, Wertvolles, wie der Liebhaberdetektiv, der von Zeit zu Zeit einmal Gelegenheit nimmt, verschwiegenen Verhältnissen nachzuspüren, geheimen Zusammenhängen, Tätigkeiten usw. auf den Grund zu kommen. — Bildungsgang des Detektiva. — Besondere Detektivkünste. — Tricks großer und kleiner Diebe. — Sie selbst können schon morgen in der Lage sein, sich vor Schaden, Überverletzung, Lüge und Trug hüten zu müssen. — Berühmte Detektive, die heute ein märchenhaft hohes Einkommen haben, mußten mit kleineren, persönlichen Aufgaben beginnen. Der Detektivberuf hat eine ungemessene Zukunft, große Verdienstmöglichkeiten. Das Buch wird Talente wecken! M. 2,75 portofrei.  
**Rudolphs Verlag, Dresden-D. 392.**

**Tula**  
die neue Schuhkrem  
Qualitäts Weichware vom Guten das Beste  
Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Hannover.  
Fabrik chemisch-technischer Produkte, Abt. Schuhkrem  
Verlangen Sie nur noch  
**Henkels Hochglanz-Krem „Tula“**  
Vertrieb und Lager: **Alfred Kampmann**  
Berlin C 2, Burgstr. 28  
Fernsprecher: Norden 9021—39.  
Eingeführte Vertreter gesucht.

**Emmler's**  
Möbel-Fabrik  
S. 59.  
Kottbuserdamm 47/26  
Speise-Zimmer  
Herrn-Zimmer  
Schlaf-Zimmer  
Wohn-Zimmer  
Küchen  
in allen Preislagen  
Verkauf von Jackenkleidern und Mänteln  
direkt in der Fabrik.  
Maßanfertigung auch bei Zugabe von Stoffen.  
**Gebrüder Wagner, Schützenstr. 33.**

Wir kaufen u. verkaufen  
**Staats- und Stadt-Anleihen**  
**In- und ausländische Renten**  
**Kupons**  
sachgemässe Beratung über  
**Industrie-Aktien.**  
**Eugen Bob & Co., Bankgeschäft, Berlin W. 8.,**  
Taubenstrasse 40.

**Blendend weisser Seife**  
erzielt durch  
**Besalox-Bleich-Cream**  
der Leberleichen, Sommersprossen usw. entfernt. Probe-tube M. 2,50, große Dose M. 6.—. Zu haben in Apotheken, Drogerien usw. Fabrikant: Apotheker Bruno Salomon, Fabrik pharmaceutischer Präparate, Charlottenburg IV 4, Bismarckstr. 9.  
Versand durch die Luisenstädtische Apotheke  
Berlin 50., Cöpenicker Str. 119.

**Sabon Kopfwasch-Pulver**  
überall erhältlich

Punkte und Pünktchen.

Die „Freiheit“ vom Donnerstagabend veröffentlicht einen aus Zürich datierten Brief von Dr. Richard Grelling, dem Verfasser von „Yaccuse“ und anderen deutschfeindlichen Propagandaverken, der gegen einen ihn betreffenden Satz meines Artikels „Unabhängige Friedenssabotage“ ausführlich protestiert. Ich hatte geschrieben:

„Aus Zürich meldete der Verichterstatter des „Journal“ in einem zwei Spalten langen Telegramm eine Unterredung mit Dr. Grelling, einer Zierde der Unabhängigen, der an dem Inhalt des Vertrages (des Friedensvertrages) nichts anzusetzen hatte.“

Das absolute Gegenteil sei wahr, behauptet Dr. Grelling, und um dies zu beweisen, zitiert er mehrere Sätze seines Interviews.

Das Stammpublikum der „Freiheit“ dürfte durch die Zitate Grellings ebenso befriedigt sein, wie jenes des Pariser „Journal“ durch das Original des Interviews. Denn wenn Dr. Grelling die „unglaubliche Härte“ des Vertrages „als Jurist“ mit den Worten rechtfertigte, die Gerechtigkeit fordere, „daß der Schuldige bestraft werde und Sühne leiste“, wenn er ferner seine Hoffnung auf spätere Milderungen von einer noch vorhandenen „Reumütigkeit“ des deutschen Volkes abhängig machte, so konnten sogar die empfindlichsten unter den chauvinistischen Lesern des „Journal“ nicht mehr von einem deutschen Unabhängigen verlangen.

Immerhin könnte man aus Grellings Zitaten den Eindruck gewinnen, meine Behauptung, er habe am Inhalt des Friedensvertrages nichts anzusetzen gehabt, sei nicht nur zu weitgehend, sondern ganz und gar ungerechtfertigt. Herr Dr. Grelling scheint großen Wert darauf zu legen, daß man auf die Angelegenheit zurückkomme. Das soll geschehen: er wird nicht umsonst berichtigt haben!

Ran liest an einer Stelle seiner Zitate (wörtlich aus der „Freiheit“ wiedergegeben):

„Im Osten wird die größte Zukunftsgefahr entstehen...“ Auf die Frage des Interviewers, ob Deutschland unterzeichnen wird, antwortete ich wörtlich:

„Ja, vorausgesetzt, daß man ihm gewisse Konzessionen machen wird.“

Diese drei Punkte nach dem Worte: entstehen, bedeuten selbstverständlich, daß die folgenden Ausführungen weggelassen wurden, weil für die Sache bedeutungslos. Nicht wahr, Herr Dr. Grelling? Sie gestatten aber wohl, daß ich sie für die Leser des bösen „Vorwärts“ übersehe:

„Im Osten wird die größte Zukunftsgefahr entstehen. Ich habe gegen die drei großen Westmächte nicht einen Vorwurf zu erheben. Amerika nimmt nichts: es bleibt seinem idealen Programm treu, obgleich Wilson einige Kompromisse hat annehmen müssen, die sicherlich unvermeidlich waren. England nimmt als Mandatar oder „sonstwie die deutschen Kolonien in Besitz. Deutschland wird sich mit diesem Verlust abfinden müssen.“

Was Frankreich anbelangt, erbälte es Elsch-Lothringen zurück, was gerecht und worüber nicht zu streiten ist. Es besetzt das Saarbecken und beutet es während 15 Jahre aus. Das ist ebenfalls gerecht, denn unsere Truppen haben bewußt im besetzten Frankreich furchtbare Schäden angerichtet, die zum großen Teil nicht einmal durch militärische Notwendigkeiten begründet waren, sondern in der einzigen Absicht, zu schaden und unsere Industrie eines unbehaglichen Kontingents zu entledigen. Frankreich begehrt also keine annexionsistische Tat, indem es eine für die Wiederherstellung seiner Industrie notwendige Wiedergutmachung sucht.“

Des weiteren bezeichnet Grelling die Reden Rankhaus in Versailles und Jehrenbachs in Berlin, wie auch aller Führer der Mehrheitsparteien, als lügnerrisch und leichtfertig,

weil diese sich weigerten, Deutschlands Schuld einzugestehen.

Es dürfte die deutsche Arbeiterschaft sicherlich interessieren zu erfahren, nicht nur wie der Unabhängige Dr. Grelling die Ausführung der 14 Punkte Wilsons durch die Entente auslegt, sondern auch wie er in der „Freiheit“ diese Auslegung durch drei stumme kleine Pünktchen ersezt.

Herr Dr. Grelling soll nicht umsonst berichtigt haben: Aus meinem Artikel „Unabhängige Friedenssabotage“ ziehe

ich die Worte: „der nichts an dem Inhalt des Vertrages anzusetzen hatte“ reumütig zurück und bitte richtig zu lesen:

„... Dr. Grelling, einer Zierde der Unabhängigen, der aus dem Inhalt des Vertrages keinerlei Anlaß zu Vorwürfen gegen die drei großen Westmächte, Amerika, England und Frankreich, zu erblicken vermochte.“

Herr Dr. Grelling soll nicht umsonst „berichtigt“ haben. Victor Schiff.

Vollversammlung der S.P.D.- und D.P.-Arbeiterräte Groß-Berlins.

Prolet eröffnet die Versammlung und geht noch einmal kurz auf die Gründe des Austritts ein. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, zunächst Stellung zum Generalfstreik am Montag zu nehmen.

Blach (S.P.D.) führt aus, daß die einfache Annahme einer Resolution nicht genüge. Die Situation sei nicht so einfach, sondern werde von Tag zu Tag schwieriger.

Ein Vertreter von Johannisthal erklärt, daß in den Betrieben bereits die Arbeitsruhe beschlossen worden sei und daß auch unsere Genossen sich dem anschließen müßten.

Schmidt (S.P.D.) spricht gegen die Arbeitsruhe. Es sei ein Wahnsinn, unsere deutschen Genossen zum Streik aufzurufen. In den Ententeländern streifen die Sozialisten gegen den Gewaltfrieden, den man uns aufgezwungen habe. Die Partei habe ja auch bereits gesprochen und wir müßten uns als Teil der Partei unterordnen.

Knopf (S.P.D.) spricht für Arbeitsruhe. Wir würden uns nur selbst schädigen, wenn wir gegen den Streik arbeiten würden.

Prolet: Wenn wir keine Unannehmlichkeiten haben wollten, so müßten wir mitstreifen. Um aber der Diktatur der Unabhängigen und Kommunisten zu entgehen, seien wir ja ausgeschieden, und wir werden nicht immer streifen, wenn es der U.S.P. und S.P.D. beliebt. Die Genossen in den Ententeländern streifen gegen den Gewaltfrieden, dessen Objekt wir sind. Der Streik könne nie das Ziel erreichen. Wo es möglich sei, unseren Standpunkt zu vertreten, sollte in den Betrieben weiter gearbeitet werden. Unsere Sympathie drücken wir durch die Kundgebungen am Montagmittag aus.

Die bereits im Abendblatt veröffentlichte Resolution wird gegen einige Stimmen angenommen.

Dann referiert Genosse Dr. Striemer über:

Syndikate, Trusts, Gemeinwirtschaft.

Durch den Krieg ist uns die schwere Aufgabe zugefallen, die zusammengebrochene Wirtschaft Deutschlands wieder aufzubauen. Die freie Wirtschaft sei infolge ihrer Mängel für unsere Zeit nicht mehr möglich. Das ergebe sich auch schon aus dem Umstand, daß in der freien Wirtschaft Syndikate und Trusts entstanden sind. Es habe kein Sozialist mit diesen Gebilden etwas zu tun gehabt. Durch die Syndikate und Trusts habe der Kapitalismus nur sein Kapital vergrößert und schützen wollen. Unser Endziel ist selbstverständlich die endgültige Sozialisierung der Betriebe.

In der Diskussion geben Runge und Dr. Richardis den Standpunkt der Demokraten bekannt und erklären, daß sie der Sozialisierung vollkommen unbefangenen gegenüberstünden und daß sie auch der gebundenen Planwirtschaft nicht unsympathisch gegenüberstünden.

Prolet erklärt, daß sich beide Fraktionen des Vollzugsrats gemeinsam mit der Zusammenarbeit der S.P.D. und D.P.-Arbeiterräte beschäftigen haben.

Rischer (Demokrat): Es war kein leichter und einfacher Schritt für die demokratische Fraktion. Viel schwerer sei er aber noch für die sozialdemokratische Fraktion. Wir wollen auch die S.P.D.-Fraktion in ihren weitergehenden Aufgaben nicht behindern. Einstimmig angenommen wurde folgende

Entschließung über den Zusammenschluß der S.P.D.- und demokratischen Fraktion.

Durch die Erfahrung von mehr als acht Monaten ist bewiesen worden, daß ein fruchtbares Zusammenarbeiten der auseinander strebenden Richtungen im Groß-Berliner Arbeiterrat unmöglich ist. Die Vollversammlungen gingen mehr und mehr in politischen Auseinandersetzungen und

lärmenden Auftritten unter. Auch der Vollzugsrat konnte wegen des unsachlichen Verhaltens der Vertreter der U. S. P. und der S. P. seinen positiven Aufgaben nicht gerecht werden. Die Folge dieser bedauerlichen Entwicklung ist eine Diskreditierung des Rätegedankens und eine weitgehende Teilnahmslosigkeit der Groß-Berliner Arbeiterräte. So dürfte es nicht weitergehen. Aus der Erwägung heraus, daß das Räteystem nur verwirklicht werden kann, wenn die Arbeiterräte auf unerfüllbare politische Ansprüche verzichten und ihre Tätigkeit auf wirtschaftliche Fragen konzentrieren, haben sich die Arbeiterräte der S. P. D. und freien demokratischen Fraktion zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, ohne daß bei Verfolgung dieses Zweckes die beiden Fraktionen von ihren wirtschaftlichen Grundfragen und Zielen auch nur das geringste aufgeben. Der Zweck dieses Zusammengehens ist sachliche Aufklärungsarbeit, tatkräftige Vertretung aller Groß-Berliner Arbeiter und entschlossene Mitarbeit am Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens im allgemeinen und des Groß-Berliner im besonderen unter besonderer Berücksichtigung der Sozialisierungsaufgaben. Die vereinigten Arbeiterräte werden deshalb nach Bedarf sich zur Beratung gemeinsamer Aufgaben zusammenfinden und durch die bisherigen Mitglieder des Vollzugsrats, die mit ihnen auf gleichem Boden stehen, positive Arbeit auf dem Boden des Rätegedankens zu leisten versuchen. Die Aufgabe des Vollzugsrats besteht im besonderen in der Vorbereitung der Vollversammlungen, in der Bereitstellung von Referenten über aktuelle wirtschaftliche Fragen, in der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Bevölkerung durch die Arbeiterräte in Verbindung mit den Gewerkschaften, in der Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis und in der Vorbereitung eines gerechten Wahlreglements für die kommenden Arbeiterräte-wahlen. Die beiden zusammengeschlossenen Fraktionen werden sich bei der Erfüllung dieses Programms von dem Bestreben leiten lassen, in der Rätefrage gemeinsam vorzugehen und etwaige Gegensätze in sachlicher Weise auszugleichen.

Schmidt (S.P.D.) vor der Wahlkommission gibt bekannt, daß sie ebenfalls aus dieser Kommission ausgeschieden sind. Der Wahlkommissar habe getan, was ihm besterbe, und uns nichts von den Ausschreibungen von Neuwahlen bekanntgegeben. Die Unabhängigen und Kommunisten versuchen jetzt schon, unsere Mandate für erloschen (1) zu erklären. Es muß nun endlich mal an das Tageslicht kommen, was

in den Seiten

getrieben worden sei. Die Arbeiterschaft habe ein Interesse daran, das zu erfahren. Das Haus des Vollzugsrats sei ein Agitationsbureau der Unabhängigen und Kommunisten.

Prolet bittet, sich nicht ins Kleinliche zu verlieren. Selbstverständlich beginnt jetzt das große Kesseltreiben gegen uns. Unser Aufruf im „Vorwärts“ zeigt auch, was wir von den Parteigenossen erwarten. Wir erwarten, daß alle Parteigenossen aufs beste ihre Pflicht und Schuldigkeit tun.

Klein (S.P.D.) geht in längeren Ausführungen auf den Verkehrrstreik ein und wendet sich gegen die Stellung der S.P.D. dazu.

Erleuchtung.

18] Roman von Henri Barbusse. Verdeutschelt von Max Hochdorf.

Während eines Frühlings sprachten wir viel von einer Reise, die wir eines Tages machen wollten. An den Mauern der alten Klampnerie, die Bocard in ein neues Unternehmen umzuwandeln sollte, klebten nämlich Anschläge der Eisenbahngesellschaft. Wir betrachteten die Bilder, die noch in frisch-feuchter Farbe strahlten und im neuen Kleistergeruch dufteten. Uns gefiel am besten das Bild von Korfilla, auf dem Seelandschaften, Häfen, buntes Menschengewimmel und zwischen den Laubkränzen die Masse eines purpurn über-gossenen Gebirges zu sehen waren. Und nachher noch, als das Bild schon längst zerfetzt und beschmutzt im Winde flatterte, zog es uns immer noch an.

Es gibt Erinnerungen, die leben, wie durch Wunder, länger als alle übrigen Erinnerungen: Eines Tages lehrten wir heim. Wir traten in die Küche, Maria trug noch ihren Hut, als sie sich zum Feuerzünden bückte, und ihre Hände waren in dem dunklen Halbschatten kaum sichtbar. Und sie sagte: „Später werden wir diese Reise machen.“

Wir gingen auch manchmal während der Woche aus. Ich beobachtete das Leben rings um mich her und teilte Maria meine Gedanken mit. Sie war wenig berebtsam und hörte mir zu. Wenn wir vom Kirchplatz abbogen, der uns einstmal so hart bewegt hatte, dann trafen wir häufig an dem gestrigen Reitenstein, dort, wo eine alte Konservendbüchse lag, Jean und Genoséva Trompon, die sich nach der Meinung aller Leute bald von einander trennen würden. Die Leute pflegten zu sagen: „Das kommt davon, wenn man sich zu festig liebt, das ist ja Wahnsinn.“ Maria hörte sich dieses Gerede mit an, und sie murmelte in einer Art hartnäckiger Sanftheit: „Die Liebe ist etwas Heiliges.“

Wenn wir heimkehrten und bei der Gerberei des schlechenden und überlebten Eudo vorbeikamen, dann hörten wir den Papageien hupen. Dieser alte Vogel, der bis auf die Knochen abgemagert und verschlossen grünlich gefärbt war, ahnte unermüdlich die Dufteinsätze nach, die zwei Jahre vorher die Lungen von Adolf Piot zertrissen hatten. Piot war im Kreise der Seinigen unter so traurigen Umständen gestorben. Wir

kehrten heim, und unsere Ohren waren immer noch angefüllt von dem hartnäckigen Schrei dieses sorgsam jeden Laut aufbewahrenden Tieres. Das Tier war verbittert und veressen darauf, dieses Geräusch zu verewigen, das da eine Weile in die Welt gestiegen war, und es wollte immer noch den Widerhall eines alten Leibes herumschütteln, dem niemand mehr Glauben schenken möchte.

Mit uns lebt nur noch Martha, meine kleine Schwägerin, die jetzt sechs Jahre alt ist, und sie ähnet Marien wie ein überwachsendes und winziges Ebenbild. Mit uns lebt mein Schwiegervater, der nach und nach eingeht und endlich auch Grillon. Die Zeit geht dahin und Grillon lebt immer noch zufrieden in seiner Werkstatt. Er lebt wie sein Vater, er lebt wie sein Großvater, er lebt wie sein ewiger Urahn, der Fischhüter aus dem Märchen. Er hält noch immer seine Selbstgespräche ab, er trägt noch immer sein vierediges Käppchen, er steht noch immer vor seinem gläsernen Regal, um das kurze, fastige Pfeischen zu rauchen, das Pfeifstein spricht und spuckt, genau so wie sein Herr sich räuspert und spuckt, und es scheint ihm Rede und Widerrede zu schenken. Das einsame Handwerkerdasein dieses Mannes wird mehr und mehr mühevoll, es wird fast elendig. Häufig kommt er für kleine Arbeitsdienste zu uns. Er hat einen Rückschlag auszuhalten, einen Stuhl zu streichen, ein Fenster einzusetzen. Er sagt: „Ja, was ich noch sagen wollte —“ und er erzählt den ganzen Stadtklatsch. Es wurmt ihn, wenn er etwas weiß, und es bei sich behalten soll. Das gibt er ganz unumwunden zu. Und Gott weiß, ob es bei uns Klatschereien gibt. Um Männer und um Frauen und um alle Welt ist ein ganzes Netz von Hinterlist und böser Nachrede und Verrägereien gewunden. Man sagt nur: „Ist das die Möglichkeit!“ Dann denkt man an etwas anderes. Und auch Grillon lächelt inmitten all dieser Bösheit und Schleichheit. Ich sehe es gern, dieses demütige Arbeitsmännchen, das so schön und schlicht lächeln kann. Mit seinem unschönen und hellen Kopf, versteht er das Leben besser, als ich. Er ist auch besser als ich selbst. Ich sage zu ihm: „Aber gibt es nicht Mißbräuche, gibt es nicht Laster?“

„Ja“, antwortete Grillon, „aber man soll das nicht übertreiben. Was mir belangt, so toleriere ich die Uebertreibung gar nicht, und ich finde, daß ebenso bei die Besessenen, als wie bei die anderen gesündigt wird, die optimistischer denken.“

Der Mikolorismus? Na ja, schön, das kommt bloß, weil das Publikum nicht genug von die allgemeine Wohlfahrt versteht. Man wirft den Stein auf all die armen, tausenden Hund, und man glaubt sich einen großen Philosophen. Und man ist doch bloß neidisch. Weißt was? Ich sprech nicht von die Laufe im eigenen Pelz und ich wider' ja selbst, und für die Leute im Schloß ist das ja schlimmer als alles. Aber dieser Bandit Brissille, der wo doch nun der große Anarchist ist, dem soll eins nun nachsehen, daß er sich täglich die Gude vollschlump und nicht mal in die Woche ausnüchert. War ja kein Verbrechen, wenn der ein anständiger Süßel war. Der Mensch muß weit sehen und einen großzügigen Zug um den Kopf haben. Toleranz! Das brauchen wir alle!

Ich sage: „Sie sind ein braver Mann.“ Stolz antwortet Grillon: „Ich bin ein Mann wie jeder Mann, ich pfeif was auf die alten Ideen. Ich konfirmier die alten Ideen nicht, aber ich will auch kein Einspänner sein. Wenn ich im Leben schauften tu', so schauft ich, weil ich nichts Besseres bin, als die anderen Menschen auch!“ Das spricht er, und er redt sich auf. Und er redt sich noch mehr auf, und er fügt hinzu: „Nichts Besseres, jowohl, nichts Besseres!“

Wenn wir nicht plaudern, dann lesen wir laut vor. In der Fabrik haben wir eine sehr schöne Bibliothek, die Frau Cozlan ausgewählt hat. Die Bücher, unter denen sich Werke über Erziehung und Moral befinden, sollten den Fabrikangestellten dienen. Maria, deren Einbildung weiter schweift als die meinige, und die auch nicht an all meinen Sorgen mitzutragen hat, gibt beim Lesen den Ton an. Sie öffnet ein Buch, sie liest laut vor. Unterdessen feiere ich, und ich rufe mich aus, und meine Augen betrachten das Postellbildnis, das gerade dem Fenster gegenüber hängt. Auf dem Glasrahmen, der das Gemälde verdeckt, huscht eine lockte Bewegung hin und her. Das ist das Aufblähen und Fliegen der Vorhänge am offenen Fenster. Und so wird das Gesicht auf diesem Bildnis, das sonst so starr schien, von Lidzadlinien und geheimnisvoller Spiegelung umspielt.

Manchmal seufzt Marie, wenn ein Kapitel zu Ende ist: „Diese Abenteuer und Dinge, niemals passiert so etwas!“

Dann ruft sie aus: „Gott sei Dank.“ Sie antwortet: „Leider, leider!“

Selbst wenn man zusammen lebt, ist man schmerzlicher voneinander verschieden, als man glauben mag.

(Wortl. folgt.)

Prolet macht einige Mäßigstellungen. Die Straßenbahner haben einen Reichstagsrat, den die Berliner nicht anerkannt hätten. Wir dürfen aber über diese Sache nicht abfällig urteilen. Die Direktoren der Großen Berliner hätten höchst anständig gehandelt. Lenzen (S. P. D.) weist auf einen gedruckten Aufruf an die Straßenbahner hin, am Generalstreik am Montag teilzunehmen und besapnet, daß dies von den Obweisen und Arbeiterräten beschlossen worden sei. Rohfus (Straßenbahner) erklärt, daß eine Sitzung der Verkehrsaußenkommission stattgefunden habe. Der Aufruf sei eine gefälschte Sache.

Man habe sich in jener Sitzung um den Aufruf der Gewerkschaftskommission geäußert. Der Aufruf sei ohne sein Wissen gedruckt und mit seiner Unterschrift versehen worden. Er habe sofort veranlaßt, daß seine Unterschrift von diesen Flugblättern abgeschnitten wird. Ferner haben die S. P. D.-Arbeiterräte der Straßenbahn- und Omnibusgesellschaft folgenden

#### Aufruf

an ihre Wähler erlassen:

#### An das Verkehrspersonal!

Die Vollversammlung der Arbeiterräte der Sozialdemokratischen und der demokratischen Partei hat beschlossen, ihren Parteigenossen zu empfehlen, sich an den für den 21. Juli geplanten Demonstrationen zu beteiligen, jedoch von einer Unterbrechung der Arbeit abzusehen.

Wir empfehlen daher unseren Wählern, soweit sie am Montag dienstfrei sind, recht zahlreich an den Demonstrationen teilzunehmen, bitten jedoch die Diensthabenden, gerade im Interesse der glatten Abwicklung des Verkehrs, ihre Arbeit durchzuführen.

Prolet ermahnt nochmals die Parteigenossen, besonders in den nächsten Tagen ihre Pflicht zu tun, und schließt die Versammlung.

Alle Einsendungen an die Mitglieder des Vollzugsrats der S. P. D. sind zu adressieren: Vollzugsrat S. P. D., Berlin SW. 68, Lindenstr. 114, 1 Tr. rechts.

## Es hat sich nichts geändert.

### Das „revolutionäre“ Rumpfparlament.

Gleichzeitig mit der Vollversammlung der Arbeiterräte der S. P. D. tagte in den Germania-Sälen das Rumpfparlament des unversöhnlichen Adregeantens. Nach den Berichten darüber hat sich im Ton dieser Herrschaften absolut nichts geändert. Ein Unterschied ist nur insofern zu bemerken, als nicht mehr die U. S. P. und S. P. D.-Arbeiterräte gemeinsam mit Schmutz nach den Angehörigen anderer Parteien werfen, sondern daß sie sich den Unflat jetzt gegenseitig ins Gesicht werfen. Nach dem Bericht waren mehr lärmende Unterbrechungen und härmische Schimpfanreden als Zustimmungserklärungen in diesem Kreise. Das Schimpfen wird man dort nie verlieren. Es ist ein Lebensbedürfnis für die Linksrabalen wie mindestens ein Streiktag in jeder Woche.

Sie haben beschlossen, am Montag die Arbeit ruhen zu lassen. Das war nicht anders zu erwarten, denn dort ist noch nie eine Gelegenheit verstimmt worden, die Produktion stillzulegen und die Erzeugung der wichtigsten Lebensgüter zu verhindern oder zu vermindern.

Unter diesen Beschluß verlangten die Ultrarabalen, sollen auch die Gas- und Wasserwerke und alle anderen lebenswichtigen Betriebe fallen. Darauf wurde ihnen vom Vorsitzenden unter wiederholten großen lärmenden Unterbrechungen folgende niedliche Wahrheit gesagt: In Ihren Reihen sitzen die meisten Arbeiterräte, bei den letzten Streiks haben Ihre Freunde mit Enthusiasmus dafür gestimmt, am nächsten Tage kamen aber Ihre Arbeiterräte und verlangten, daß ich sorgen sollte, daß Sie Ihre Arbeiterräteunterstützung bekommen. (Hört, hört! Großer Lärm.) Also nehmen Sie in Mund und nicht zu voll, wenn Sie es nicht verantworten können. (Tranauer großer Lärm.)

Man schlägt sich und man betriegt sich.

## Zur Montagsdemonstration.

### Voraussetzliche Streiklage am Montag.

Der Direktor des Elektrizitätswerks Berlin teilt mit, daß dort von 6 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestreikt wird und nicht einmal an Krankenhäuser Strom abgegeben wird. Im Betrieb der Hochbahn wird der Generalstreik zwar erwartet, einseitiges darüber jedoch erst in der Ratsversammlung zum Sonntag entschieden. Bei den Eisenbahnen ist die Stimmung allgemein gegen den Streik; dagegen werden die elektrischen Bahnen aller Voraussicht nach am Montag nicht verkehren, es entscheidet sich dies Sonntag nachmittag. In der Industrie rechnet man nicht mit einem Generalstreik, jedoch mit bedeutenden Teilstreiks.

### Die Brauereiarbeiter streiken nicht.

In mehreren Versammlungen der Brauereiarbeiter wurde am Sonnabend der Beschluß gefaßt, nicht zu streiken, da das deutsche Wirtschaftsleben eine derartige fortgesetzte Schädigung nicht verträgt. Deutlich für die Stimmung war eine Versammlung der Arbeiter der Schützengildebrauerei, die im großen Saale des Gewerkschaftshauses unter außerordentlich starkem Besuch stattfand. Zunächst erstatteten Arbeiterrat und Betriebsausschuß Bericht über die Verhandlungen mit der Direktion, der von der Versammlung mit Befriedigung aufgenommen wurde. Gegen nur etwa 30 Stimmen bei weit über 1000 Anwesenden wurde darauf von der überfüllten Versammlung der Beschluß gefaßt, am Montag die Arbeit nicht einzustellen.

### Was werden die Straßenbahner tun?

Der Arbeiterratsausschuß der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn hat dem Demonstrationsstreik am Montag zugestimmt, allerdings nur mit einer verhältnismäßig geringen Majorität. Der Arbeiterratsausschuß hat ein Flugblatt auf den Bahnhöfen anhängen lassen, in dem es heißt, daß die Arbeiter der ganzen Verkehrsanstalten entschlossen seien, der Parole der Gewerkschaftskommission zu folgen. Mit diesem Aufruf wird, soweit er sich auf die Generalkommission bezieht, ein falsches Spiel getrieben. Denn die Gewerkschaftskommission hat ausdrücklich beschlossen und verkündet, daß die Demonstrationen nach Betriebsabschluss der einzelnen Betriebe vorgenommen werden sollen, mit keinem Wort aber hat sie die Einstellung der Arbeit verkündet. — Es zeigt sich, daß auch diesmal wieder der Arbeiterratsausschuß in dieser wichtigen Frage, ohne Zustimmung zu veranlassen, über die Köpfe des Personals einen derartigen Beschluß gefaßt hat.

Wer also der Parole der Partei und Gewerkschaftskommission folgen will, streikt nicht am Montag, sondern beteiligt sich an den Demonstrationsversammlungen.

### Die gegenseitige Ergänzung.

Die Angestellten der Elektrizitätsgesellschaften haben erklärt, daß die Straßenbahner in den Zustand treten wollen, sie gleichfalls nicht arbeiten wollen. Der Arbeiterrat der Großen Berliner Bahnen zur Veranschaulichung seines Beschlusses der Arbeiterräte an, daß die Straßenbahnerwagen nicht

fahren könnten, weil die bösen Elektrizitätsarbeiter sich dem Streik anschließen.

### Die Versammlungen der Unabhängigen verboten.

Der Reichsverkehrsminister Rolke hat am gestrigen Sonnabend nachmittag die Abhaltung der Versammlungen der U. S. P. D. unter freiem Himmel am Montagmittag und nachmittags verboten. Das Oberkommando kann keine Ausnahme von dem auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand verhängten Verbots öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel zulassen.

## Groß-Berlin Manche Literaten.

Manche Literaten sind Deutschlands Stolz, sind ein wohlgeratener und biegsamer Holz.

Können so und anders, wie man grad will, wie Salamanders — Ganze, sei still!

Als Wilhelm der Beste die Feinde noch biß — hoio, die Geste! herrje, der Schmiß!

Da gab's Gedichte. Still: Eta zwei. Doch die Geschichte ging halt entzwei.

Kann stehen die Guten auf einmal links mit weiternden Schmaten und scharfem Gestinks.

Morgen, o Baudrez, eh das gedent wird schon ein anderer Daris gerent!

Paulchen.

### Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterräte beim Magistrat Berlin.

Unter diesem Namen haben sich die 54 Arbeiterräte der Beamten, Angestellten, Hilfskräfte und Arbeiter der Stadt Berlin zusammengeschlossen. Ihr Zweck ist nicht nur die Interessentvertretung der in Betracht kommenden Berufsgruppen, denn dazu sind in allererster Linie die gewerkschaftlichen Organisationen zuständig, sondern ihre Hauptaufgabe besteht zunächst darin, die Einheitslichkeit in allen das Arbeitsgebiet betreffenden Fragen herbeizuführen. In den mit dem Magistrat und dem Vollzugsrat vereinbarten Richtlinien heißt es außerdem: „Der Arbeitsgemeinschaft liegt es ob, Vorschläge allgemeiner Art zur Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungen sowie zur Vereinfachung und Demokratisierung der Verwaltung bei der zuständigen Einzelverwaltung oder beim Magistrat einzubringen.“

Das Wesentliche aber ist, daß es den Arbeiterräten gestattet ist, Einblick zu nehmen in die verschiedenen Betriebs- und Verwaltungsgebiete und bei den zuständigen Deputationen oder Verwaltungsstellen die Untersuchung und Abklärung etwaiger Mängel anzuregen und zu verfolgen.

Es ist das Bestreben der Arbeitsgemeinschaft, den in ihr vereinigten Arbeiterräten nicht nur die Kontrolle, sondern auch deren Teilnahme an der Betriebs- und Verwaltungsleitung zu sichern. Sie will nach dem Grundsatz des Adregeantens das Mitbestimmungsrecht der schaffenden Kräfte an dem Produktionsprozeß in Betracht kommen, daß in absehbarer Zeit weitere Betriebszweige kommunalisiert werden dürften (z. B. Straßenbahn) und schließlich durch die Eingemeindungsfrage das Gebiet bedeutend erweitert wird.

Um eine erspriehliche Tätigkeit im Interesse der in Betracht kommenden Arbeitnehmer sowohl wie in dem der Gesamtbürgerung auf diesem Gebiete durchzuführen zu können, hat die Arbeitsgemeinschaft sich in elf große Bezirke geteilt. Dieselben sind: 1. Technische Betriebe, 2. Bildungswesen, 3. Ernährungswesen, 4. Wohlfahrtswesen, 5. Finanzwesen, 6. Personalamtangelegenheiten, 7. Gesundheitswesen, 8. Rechtspflege, 9. Agrarwesen, 10. Verkehrs- und Dienstleistungen, 11. Diverses. An der Spitze jedes dieser Bezirke stehen ein oder zwei sachverständige Arbeiterräte, wie beispielsweise an der Spitze der technischen Betriebe ein Ingenieur, an der des Gesundheitswesens ein Arzt usw.

Die Büroräume der Arbeitsgemeinschaft befinden sich Breite Straße 11. Telefon: Magistrat Berlin 778. Geöffnet fürs Publikum von 9—1 Uhr.

„Wolk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, erhalten die Groß-Berliner Abonnenten mit dieser Nummer.

Die Wirkung der Hungerplakate auf die Kinder. Der Leiter des städtischen Jugendamts in Berlin, Egonmund Schulte, veröffentlicht eine Arbeit, die das bisher nur wenig Eingeweihten bekannte erschütternde Bild von den furchtbaren Wirkungen der Hungerplakate entrollt. Es war, verglichen mit dem Jahre 1913, die deutsche Kindersterblichkeit im Jahre 1917 gestiegen um 24 Prozent bei den Säuglingen, um 49,3 Proz. bei den Kleinkindern von 2—6 Jahren, um 55 Proz. bei den Schulkindern von 6—15 Jahren. Die Sterblichkeitszunahme der Schulkinder ist die höchste unter allen Altersstufen. 50 000 Klein- und Schulkinder starben 1917 mehr als 1913. Die Lungentuberkulose forderte auch unter den Kindern ein sich nach steigendes Maß an Opfern. Ebenso stieg die Zahl der tödlichen Magen- und Darmkrankungen jenseits des Säuglingsalters bis ins Doppelte, ja Vierfache. Noch erschreckender ist die Zahl der Erkrankungen, die bei der Tuberkulose um das Vierfache gegenüber der Friedenszeit anwuchs.

### Zur Schließung der Volkstheater und Speiseshallen.

wird uns vom Obmann des Angestellten- und Arbeiterratsausschusses gefaßt: Die neun Speiseshallen werden täglich von 25 000 bis 30 000 Gästen besucht und die, die sich doch meistens aus dem wertvollen Publikum rekrutieren, würden keine andere Gaststätte finden, wo sie bei billigen Preisen ein gutes und kräftiges Essen erhalten. Die 200 Angestellte haben während des 30-jährigen Bestehens der Gesellschaft bei 15—18-jähriger Arbeitszeit bei ganz geringer Entlohnung treu und fleißig mit Interesse am Unternehmen gearbeitet. Weil sie nun eine angemessene Entlohnung wegen der von Tag zu Tag steigenden Teuerung durchsetzen wollen, die noch weit unter den ortsüblichen Löhnen der Gaswerksgehilfen steht, veröffentlicht die Gesellschaft die Notiz, daß sie die stets wachsenden Zuschüsse nicht aufbringen kann und liquidieren müsse. Das vom Magistrat angebotene Geschenk besteht aus vier Geschloß bis auf Feuerlöschwert abgeschriebenen Häusern nebst dem sehr reichen Inventar und diversen Mietwohnungen. Warum übernimmt der Magistrat das Unternehmen nicht. Wenn bei Schließung die 200 Angestellten, von denen ein großer Teil verheiratet ist und größere Familien hat, der Arbeitslosenfürsorge anheim fallen, dann gehen die Unterhaltungen zu Kosten der schon gerade genug belasteten Steuerzahler. Die Kaufleute von Gassen sind sehr beunruhigt, und es wäre sehr erwünscht, wenn der Magistrat sowie die arbeitende Bevölkerung sich zu der Schließung der Speiseshallen oder evtl. Weiterführung äußern würden.

Ein Rabeltelogramm New York—Berlin, das erste seit langen Jahren, erhielt der „Korwärt“. Es trug die Adresse „Daily Forward“ und ein Herz Karans, New York—City, ohne weitere Adresse, teilte darin mit, daß Reis, Zucker, feinstes Mehl und Reis in jeder Menge zu haben seien. Wir wissen damit nichts anzufangen, aber wir freuen uns der Wiederherstellung des Verkehrs.

Das Bekleidungsamt und die Zahl-Einheitsstellen bleiben am Montag geschlossen.

Die Zigarettenfabrik Probenk schreift uns, daß sie nur rein orientalischen Tabak benutzt. Wir hatten etwas anderes nicht bemerkt.

Von sechs Straßenrädern aufgeschludert wurde in der Nacht zum Sonnabend ein Kaufmann Sch. aus der Glatzstraße. Als er sich auf dem Radhausewege von Treptow kommend befand, traten auf der Landstraße plötzlich sechs Männer auf ihn zu und forderten ihn unter Vorhaltung von Revolvern auf, seine Barockhose herauszugeben. Da er nur 18 M. bei sich hatte, hielten sie sich an seiner silbernen Uhr und einem goldenen Trouring schablos. Der Trouring ist S. B. 18. 8. 17 gezeichnet. Vor seinem Anlauf wird gewarnt.

Zu der Ermordung des Fischhändlers Gänther in der Reichenberger Straße wird uns mitgeteilt, daß es bisher noch nicht gelungen ist, den Täter zu ermitteln. Trotz der ausgesprochenen Belohnung von 5000 M. haben sich nur wenig Leute gemeldet, die den Mörder, der durch seine knistende Kleidung unbedingt aufgefassen sein muß, gesehen haben. Neuerdings hat sich ein Junge gemeldet, der am Tage nach dem Verbrechen, am 8. d. M., nachmittags gegen 2 Uhr an der Syree, in der Nähe des Damerhofs, einen Mann gesehen hat, der seine Kleidungsstücke im Wasser gewaschen hatte und dort trocknete. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es sich um den Täter handelt, der auf diese Weise die knistenden Kleider gereinigt hat. Wahrscheinlich ist er dann auch auf der Fahrt dorthin beobachtet worden. Jene, die ihn gesehen haben, wollen sich bei der Kriminalpolizei melden. Sollte der Mann, der dort seine Kleider wusch, mit der Tat nichts zu tun haben, so wird er gebeten, sich zur Aufklärung des Falles selbst zu melden.

Unbekannte Frauenleiche. Am 18. Juli morgens ist an der Chaussee von Randow nach Blankenfelde im Chausseegraben die Leiche einer unbekanntem weiblichen Person, Anfang der vierziger Jahre, gefunden worden. Sie war bekleidet mit einem langen schwarzen Tuchrock, grauem Rock mit aufgenähter Tasche aus schwarzem Tuch, schwarzem Cheviot- und weissem Unterröd. Die Frau ist höchstwahrscheinlich an Herzschlag gestorben. Angehörige mögen sich an den Amtsvorsteher in Rosenthal wenden.

Verbesserte Jugoverkehr. Vom Montag ab verkehren neue Dampfer zwischen Krienitz und Potsdamer Bahnhof. Diese Dampfer vermitteln eine gute Verbindung zwischen Berlin und Magdeburg und besonders einen guten Anschlußverkehr nach dem Harz. Näheres siehe Anzeiger.

Neuregelung des Verkehrs nach den besetzten Gebieten. Nach dem Abschluß eines etwas regelmäßigeren Verkehrs zwischen Deutschland und den alliierten Mächten ist auch die Verkehrsbestimmung nach den von diesen Mächten besetzten Gebieten des Deutschen Reiches im Westen bedeutend erleichtert worden. Der Güterverkehr von und nach dem besetzten Gebiet unterliegt von nun an nur noch folgenden Beschränkungen: Kohlen- und Holztransporte unterliegen weiterhin den bestehenden Beschränkungen. Die Ausfuhr von Farbstoffen, Platin, Gold, Silber und geringwertigem Gold ist vorbehaltlich besonderer Genehmigung verboten. Die Beschränkungen bezüglich der Eisen- und Ausfuhr von Gütern aus Luxemburg, die durch das internationalisierte Wirtschaftsamt oder die Rheinlandskommission ausgesetzt worden sind, fallen fort. Der Verkehr widelt sich nach wie vor in den Übergangsstellen ab, die während der Dauer des Waffenstillstandes geöffnet waren. Das rollende Material der Entente und die Leutewagen dürfen bis auf weiteres zu Transporten zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet nicht verwendet werden. Der Kolabeverkehr, also der Verkehr zum unbesetzten Gebiet durch besetztes Gebiet nach dem unbesetzten Deutschland, ist völlig freigegeben. Eine Unterscheidung zwischen Gütern, die zur Durchfuhr zugelassen oder nicht zugelassen sind, ist nicht mehr nötig, daher werden die seitherige zur Umleitung des nicht zugelassenen Verkehrs festgesetzten Bestimmungen aufgehoben. Durch die vorstehende Neuregelung werden alle bisher getroffenen Maßnahmen bezüglich des Verkehrs zwischen besetztem und unbesetztem Deutschland aufgehoben.

Sozialdemokratische Vereinigung der Beamten, Angestellten und Hilfskräfte des Magistrats Berlin. Freitag, den 25. abends 7 Uhr: Mitgliederversammlung in der Aula des städtischen Gymnasiums, Zulehrstr. 1. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Aktion, Schülerräte und Betriebsvertrauensleute! Mittwoch, den 23. Juli, abends 7 Uhr, findet im Jugendheim, Lindenstr. 3, eine Vollversammlung der Schülerräte und Vertrauensleute statt. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen unbedingt erforderlich.

Die Fürsorge für die heimkehrenden Kriegsgefangenen wird von den städtischen Kriegsgefangenen-Gemeinschaften jeder größeren Gemeinde ausgeübt. Für Berlin befindet sich dieses Heim (Krischeim) Schloßplatz 1 3 Tr. Die Geschäftsstellen der Barone können telefonisch (Zentrum 1066) bei der obenwähnten Stelle erfragt werden.

Der Friedhof der Kriegsgefangenen im Friedrichshain hat, so berichtet eine Lokalcorrespondenz, eine Erweiterung erfahren. Nach dem städtischen Eingang zu hat man etwa 30 neue Grabstellen geschaffen.

Landtag. Aus der Gemeindevorstellung. In der letzten Sitzung wurde zum Regierungsentsatz Groß-Berlin Stellung genommen, der mit einigen Änderungsanträgen gutgeheißen wurde. Eine lebhafte Debatte wurde durch das Verhalten des kommunistischen Arbeiterrats hervorgerufen. Der Landtagiger Arbeiterrat war auf Grund freier Vereinbarung durch die drei sozialistischen Parteien paritätisch zusammengesetzt. In dieser Zusammenkunft war ein großes Entgegenkommen zu erblicken, da die S. P. D. das meiste an Mitglieder besitzt als die beiden anderen Parteien zusammen. Trotzdem wurde es immer unangenehm, den ostwärtigen Anforderungen der U. S. P. und S. P. D.-Anhänger Genüge zu tun. Dem Fah den Boden ausgefahren wurde dadurch, daß die Mehrheit des Arbeiterrats der S. P. D. Vorschriften machen wollte, welche Gewissen sie in den Arbeiterrat delegieren sollte. Auf Vorschlag der Fraktion der S. P. D. gab Genosse Erding folgende Erklärung ab:

In einer am Dienstag, den 15. Juli stattgefundenen Sitzung des hiesigen Arbeiterrats wurde vom Leiter der Sitzung die Erklärung abgegeben, daß die Mehrheit des Arbeiterrats nur mit solchen Personen zusammenarbeiten will, die auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen. Außerdem weigerte sich die Mehrheit, die von der S. P. D. delegierten Arbeiterratsmitglieder anzuerkennen und forderte die von der Mitgliedsversammlung der S. P. D. ihres Amtes enthobenen früheren Arbeiterratsmitglieder auf, ihre Tätigkeit auch fernerhin auszuüben. Damit hat der Arbeiterrat sich selbst das Recht bezogen, im Interesse der arbeitenden Bevölkerung von Landtag zu wirken. Die sozialdemokratische Fraktion stellt daher den Antrag, dem jetzigen Arbeiterrat weitere Entschuldigungen nicht zu gewähren und verlangt vom Gemeindevorstand, daß er jeden dienstlichen Verkehr mit dem jetzigen Arbeiterrat unterläßt. Die Fraktion der S. P. D. ist gern bereit, jeden kommunalen Arbeiterrat anzuerkennen, der durch ordnungsgemäße Wahlen, an der alle Hand- und Kopfarbeiter bis zu einem festzusetzenden Höchstmaß teilnehmen dürfen, zustande gekommen ist.

Der in dieser Erklärung enthaltene Antrag wurde von der Gemeindevorstellung in namenhafter Abstimmung einstimmig angenommen. Der kommissarische Gemeindevorsteher Genosse Drowski enthielt sich der Stimme.

Brig. Die Gemeindevorstellung vom 18. Juli beschließt, der Vorlage, welche die Vergrößerung des Feuerwehrgeschützes vorstelt, zuzustimmen. Für eine geplante Reinhaushebung der Gemeinde wird beschlossen, mit dem Kräfteften Karl Wälders einen Vertrag abzuschließen. Ein mit der Kirchengemeinde bestehender Vertragszustand soll mit dem 1. April 1920 beseitigt werden und die Einziehung der Kirchensteuer durch die Gemeindeorgane nach dieser Zeit nicht mehr stattfinden. Einer Forderung der Schulden wird zugestimmt. Ein Antrag der S. P. D. Vertreter auf anderweitige Festsetzung der Steuerzuschläge, wonach eine Ermäßigung der Steuern um 2000 M. durch eine Hebung der Ju-





Die Frau und die Wohnung.

Von R. Friedel Schneider.

Die Wohnungsfrage ist eine Lebensfrage für uns alle geworden, weil die kinderreichen Familien am schwersten Obdach finden. Außerdem ist die Ueberfüllung der kleinen Wohnungen mit Menschen von großem Nachteil für die Gesundheit und auch für das allgemeine Wohlbefinden.

Die Luft innerhalb der Wohnung ist für die Gesundheit der Familie von großer Wichtigkeit; sie wird dadurch verändert, daß die Bewohner Wärme und Wasserdampf produzieren. Sauerstoff verbrauchen, Kohlenäure und andere gasförmige Stoffe ausscheiden und den Uebertritt von Staub und Krankheitserregern in die Luft veranlassen.

An einer Besserung dieser schlimmen Wohnverhältnisse haben die Frauen ein noch viel tiefergehendes Interesse als die Männer. Denn während der Mann den größten Teil des Tages außerhalb

der Wohnung auf seiner Arbeitsstätte zuzubringen pflegt, sind die Frauen durch ihre Tätigkeit im Haushalt und durch die Pflege der Kinder meist eng an die Wohnung gebunden. Sie haben in erster Linie unter deren Mängeln zu leiden, und sie leiden doppelt, wenn sie zusehen müssen, wie die körperliche und seelische Gesundheit ihrer Kinder dadurch geschädigt wird.

Deutschland war stolz, daß es für sein Volk die am besten organisierten Sozialversicherungen und dergleichen hatte, aber was nützt uns Alters- und Invalidenversicherung, wenn darüber die wichtigere Aufgabe, dem Volk gesunde Lebensbedingungen zu schaffen, versäumt wurde?

Freizeiten, die jedem einen Sitzplatz in Luft und Sonne gönnen, sind ebenfalls nicht genügend vorhanden, so daß es vielen Müttern unmöglich ist, die Kinder regelmäßig in frische Luft zu bringen. Das neue, arme Deutschland steht nun vor der schweren Aufgabe, dem Volk gesunde Entwicklungs- und Lebensbedingungen zu schaffen.

Nat hat uns vor allen Dingen zunächst eine geordnete richtige Wohnungsfürsorge. Diese muß nicht nur aus Wohnungsinspektion bestehen, sondern die Wohnungsfürsorge muß besorgt sein, die durch die Wohnungsbesucherinnen ermittelten Schäden in der Wohnung,

welche dem Hauswirt zur Last fallen, baldigst durch denselben abstellen und im Weigerungsfalle auf dessen Kosten vornehmen zu lassen. Die Wohnungsfürsorge muß alle Wohnungen bis zu drei Zimmern in Stadt und Land umfassen. Sie muß für geeignete Unterbringung Kranker Sorge tragen, damit diese die Gesundheit nicht ansteden. Auch durch regelmäßig veranstaltete Spaziergänge könnte die Fürsorge fröhlicher dazu beitragen, daß die Kinder geordnet hinaus in Luft und Sonne kommen.

Jede unserer Genossinnen, die einen Platz in der Gemeindevertretung ihres Wohnortes errungen hat, muß die Wohnungsfürsorge als ein wichtiges Gebiet in den Vordergrund stellen.

Theater der Woche.

Mania: 20. 21. 22. „Die Insel Rügen“, 22. 23. „Von der Jagd zum Watsmann“, 24. 25. „Der Bierwächter“. — Deutsches Theater: „Ach, ich war ein Jüngling“, — Kammerstücke: „Das Weib und der Humpelmann“, — Th. d. Weimars: „Die Weisheit“, — Festung-Theater: „Charles Lantz“, — Deutsches Künstlertheater: „Die Ruffbahn“, — Th. d. d. Königsgräber Theater: „Der Hauptling“, — Komödienhaus: „Eliott von der Holz“, — Berliner Theater: „Die tolle Komtesse“, — Schiller-Theater: „Al-Heideberg“, — Kleines Theater: „Antonia Raums der Erkenntnis“, 20. 21. n. „Johannisseuer“, — Komödienhaus: „Schwarzwaldbühel“, — Lustspielhaus: „So ein Räuber“, — Triana-Theater: „Der gute Ruf“, 20. n. „Johannisseuer“, — Residenz-Theater: „Das höhere Leben“, 20. n. „Gepanzerter“, — Metropol-Theater: „Die Fehlsinger“, — Theater am Kolonnenplatz: „Die Puppe“, 20. n. „Drei alte Schachteln“, 21. n. 22. n. „Der Schauspieler“, „Die Verlobung bei der Vaterne“, 21. n. „Der Jurdatan“, — Thalia-Theater: „Junofer Sonnenhelm“, — Neues Operettenhaus: „Die Dame vom Arcus“, — Volkstheater: „Weinende Erben“, — Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater: „Der Hias“, — Theater der Friedrichsstadt: „Drei Einakter“, — Wallner-Theater: „Das Gesch“, — Eulien-Theater: „Wenn Frauen lieben“, 20. n. „Der Sünderbühel“, 21. n. „Ein allwärtiger Familienvater“, — Hof-Theater: „O schöne Zeit, o selige Zeit“, — Volkstheater: „Die Frau des Debutanten“, 20. „Kleine Elvira“, — National-Theater: „Familie Hammemann“.

Die Abschaffung der Brille.

Wichtige Erfindung der deutschen optischen Industrie.

(Nachdruck verboten.)

Wenn sich die Wahrheit erst durchgerungen haben wird, dann wird die Brille nur noch bei Steinlöffeln, Automobilisten, Viehretarbeitern und Hochtouristen als Schutzbrille ihr Dasein fristen.

Zur Verbesserung der Leistungen des Auges aber wird man ein optisches Hilfsmittel tragen, welches die Vorzüge der allsehrwürdigen Brille und ihres flotten Bruders Kneifer in sich vereint, ihre Nachteile aber vermeidet.

Die unfehlbaren Vorzüge der Brille sind ihr fester, sicherer Sitz, unabhängig von der Form der Nase, und die unveränderlich richtige, das heißt für die Sehfähigkeit zweckmäßigste Stellung der Gläser.

Ihre Nachteile sind die umständliche Handhabung, und daß sie das Gesicht alt macht, junge Leute oft geradezu entstell.

Die Vorzüge des Kneifers sind, daß er diese Nachteile der Brille vermeidet; seine Nachteile sind, daß er die Vorzüge der Brille nicht besitzt.

In dem Augenblick, wo sie ihm gegeben werden, verliert die Brille ihre Berechtigung, sie wird ein

Objekt für zukünftige Altertumsforscher, wie die früher ebenfalls unentbehrliche Lichtpumpen- und anderer Leuchtmaschinen.

Und mit ihr wandern tausende von Kneifern in die Rumpellammer, die jetzt gleich schlagelabamen Niedermaulen ihre Hügel erhebt. Gläser über die Wangen ihrer Träger herabhängen lassen, durch ihre unentwegte Bäckerei die unglücklichen Destrier zur Verzweiflung bringen und nervös machen, und ihnen mit ihrem harten, scharfen Druck die Seitenflächen der Nasenwurzel wundreiben.

Wären das die einzigen Nachteile, so müßte es hingehen. Aber der Kneifer in der Form, wie man ihn jetzt noch meistens trägt, verdirbt oft an den Augen mehr, als er nützt.

Weil der Brennpunkt der Gläser fast nie mit der Pupille zusammenfällt, wie es eigentlich sein sollte, wird das Auge in eine falsche Blickrichtung genötigt, also zum beständigen Schielen gezwungen.

Es ermüdet infolgedessen sehr schnell, wird überanstrengt und Nervosität, die sich zunächst durch dauerhafte Kopfschmerzen und Benommenheit äußert, ist eine der Folgen.

Die andere der Folgen ist, daß die Sehkraft, die erhalten werden soll, noch mehr geschwächt wird.

Wenn jeder, der genötigt ist, ein Augenglas zu tragen, den Lohmann-Kneifer probierte, so

wäre das Schicksal der Brille und der veralteten Kneiferkonstruktionen sofort besiegelt.

Der Lohmann-Kneifer ist das vollkommenste Hilfsmittel für schwache Augen, welches zurzeit existiert.

Er hat alle Vorteile der Brille, ihren festen sicheren Sitz auf den verschiedensten Nasenformen, die gesundheitlich richtige Stellung ihrer Gläser zum Auge, und er hat den einzigen Vorzug der bisherigen Kneifer — die bequeme Handhabung. Er hat aber noch seine Extravorzüge.

Das nämlich die jetzt vorwiegend getragenen Kneifer elegant und flott aussehen, wird man nicht mehr behaupten, wenn man sie mit dem Lohmann-Kneifer verglichen hat.

Weder die an einem gewaltigen Federbügel befestigten, seitwärts melancholisch herabhaumelnden Gläser der älteren, noch der dicke, gerade und plumpe Stieg oder auffällig sichtbare Mechanismus dieser neuen Kneifermodelle können Anspruch auf Eleganz machen.

Beim Lohmann-Kneifer dagegen ist der Stieg und Mechanismus überhaupt kaum zu sehen, und die Gläser stehen, einerlei, ob der Nasenrücken breit oder schmal, hoch oder flach ist, fest und sicher wagerecht vor den Augen; Brennpunkt der Gläser und Pupillenmitte der Augen decken sich.

Man braucht nicht mehr, wie man es bei Trägern älterer Kneifer häufig sieht, beim Leien steil aufgerichtet zu sitzen, damit der Kneifer nicht herabfällt, sondern kann eine zwanglose Haltung einnehmen, oder auch, wenn man das Bequemere finden sollte, auf dem Kopfe stehen — der Kneifer sitzt fest und, was die Hauptsache ist, ohne lästigen Druck.

Die patentierten Lohmann-Kneifer werden nur von der Orthozentrischen Kneifer-Gesellschaft m. b. H. in Berlin, Potsdamer Straße 134a, geliefert, die keine Filialen oder sonstigen Verkaufsstellen unterhält. Bei persönlichem Besuche, der zu empfehlen ist, weil man ohne Kaufzwang nach vorheriger lofterloser Augenprüfung den Kneifer probieren und ihn mit dem bisher getragenen vergleichen kann, beachte man zur Vermeidung von Verwechslungen genau die Firma und das neue Geschäftshaus Nr. 134a mit der Kennmarke „Lohmann-Kneifer“, da sich ein ganz in der Nähe und sehr auffällig gelegenes optisches Institut: eine ähnliche Benennung beigelegt hat. Alles, was unter ähnlicher Bezeichnung ebenfalls in den Handel gebracht wird, sind nicht echte Lohmann-Kneifer.

Auswärtige wollen Prospekt 20 mit Fragebogen verlangen, der gratis und franko verandt wird. Die Gesellschaft liefert auch nach auswärts unter Garantie richtigen Passens.

Sehr vorteilhafte Angebote

Advertisement for clothing items with illustrations of women in various outfits and price tags. Items include: Elegante reinseidene Trikot-jacke 158-, Flotter Mantel aus guten Stoffen 58-, Elegante Seidenjacke aus reinseidenem Taft 138-, Jacken Kleider aus gediegenen Stoffen 128-, Praktischer Kleider-rock aus soliden Stoffen 28-, Jacken Kleider aus guten praktischen Stoffen 98-, Bluse 8,75, Bluse aus feinem leinenfarbigem Waschstoff, Ellen Flotter Kleid aus leinenartigem Waschstoff in modernen Farben mit weißer Weste 58-, Margot 98-, Margot Feines Kleid aus feinem weißen Waschstoff mit breitem farbigen Besatz, Solveig Jugendliches Kleid aus feinem Waschkreppon, in vielen aparten Farben, eleg. Verarbeitung 128-.

R. M. Oranienstr. 165. MAASSEN G.m.b.H. Leipzigerstr. 42

**Unterhaltende und lustige Stunden**

bringen neben einem trefflichen Publikum diese Vorstellungen im Kabarett Zirkus. Das Jubiläum findet heute, den 20., statt: es wird gefeiert zum 50. Jubiläum von Serenissimus Hieronymus XVI. mit seinem heldenmütigen Kämpfermännchen und dem Geleite. Diese so außerordentlich eigenartigen Vorstellungen verbinden mit diesem Jubiläum des 50. Jubiläum einen Erfolg, wie er nur höchst selten Kabarettbühnen beschien ist. Und mit jedem Tage wächst die Anzahl dieser

Insassen aller lustigen Seelen, zumal es mit jedem Tage frisch und neu ist und Serenissimus mit jedem Tage, jedem besonderen Ereignis seine neuen und besonderen Bemerkungen zum Besten gibt. Es gibt aber auch kaum irgend eine andere Vorstellung, die in dieser hübschen Zeit des Herzvergnügens erlebbar, die Geburten so reichlich von Sorgen und dem Tagesgetriebe ablenken vermöchte, wie das Spiel von Serenissimus und Kämpfermännchen mit dem überaus feinen der Geisteskräfte und der erschütternden Komik der Darstellung. Neben Serenissimus beträgt der Monat Juli auch manche

neue Solodarb. So eine ganz ausgezeichnete Sourette Gerda Neuhoff, eine Schauspielerin, die mit ihrer Kunst und großer Sicherheit das gefasste Wort beherrscht, ein Couplet mit Klarheit und energischer Betonung zur Geltung bringt und dabei eine anmutige Erscheinung ist. Ferner sieht man bei Herrn James Bais, einen sehr talentierten Schauspieler, der es vorzüglich versteht, komische Effekte hervorzubringen und mit seinen gesprochenen und gelungenen Vorträgen das Publikum in bester Stimmung zu erhalten. Er ist auch Parodist und erzielt mit seinen dramatischen Nachbildungen besondere Effekte. Mit Herrn Bais vereinigt sich zu einem lustigen Duett Jema

Jäger, eine feinsinnige, sehr hübsche, junge Comp. mit angenehmer Singstimme und gutem Vortrag. Das Spielensemble dieser beiden ist von gelinder Komik und ist viel Loben aus. Weiter hebt man auch die reizende Cu Berg, die Unüberfalllichkeit, die alles kann, sie singt, sie tanzt, sie ist Schauspielerin, sie ist Witzeball, sie ist Schauspielerin — kurz, sie hätte alle Kabarettisten zum Neid erregen können. — In die Stunden im Kabarett Zirkus verlegen sich in außerordentlich guter Unterhaltung... Sie bringen in erster, sorgfältiger Zeit ihren ebenen Prohibit, dessen über zur Entlastung der täglich neuen Erregungen so dringend notwendig bedürfen.

**Kleider Westen Blusen Röcke**  
**besonders billig**  
**Waschstoffe**



**Beispiele unserer Preiswürdigkeit:**

Strickjacken in vielen schönen Sommerfarben, sehr aparte Form, gute Kunstseide..... **150,-**

Taunzienstrasse 20 / Leipziger Strasse 65

Voile glatt, in zahlreichen Farbtönen, 100 cm breit.....Meter **13,50**

Bastseide echt japanisch Shantung, 80 cm breit.....Meter **22,50**

In allen sechs Filialen

**Leiser**

**Volksbühne**

Theater am Bülowplatz. Täglich 8 Uhr:  
**Der heilige Florian.**  
 Deutsches Theater. 7 1/2 Uhr:  
 Auch ich war ein Jüngling... (Schwank).

**Kammerspiele.**  
 Allabendlich 8 Uhr:  
 Leopoldine Konstantin in Das Weib u. der Humpelmann.  
 Theater des Westens  
 Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
 Mia Werber und Hans Wassmann in Die Gelaha.

**Königgrätzerstraße**

1/2 Uhr: Der Häuptling.  
**Komödienhaus**  
 Gastspiel von Lucie Hofflich & Liselott von der Platz.

**Berliner Theater**

1/2 Uhr: Die tolle Komtesse.  
**Residenz-Theater.**  
 Untergrund, Klosterstraße. Ausgang Stralauer Straße. Nachm. 4 U., kleine Preise:  
**Gespenster.**

Täglich 8 Uhr. Zum 150. Male:  
**Das höhere Leben.**  
 Schauspiel von Sudermann

**Trianon-Theater.**

B.H. Friedrichstr. 27. 4927, 2391  
 Nachm. 4 Uhr. Kleine Preise:  
**Johannisfeuer.**

**Der gute Ruf**

von Herrmann Sudermann.  
**Central-Theater**  
 Kommandantenstraße 57.  
 7 1/2 Uhr: Die Schönste von Allen.  
**Friedr.-Wilhelms-Theater**  
 3 Uhr: Der Hias.

**Der Dias**

7 1/2 U.  
**Kleines Theater.**  
 3 1/2 Uhr: Johannisfeuer.  
 7 1/2 Uhr:  
 Unterm Baume der Erkenntnis  
 Komische Oper  
 7 1/2 U.: Schwarzwaldmädel.  
 Lustspielhaus

**Metropol-Theater.**

7 Uhr 20: Die Fälschungste.  
 Neues Operettenhaus:  
 Die Dame vom Zirkus.  
**Palast-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Weinende Erben.  
 Oper. v. R. Danziger.  
**Schiller-Theat. Charl.**  
 7 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg.  
**Thalia-Theater**  
 7 1/2 U.: Jungfer Sonnenschein  
 Th. am Nollendorfplatz  
 5 1/2 U.: Drei alte Schachteln.  
 7 1/2 Uhr:  
**Die Puppe.**  
 Theater d. Friedrichstadt  
 8 Uhr: So eine Frechheit.  
 Versicherung gegen Einbruch.  
 Ein Polierabend.  
**Wallner-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Das Gesetz.  
**Luisen-Theater.**  
 3: einmalige Aufführung. Der  
**Hüftenbesitzer.**  
 Täglich  
 7 1/2. Wenn 7 1/2  
**Frauen lieben.**

**Admirals-Palast.**

**International. Ringkämpfe**  
 um den Preis der Deutschen Republik.  
 Anfang 8 Uhr.

**Wann Freunde zu Rivalen werden.**

1 Uhr Weiterleitung.  
**Voigt-Theater**  
 Bobrow 56. 7 1/2 Uhr:  
**Die Förster - Ehe.**  
 8 Uhr:  
**Variete-Vorstellung.**  
 Gröfzung 8 Uhr, Anfang 8 Uhr.  
 Seb. Wittm., Gds. Saunt.: Walt.

**Schweizer-Garten**

Am Friedrichshain 29-32  
 Dir.: Eitelhelm Quernmann.  
 Heute Sonntag u. Montag.  
**Das neue Programm**  
 Festsitz, Couverture  
 3 Applaus, altes Stück  
 Kurt Kelling, Humorist  
 Gregg, Chordfeld.  
 Aufführung zum Tanz  
 Großes Ballet.  
 Mit Gita u. 2 Wagners  
 Licht-Sensationsst.  
 und die große  
 Musikantensoperette  
**Berlin - Wien - Konstantinopel.**  
 Herold, u. 1011. vorm. ab.

**logischer Zoo Garten.**

Heute (am 2. Sonntag im Monat):  
**Minist.-Doppelkonzert.**  
 Zoo 50 Pf. Aqua  
 Kinder die Hälfte.  
**AQUARIUM.**  
**Kubertus - Säle,**  
 Schönholz.  
 Sonntags, Mittwochs,  
 Donnerstags, Samstags:  
 Anf. 8.00, 8.15, 8.30, 8.45, 9.00, 9.15, 9.30, 9.45, 10.00, 10.15, 10.30, 10.45, 11.00, 11.15, 11.30, 11.45, 12.00, 12.15, 12.30, 12.45, 13.00, 13.15, 13.30, 13.45, 14.00, 14.15, 14.30, 14.45, 15.00, 15.15, 15.30, 15.45, 16.00, 16.15, 16.30, 16.45, 17.00, 17.15, 17.30, 17.45, 18.00, 18.15, 18.30, 18.45, 19.00, 19.15, 19.30, 19.45, 20.00, 20.15, 20.30, 20.45, 21.00, 21.15, 21.30, 21.45, 22.00, 22.15, 22.30, 22.45, 23.00, 23.15, 23.30, 23.45, 24.00, 24.15, 24.30, 24.45, 25.00, 25.15, 25.30, 25.45, 26.00, 26.15, 26.30, 26.45, 27.00, 27.15, 27.30, 27.45, 28.00, 28.15, 28.30, 28.45, 29.00, 29.15, 29.30, 29.45, 30.00, 30.15, 30.30, 30.45, 31.00, 31.15, 31.30, 31.45, 32.00, 32.15, 32.30, 32.45, 33.00, 33.15, 33.30, 33.45, 34.00, 34.15, 34.30, 34.45, 35.00, 35.15, 35.30, 35.45, 36.00, 36.15, 36.30, 36.45, 37.00, 37.15, 37.30, 37.45, 38.00, 38.15, 38.30, 38.45, 39.00, 39.15, 39.30, 39.45, 40.00, 40.15, 40.30, 40.45, 41.00, 41.15, 41.30, 41.45, 42.00, 42.15, 42.30, 42.45, 43.00, 43.15, 43.30, 43.45, 44.00, 44.15, 44.30, 44.45, 45.00, 45.15, 45.30, 45.45, 46.00, 46.15, 46.30, 46.45, 47.00, 47.15, 47.30, 47.45, 48.00, 48.15, 48.30, 48.45, 49.00, 49.15, 49.30, 49.45, 50.00, 50.15, 50.30, 50.45, 51.00, 51.15, 51.30, 51.45, 52.00, 52.15, 52.30, 52.45, 53.00, 53.15, 53.30, 53.45, 54.00, 54.15, 54.30, 54.45, 55.00, 55.15, 55.30, 55.45, 56.00, 56.15, 56.30, 56.45, 57.00, 57.15, 57.30, 57.45, 58.00, 58.15, 58.30, 58.45, 59.00, 59.15, 59.30, 59.45, 60.00, 60.15, 60.30, 60.45, 61.00, 61.15, 61.30, 61.45, 62.00, 62.15, 62.30, 62.45, 63.00, 63.15, 63.30, 63.45, 64.00, 64.15, 64.30, 64.45, 65.00, 65.15, 65.30, 65.45, 66.00, 66.15, 66.30, 66.45, 67.00, 67.15, 67.30, 67.45, 68.00, 68.15, 68.30, 68.45, 69.00, 69.15, 69.30, 69.45, 70.00, 70.15, 70.30, 70.45, 71.00, 71.15, 71.30, 71.45, 72.00, 72.15, 72.30, 72.45, 73.00, 73.15, 73.30, 73.45, 74.00, 74.15, 74.30, 74.45, 75.00, 75.15, 75.30, 75.45, 76.00, 76.15, 76.30, 76.45, 77.00, 77.15, 77.30, 77.45, 78.00, 78.15, 78.30, 78.45, 79.00, 79.15, 79.30, 79.45, 80.00, 80.15, 80.30, 80.45, 81.00, 81.15, 81.30, 81.45, 82.00, 82.15, 82.30, 82.45, 83.00, 83.15, 83.30, 83.45, 84.00, 84.15, 84.30, 84.45, 85.00, 85.15, 85.30, 85.45, 86.00, 86.15, 86.30, 86.45, 87.00, 87.15, 87.30, 87.45, 88.00, 88.15, 88.30, 88.45, 89.00, 89.15, 89.30, 89.45, 90.00, 90.15, 90.30, 90.45, 91.00, 91.15, 91.30, 91.45, 92.00, 92.15, 92.30, 92.45, 93.00, 93.15, 93.30, 93.45, 94.00, 94.15, 94.30, 94.45, 95.00, 95.15, 95.30, 95.45, 96.00, 96.15, 96.30, 96.45, 97.00, 97.15, 97.30, 97.45, 98.00, 98.15, 98.30, 98.45, 99.00, 99.15, 99.30, 99.45, 100.00, 100.15, 100.30, 100.45, 101.00, 101.15, 101.30, 101.45, 102.00, 102.15, 102.30, 102.45, 103.00, 103.15, 103.30, 103.45, 104.00, 104.15, 104.30, 104.45, 105.00, 105.15, 105.30, 105.45, 106.00, 106.15, 106.30, 106.45, 107.00, 107.15, 107.30, 107.45, 108.00, 108.15, 108.30, 108.45, 109.00, 109.15, 109.30, 109.45, 110.00, 110.15, 110.30, 110.45, 111.00, 111.15, 111.30, 111.45, 112.00, 112.15, 112.30, 112.45, 113.00, 113.15, 113.30, 113.45, 114.00, 114.15, 114.30, 114.45, 115.00, 115.15, 115.30, 115.45, 116.00, 116.15, 116.30, 116.45, 117.00, 117.15, 117.30, 117.45, 118.00, 118.15, 118.30, 118.45, 119.00, 119.15, 119.30, 119.45, 120.00, 120.15, 120.30, 120.45, 121.00, 121.15, 121.30, 121.45, 122.00, 122.15, 122.30, 122.45, 123.00, 123.15, 123.30, 123.45, 124.00, 124.15, 124.30, 124.45, 125.00, 125.15, 125.30, 125.45, 126.00, 126.15, 126.30, 126.45, 127.00, 127.15, 127.30, 127.45, 128.00, 128.15, 128.30, 128.45, 129.00, 129.15, 129.30, 129.45, 130.00, 130.15, 130.30, 130.45, 131.00, 131.15, 131.30, 131.45, 132.00, 132.15, 132.30, 132.45, 133.00, 133.15, 133.30, 133.45, 134.00, 134.15, 134.30, 134.45, 135.00, 135.15, 135.30, 135.45, 136.00, 136.15, 136.30, 136.45, 137.00, 137.15, 137.30, 137.45, 138.00, 138.15, 138.30, 138.45, 139.00, 139.15, 139.30, 139.45, 140.00, 140.15, 140.30, 140.45, 141.00, 141.15, 141.30, 141.45, 142.00, 142.15, 142.30, 142.45, 143.00, 143.15, 143.30, 143.45, 144.00, 144.15, 144.30, 144.45, 145.00, 145.15, 145.30, 145.45, 146.00, 146.15, 146.30, 146.45, 147.00, 147.15, 147.30, 147.45, 148.00, 148.15, 148.30, 148.45, 149.00, 149.15, 149.30, 149.45, 150.00, 150.15, 150.30, 150.45, 151.00, 151.15, 151.30, 151.45, 152.00, 152.15, 152.30, 152.45, 153.00, 153.15, 153.30, 153.45, 154.00, 154.15, 154.30, 154.45, 155.00, 155.15, 155.30, 155.45, 156.00, 156.15, 156.30, 156.45, 157.00, 157.15, 157.30, 157.45, 158.00, 158.15, 158.30, 158.45, 159.00, 159.15, 159.30, 159.45, 160.00, 160.15, 160.30, 160.45, 161.00, 161.15, 161.30, 161.45, 162.00, 162.15, 162.30, 162.45, 163.00, 163.15, 163.30, 163.45, 164.00, 164.15, 164.30, 164.45, 165.00, 165.15, 165.30, 165.45, 166.00, 166.15, 166.30, 166.45, 167.00, 167.15, 167.30, 167.45, 168.00, 168.15, 168.30, 168.45, 169.00, 169.15, 169.30, 169.45, 170.00, 170.15, 170.30, 170.45, 171.00, 171.15, 171.30, 171.45, 172.00, 172.15, 172.30, 172.45, 173.00, 173.15, 173.30, 173.45, 174.00, 174.15, 174.30, 174.45, 175.00, 175.15, 175.30, 175.45, 176.00, 176.15, 176.30, 176.45, 177.00, 177.15, 177.30, 177.45, 178.00, 178.15, 178.30, 178.45, 179.00, 179.15, 179.30, 179.45, 180.00, 180.15, 180.30, 180.45, 181.00, 181.15, 181.30, 181.45, 182.00, 182.15, 182.30, 182.45, 183.00, 183.15, 183.30, 183.45, 184.00, 184.15, 184.30, 184.45, 185.00, 185.15, 185.30, 185.45, 186.00, 186.15, 186.30, 186.45, 187.00, 187.15, 187.30, 187.45, 188.00, 188.15, 188.30, 188.45, 189.00, 189.15, 189.30, 189.45, 190.00, 190.15, 190.30, 190.45, 191.00, 191.15, 191.30, 191.45, 192.00, 192.15, 192.30, 192.45, 193.00, 193.15, 193.30, 193.45, 194.00, 194.15, 194.30, 194.45, 195.00, 195.15, 195.30, 195.45, 196.00, 196.15, 196.30, 196.45, 197.00, 197.15, 197.30, 197.45, 198.00, 198.15, 198.30, 198.45, 199.00, 199.15, 199.30, 199.45, 200.00, 200.15, 200.30, 200.45, 201.00, 201.15, 201.30, 201.45, 202.00, 202.15, 202.30, 202.45, 203.00, 203.15, 203.30, 203.45, 204.00, 204.15, 204.30, 204.45, 205.00, 205.15, 205.30, 205.45, 206.00, 206.15, 206.30, 206.45, 207.00, 207.15, 207.30, 207.45, 208.00, 208.15, 208.30, 208.45, 209.00, 209.15, 209.30, 209.45, 210.00, 210.15, 210.30, 210.45, 211.00, 211.15, 211.30, 211.45, 212.00, 212.15, 212.30, 212.45, 213.00, 213.15, 213.30, 213.45, 214.00, 214.15, 214.30, 214.45, 215.00, 215.15, 215.30, 215.45, 216.00, 216.15, 216.30, 216.45, 217.00, 217.15, 217.30, 217.45, 218.00, 218.15, 218.30, 218.45, 219.00, 219.15, 219.30, 219.45, 220.00, 220.15, 220.30, 220.45, 221.00, 221.15, 221.30, 221.45, 222.00, 222.15, 222.30, 222.45, 223.00, 223.15, 223.30, 223.45, 224.00, 224.15, 224.30, 224.45, 225.00, 225.15, 225.30, 225.45, 226.00, 226.15, 226.30, 226.45, 227.00, 227.15, 227.30, 227.45, 228.00, 228.15, 228.30, 228.45, 229.00, 229.15, 229.30, 229.45, 230.00, 230.15, 230.30, 230.45, 231.00, 231.15, 231.30, 231.45, 232.00, 232.15, 232.30, 232.45, 233.00, 233.15, 233.30, 233.45, 234.00, 234.15, 234.30, 234.45, 235.00, 235.15, 235.30, 235.45, 236.00, 236.15, 236.30, 236.45, 237.00, 237.15, 237.30, 237.45, 238.00, 238.15, 238.30, 238.45, 239.00, 239.15, 239.30, 239.45, 240.00, 240.15, 240.30, 240.45, 241.00, 241.15, 241.30, 241.45, 242.00, 242.15, 242.30, 242.45, 243.00, 243.15, 243.30, 243.45, 244.00, 244.15, 244.30, 244.45, 245.00, 245.15, 245.30, 245.45, 246.00, 246.15, 246.30, 246.45, 247.00, 247.15, 247.30, 247.45, 248.00, 248.15, 248.30, 248.45, 249.00, 249.15, 249.30, 249.45, 250.00, 250.15, 250.30, 250.45, 251.00, 251.15, 251.30, 251.45, 252.00, 252.15, 252.30, 252.45, 253.00, 253.15, 253.30, 253.45, 254.00, 254.15, 254.30, 254.45, 255.00, 255.15, 255.30, 255.45, 256.00, 256.15, 256.30, 256.45, 257.00, 257.15, 257.30, 257.45, 258.00, 258.15, 258.30, 258.45, 259.00, 259.15, 259.30, 259.45, 260.00, 260.15, 260.30, 260.45, 261.00, 261.15, 261.30, 261.45, 262.00, 262.15, 262.30, 262.45, 263.00, 263.15, 263.30, 263.45, 264.00, 264.15, 264.30, 264.45, 265.00, 265.15, 265.30, 265.45, 266.00, 266.15, 266.30, 266.45, 267.00, 267.15, 267.30, 267.45, 268.00, 268.15, 268.30, 268.45, 269.00, 269.15, 269.30, 269.45, 270.00, 270.15, 270.30, 270.45, 271.00, 271.15, 271.30, 271.45, 272.00, 272.15, 272.30, 272.45, 273.00, 273.15, 273.30, 273.45, 274.00, 274.15, 274.30, 274.45, 275.00, 275.15, 275.30, 275.45, 276.00, 276.15, 276.30, 276.45, 277.00, 277.15, 277.30, 277.45, 278.00, 278.15, 278.30, 278.45, 279.00, 279.15, 279.30, 279.45, 280.00, 280.15, 280.30, 280.45, 281.00, 281.15, 281.30, 281.45, 282.00, 282.15, 282.30, 282.45, 283.00, 283.15, 283.30, 283.45, 284.00, 284.15, 284.30, 284.45, 285.00, 285.15, 285.30, 285.45, 286.00, 286.15, 286.30, 286.45, 287.00, 287.15, 287.30, 287.45, 288.00, 288.15, 288.30, 288.45, 289.00, 289.15, 289.30, 289.45, 290.00, 290.15, 290.30, 290.45, 291.00, 291.15, 291.30, 291.45, 292.00, 292.15, 292.30, 292.45, 293.00, 293.15, 293.30, 293.45, 294.00, 294.15, 294.30, 294.45, 295.00, 295.15, 295.30, 295.45, 296.00, 296.15, 296.30, 296.45, 297.00, 297.15, 297.30, 297.45, 298.00, 298.15, 298.30, 298.45, 299.00, 299.15, 299.30, 299.45, 300.00, 300.15, 300.30, 300.45, 301.00, 301.15, 301.30, 301.45, 302.00, 302.15, 302.30, 302.45, 303.00, 303.15, 303.30, 303

# Preiswertes Angebot

Leinenröcke weiss und farbig... 49 M.  
 Paleföis neueste Formen aus gemusterten und einfarbigen Stoffen in allen Grössen, auch für junge Mädchen 75 M.  
 Seidenimprägn. Paleföis gemustert... 175 M.  
 einfarbig... 225 M.

Blusen weiss und farbig Voll-Volle 29 M.  
 Voll-Volle, zum Teil handgestickt 39, 59 M.  
 Waschkleider moderne Formen . 98 M.  
 zum Teil handgestickt, in Voll-Volle... 159 M.  
 Seidene Strickjacken in den schönsten Farben... 175 M.

# V. MANHEIMER

Oberwallstrasse 6-7

am Untergrundbahnhof Hausvogteiplatz

## Dessin-Möbel

Kein Laden Berliner Möbel-Groß-Lager 1 Minute v. Fabrikgebäude Bbl. Börse  
**Rosenthaler Straße 39**

Unsere sehr beliebten Spezial-Wohnungs-Einrichtungen  
 1 Zimmer und Küche... 1800 2000 2400 2800 Mark  
 2 Zimmer und Küche... 3000 3600 4000 5000 Mark  
 3 Zimmer und Küche... 6000 7500 8500 9000 Mark

## Badeanstalt

am Alexanderplatz, der Admiralsgarten-Bad A.-G. gehörig, enthaltend russisch-römische, elektrische und Heilbäder aller Art, wird an kautionsfähigen Pächter vergeben. Näheres bei der  
**Direktion der Admiralsgarten-Bad A.-G. Friedrichstr. 103 (Savoy-Hotel).**

## Möbel!

### Sonder-Angebot!

Schlafzimmer  
 Speisezimmer  
 Herrenzimmer  
 Dielen-Möbel  
 Küchen

in großer Auswahl zu billigen Preisen

Beste Verarbeitung + trockenes Material  
 Versand auch nach auswärts

**Lombard- u. Möbelhaus „Bahnhof Börse“ G. m. b. H.**  
 Dircksenstraße 43-44.

Ein wohlschmeckendes und leicht verdauliches Nahrungsmittel

aus Eigelb und Milch gewonnen ist Dr. Hoffbauer's (ges. gesch.)

## LECITHIN - EIWEISS

(9% Eigelb-Nervstoff und 95% Milchweiß enthaltend)

Ueberraschende Erfolge bei allgemeiner Körperschwäche, Unterernährung, Nervosität, Blutarzt.

100 Gramm 6,50; 1/2 Pfd. 15,50; 1 Pfd. 30,- Mark.  
 Alleinige Verkaufsstelle Eleanora-Apothek, Berlin 211, Leipziger Str. 74, gegenüber Dönhofsplatz. Zentrum 7192

## Everth & Mittelmann

Gegr. 1875. Bankgeschäft Gegr. 1875.

Berlin C. 19, Petriplatz 4 gegenüber der Petrikirche in

Fernsprecher: Zentrum 2373, 7163 und 11541.

Geschäftsstunden 10-1, 3-6 Uhr

Sonnabend Geschäftszeit 9-3 Uhr.

Anmeldung ausländischer Effekten kostenlos.

Gewissenhafte Beratung bei Anlage der freigeordneten Kapitalien.

Beste Verwertung ausländisch. Anleihen u. Coupons.

## Kaliflora Zahnpasta

Der lachende Mund ist schön

wenn saubere, gut gepflegte Zähne aus ihm hervorstechen. Dies erzielt man in vollkommener Weise durch Queisser's Zahnpasta Kaliflora, die neben hervorragender Reinigungskraft auch den Zahnstein löst und den Zähnen ihren natürlichen Schmelz wiedergibt. Kaliflora hinterläßt das behagliche Gefühl von Frische und Sauberkeit im Munde.

Große Tube M. 2,- Kleine Tube M. 1,20

Hersteller: **Queisser & Co., G. m. b. H.**  
 Hamburg 19.

## Für die Reise!!! Sehr vorteilhafte Angebote!!

Imprägn. Mäntel . . . . . 84, 118, Seidenmäntel 138, 176.  
 Kunstseidene Strickjacken 118, 140, 165. Sportjacken 86, 41.

Wundervolle dicke Ulster aus Friedensqualitäten, wie solche seit Jahren nicht gesehen, 175, 218, 248, 279, 325.

Modell-Kostüme aus reißwoll. Kammgarnstoffen . . 240, 318, 378, 450.

Pfisch- u. Pelzmäntel, allerbeste Qualitäten!!

Jetzt sehr billig!!!

Pfischmäntel 350, 425, 550, 680. Pelzmäntel 1200, 1570, 1980, 2500.  
 Gesellschaftskleider 148, 190. Stoffröcke 36, Seidenröcke 86.

## Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstr. 37a. 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115.

Sonntags geschlossen!

Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen.

## Gasthaus „Reußischer Hof“ in Gera-Neuß.

enthaltend Saal- und Gesellschaftszimmer, großen Tanzsaal, Spielplatz, Kegelbahn, Ställe und 11 Wohnungen, 514 verschiedene Vereine, ist unter günstigen Bedingungen verkauft werden. Kaufpreis 10/19.  
 Geraer Aktienbrauerei zu Tinz bei Gera-Neuß.

## Sommersprossen

Leberlecke, Mitesser, Pickel, unreiner Teint, Rote d. Gesicht u. d. Hände verschwind., d. Haut wird zart, weiß u. geschmeidig durch d. erprobte Klorokrem garantiert unschädlich. Überall erhältlich

## Reichelk

Lebensmittel

60 Zweig-Geschäfte.

## Wohlfeiles Möbel-Angebot

Meinen alten Kunden und allen Interessenten mache ich auf diesem Wege die Mitteilung, dass die Ausarbeitung einer letzten Wohnungs-Einrichtung heute beendet ist, nachdem ich durch einen gewissen und überaus günstigen Abschluss

### Gelegenheit zum Kauf

von Einrichtungen für mehrere hundert Mark abgeben habe, die ich unter dem Namen

### Feder-Einheits-Zimmer

von heute ab zum Verkauf stelle. Ähnliche Einrichtungen sind nach einem Entwurf von Professor Peter Schöner aus besten ausgekosteten Materialien hergestellt und erfreuen sich durch ihr einfaches, sehr geschmackvolles Aussehen allgemeiner Beliebtheit.

Als Feder-Einheits-Zimmer kommen in Betracht Wohn- und Schlafzimmer, welche aus nachfolgenden Möbeln bestehen:

- 1 Wohnzimmerschrank
- 2 Bettstellen
- 2 Patentbetten
- 2 Auflage-Matratzen
- 3 Kellertische
- 2 Nachtschränke, Platten
- 1 Waschtische m. Platte
- 1 Spiegel, 1 Ausziehtisch
- 4 Stühle, 1 Leuchte

Mark **1620.-**

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten

## B. FEDER

Hauptgeschäft Norden: Brunnenstrasse 1  
 Zweiggeschäft Osten: Frankfurter Allee 360  
 Zweiggeschäft Süden: Kottbuser Damm 108  
 Zweiggeschäft Westen: Charlottb., Scharrenstr. 5

## Vorteilhafteste Bezugsquelle für Lebensmittel

Direkter Import ohne !! Zwischenhandel !!

12/7" täglich in Köln ein-treffende Doppel-ladungen

Fettspeck  
 Magerspeck  
 reines Schweine-schmalz  
 Margarine  
 Olivenöl  
 Reis  
 Kakao  
 Schokolade  
 Kaffee  
 Oelsardinen  
 Salm in Böchen  
 Bordeaux  
 Burgunder  
 französ. Kognak

Verkauf nur wagnersweise nach Besichtigung Uebernahme gegen Kasse.

Kommissionshaus **Elias Keller,**  
 Köln, Gereonstr. 40.  
 Fernsprecher: A. 848.  
 Drahtadresse: Cave-Köln.

## Eigenheim.

Wer sich rechtzeitig ein Eigenheim gründen will, kauft sich das Beste an der Grenze von Mariendorf, Neukölln, Tempelhof und dem Gelände für Gemüse-, Obst- u. Kartoffelanbau. Es sind Anzuchtbedingungen. Näheres: Mariendorf Grundst.-Ges. m. b. H., L. L. G., Berlin, Mariendorf, Telefon: Zentrum 4048.

# Winkelhausen

Deutscher Cognac

Cognacbranntwein

